

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

24. JAHRGANG

FEBRUAR 1971

2

INHALT

Seite

Sozialprodukt 1970	21
Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 2. Oktober 1970	25
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1970	29
Investitionen im produzierenden Gewerbe 1969	34
Tote und Verletzte bei Straßenverkehrsunfällen 1969	39
Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Verteilung 1968	42
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	9*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	15*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

In Kürze erscheint Band 211 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

DIE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN RHEINLAND-PFALZ 1968

Rund 70 Seiten, DIN A 4, Karton, DM 5,—

Dieser Band führt die Reihe der bisherigen Veröffentlichungen über die Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz fort. In Form und Inhalt an die entsprechenden Publikationen der vorangegangenen Jahre anschließend, enthält er — mit textlicher Kommentierung — die Ergebnisse



der Bevölkerungsfortschreibung

der Wanderungsstatistik

der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

der Statistik der gerichtlichen Ehelösungen

und der Todesursachenstatistik für das Jahr 1968.

Um Vergleichsmöglichkeiten zu bieten, sind im ersten Abschnitt des Tabellenteils wieder für die wichtigsten Bevölkerungsdaten mehrjährige Entwicklungsreihen zusammengestellt. Die regionale Ordnung der kreisfreien Städte und Landkreise entspricht dem Gebietsstand zum Ende des Berichtsjahres.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
· = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) *20 91, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet.

Für den eiligen Leser

Sozialprodukt 1970

Seite 21

Trotz der zum Jahresende deutlichen Konjunkturabschwächung, die in Rheinland-Pfalz später einsetzte als im Bundesgebiet, übertraf das wirtschaftliche Wachstum des Landes 1970 die Ergebnisse der Vorjahre noch beträchtlich. Die nominale Zuwachsrate von 14,3% ist die zweithöchste unter allen Bundesländern (Bundesgebiet + 12,6%). Allerdings wurde das Wachstum in verstärktem Maße von Preissteigerungen getragen - der Preisindex des Sozialprodukts nahm um über 7% zu -, so daß der reale Zuwachs mit + 6,5% deutlich geringer ausfällt. Auch dieser Wert liegt über dem Bundesdurchschnitt (+ 4,8%). Bezogen auf die Einwohnerzahl hat die Wirtschaftskraft des Landes allerdings noch nicht das Bundesniveau erreicht, denn der Pro-Kopf-Betrag des Sozialprodukts unterschreitet mit 9 700 DM den Bundeswert um rund ein Zehntel. Vor zehn Jahren war er indessen noch um etwa ein Viertel niedriger gewesen.

Öffentlich Bedienstete 1970

Seite 25

Am 2. Oktober 1970 beschäftigten Land und Gemeinden rund 123 000 Personen. Die Zuwachsrate erreichte wie im Vorjahr + 5%. Von den Vollbeschäftigten waren 64% staatliche Bedienstete. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, von denen fast drei Viertel als Arbeiter eingesetzt wurden, erhöhte sich auf 7,9%. Schwerpunkte für die Erhöhung des Personals waren im staatlichen Bereich in erster Linie die Schulen und Hochschulen, wo die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels und der verstärkte Ausbau der Bildungsstätten zu einer Aufstockung um 2 557 Beschäftigte führten. Für die Ausweitung des Personals der gemeindlichen Verwaltungen um 1 575 war die Neueinstellung von Krankenhauspersonal ausschlaggebend.

Wein, Obst und Gemüse 1970

Seite 29

Mit 7,23 Mill. hl stellt der Jahrgang 1970 die größte Weinmosternte dar, die je in Rheinland-Pfalz eingebracht wurde. Die Qualität erreichte bei einem durchschnittlichen Mostgewicht von 65 Grad Öchsle für Weiß- und 61 Grad für Rotmost allgemein nicht die des 1969ers. Die Baumobsternte erbrachte aufgrund eines höheren Birnen- und Steinobstaufkommens ein günstigeres Ergebnis als 1969. Nach der voraufgegangenen Rekordernte lieferten Äpfel nur eine um ein Fünftel geringere Menge. Beim Winter- und Frühgemüse waren, verglichen mit 1969, nur wenig höhere Flächenleistungen zu verzeichnen. Die mittelfrühen und späten Arten dagegen überschritten die Vorjahreserträge zum Teil recht beachtlich.

Investitionen 1969

Seite 34

Infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung war im produzierenden Gewerbe von 1968 auf 1969 ein ungewöhnlich starker Investitionszuwachs um 63,8% auf 1 852 Mill. DM festzustellen, der vornehmlich von dem Investitionsboom der Industrie getragen war. Hier belief sich die Zunahme auf + 68,3% gegenüber + 37% im Bundesgebiet. Auch die Unternehmen des Bauhauptgewerbes zeigten sich außerordentlich investitionsfreudig. Die Zunahme stellte sich hier auf + 39,7% gegenüber + 23,4% im Jahre zuvor. Hingegen konnte das produzierende Handwerk mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten (+ 15,3%).

Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen 1969

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen verunglückten 1969 insgesamt 30 090 Personen. Bei nahezu zwei Dritteln handelte es sich um Insassen von Personenkraftwagen. Fast ein Fünftel waren jünger als 18 Jahre, 14,5% zwischen 18 und 20 sowie 32,7% zwischen 21 und 34 Jahre alt. Gemessen an der Zahl der Verunglückten auf 10 qkm Fläche, stand Rheinland-Pfalz mit 15,2 an vierter Stelle unter den Flächenstaaten des Bundesgebietes hinter Nordrhein-Westfalen (45,2), dem Saarland (31,4) und Baden-Württemberg (18,7). Innerhalb des Landes wies der Bezirk Rheinhessen-Pfalz mit 21,2 die höchste Verunglücktenzahl auf 10 qkm Fläche auf.

Lohnsteuerpflichtige 1968

Seite 42

Im Rahmen der Lohnsteuerstatistik 1968 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 1,04 Mill. Lohnsteuerpflichtige mit einem Bruttolohn in Höhe von 11,4 Mrd. DM und einer Lohnsteuerleistung von 931 Mill. DM erfaßt. Gegenüber 1965 ist die Zahl der Steuerpflichtigen leicht zurückgegangen, dagegen stiegen der Bruttolohn um gut 13% und die Lohnsteuer um 28% an. 87% aller Lohnsteuerpflichtigen waren ganzjährig beschäftigt.

Kurz und aktuell

Straßenverkehrsunfälle 1970

Nach ersten Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik für das vergangene Jahr ereigneten sich 1970 in Rheinland-Pfalz 88 781 Unfälle. Das sind 12,6% mehr als im Vorjahr. Am stärksten erhöhte sich mit + 13,1% die Zahl der reinen Sachschadensunfälle (66 330), insbesondere derjenigen mit einem Sachschaden von 1 000 DM oder mehr bei einem der Beteiligten (+ 23,2% auf 10 801). Jedoch auch die Zahl der Unfälle mit Personenschaden nahm um 11,1% auf 22 451 erheblich zu. Es verunglückten 33 838 Personen (+ 12,5%). Davon starben 1 208 an den Folgen des Unfalls (+ 11,9%), 11 089 wurden schwer (+ 11,1%) und 21 541 leicht verletzt (+ 13,2%). Die Zuwachsraten des vergangenen Jahres waren die größten seit 1959/60.

Realschulen und Gymnasien 1970/71

Zu Beginn des Schuljahres 1970/71 gab es in Rheinland-Pfalz 84 Realschulen und 128 Gymnasien, die von 37 056 bzw. 90 757 Schülern besucht wurden. In den Realschulen überwogen die Mädchen (51,6%), in den Gymnasien die Jungen (55,8%). An Realschulen unterrichteten 1 519 hauptamtliche Lehrer, darunter 659 Frauen. Unter den insgesamt 4 217 Gymnasial-Lehrkräften waren nur 1 266 Lehrerinnen. Gegenüber 1969 erhöhte sich die Zahl der Realschulen um 4, während die Anzahl der Gymnasien keine Veränderung erfuhr. Die Schülerzahl stieg in den Realschulen um 7,7%, die Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte nahm hier um 14,6% zu. Nahezu unverändert blieb die Schülerzahl der Gymnasien, deren hauptamtliche Lehrer zahlenmäßig um 6,6% zunahmen. Im Sommer 1970 bestanden 5 691 Abiturienten die Reifeprüfung; 1969 waren es 5 444 gewesen, 1968 erst 4 818.

Fortsetzung letzte Seite

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

24. Jahrgang

Heft 2

Februar 1971

Sozialprodukt 1970

Die länderweise Berechnung des Bruttoinlandsprodukts durch den Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder konnte auch in diesem Jahr sehr früh abgeschlossen werden, so daß bereits zum jetzigen Zeitpunkt auf das Bundesergebnis koordinierte Zahlen für 1970 veröffentlicht werden können. Da die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Länderebene noch nicht abgeschlossen ist, handelt es sich hierbei um vorläufige revidierte Ergebnisse. Um dem Benutzer die Möglichkeit zu einem längerfristigen Vergleich der Entwicklung in Rheinland-Pfalz und gegenüber dem Bundesgebiet zu geben, wurde die rheinland-pfälzische Reihe der „alten“, nicht revidierten Jahreszahlen von 1960 bis 1966 mit den neu errechneten Angaben für 1967¹⁾ verkettet. Eine solche Verkettung mittels Meßzahlen, die in diesem Falle zu einer Anhebung des Niveaus führte, berührt nicht die für die wirtschaftliche Beurteilung

sehr viel wichtigeren Wachstumsraten. Korrekturen waren auch infolge einer Anhebung des Bundeswertes für die Jahre 1968 und 1969 erforderlich.

1. Nominales Wachstum

Die auf das Rezessionsjahr 1967 folgende Hochkonjunktur, die in allen Wirtschaftszweigen zu sehr hohen Zuwachsraten führte, hat sich zum Ende des vergangenen Jahres hin merklich abgeschwächt. Dennoch übertraf das wirtschaftliche Wachstum 1970 mit nominal + 14,3% die im Jahr zuvor erreichte sehr hohe Zuwachsrate (+ 12,5%) um fast 2 Prozentpunkte. Eine höhere Wachstumsrate ist seit Anfang der 50er Jahre in Rheinland-Pfalz nicht mehr festgestellt worden. Unter den elf Ländern des Bundesgebiets rangiert das Land mit diesem Wert hinter dem Saarland an zweiter Stelle. Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen erreichte damit einen Betrag von 35,7 Mrd. DM.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz verlief erneut günstiger als die des gesamten

¹⁾ J. Gebauer: Das Sozialprodukt im Jahre 1969. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 23, Heft 5, Mai 1970.

Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1960 - 1970

Jahr	Rheinland-Pfalz ¹⁾					Bundesgebiet		
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	Anteil am Bundes- ergebnis in %	je Einwohner		Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	DM je Einwohner
				DM	Bund = 100			
In jeweiligen Preisen								
1960	14 258	.	4,7	4 217	77,3	302 550	.	5 458
1961	15 718	10,2	4,7	4 600	77,5	333 450	10,2	5 936
1962	16 971	8,0	4,7	4 909	77,4	360 910	8,2	6 339
1963	18 675	10,0	4,9	5 346	80,0	384 770	6,6	6 681
1964	20 405	9,3	4,8	5 781	79,8	422 140	9,7	7 245
1965	22 363	9,6	4,8	6 269	80,1	462 020	9,4	7 829
1966	24 337	8,8	4,9	6 757	81,9	492 100	6,5	8 252
1967	25 307	4,0	5,1	6 991	84,4	496 070	0,8	8 285
1968	27 729	9,6	5,2	7 629	85,1	539 470	8,7	8 964
1969	31 202	12,5	5,2	8 525	86,0	603 210	11,8	9 913
1970 ^s	35 700	14,3	5,3	9 690	87,8	679 000	12,6	11 040
In Preisen von 1962								
1960	15 758	.	4,8	4 661	78,6	328 590	.	5 928
1961	16 540	5,0	4,8	4 840	78,3	347 060	5,6	6 178
1962	16 971	2,6	4,7	4 909	77,4	360 910	4,0	6 339
1963	17 979	5,9	4,8	5 146	79,4	373 280	3,4	6 482
1964	19 405	7,9	4,9	5 498	80,4	398 500	6,8	6 839
1965	20 503	5,7	4,9	5 747	80,5	421 030	5,7	7 135
1966	21 429	4,5	4,9	5 949	81,9	433 010	2,8	7 261
1967	22 175	3,5	5,1	6 126	84,9	431 890	- 0,3	7 213
1968	23 868	7,6	5,2	6 567	85,5	462 300	7,0	7 681
1969	25 928	8,6	5,2	7 084	86,3	499 600	8,1	8 211
1970 ^s	27 600	6,5	5,3	7 493	88,0	523 800	4,8	8 516

¹⁾ 1960 - 1966: Mit den vorläufig revidierten Zahlen für 1967 verkettete Werte; 1967 - 1970: Vorläufig revidierte Ergebnisse.

Land	In jeweiligen Preisen				In Preisen von 1962	
	Mrd. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	Anteil am Bundes- ergebnis in %	DM je Einwohner ²⁾	Mrd. DM	Veränderung zum Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	23, 3	11, 3	3, 4	9 080	17, 9	3, 8
Hamburg	35, 4	11, 0	5, 2	19 540	27, 0	3, 7
Niedersachsen	68, 2	12, 2	10, 0	9 570	52, 9	4, 8
Bremen	10, 7	13, 9	1, 6	14 140	8, 3	6, 8
Nordrhein-Westfalen	196, 7	12, 4	29, 0	11 430	152, 0	4, 7
Hessen	64, 7	12, 9	9, 5	11 850	49, 5	4, 9
Rheinland-Pfalz	35, 7	14, 3	5, 3	9 690	27, 6	6, 5
Baden-Württemberg	98, 7	12, 4	14, 5	10 970	76, 4	4, 6
Bayern	109, 4	13, 0	16, 1	10 280	84, 6	5, 3
Saarland	10, 8	17, 2	1, 6	9 580	8, 4	9, 9
Berlin (West)	25, 5	11, 2	3, 8	11 970	19, 1	2, 9
Bundesgebiet	679, 0	12, 6	100	11 040	523, 8	4, 8

1) Vorläufig revidierte Ergebnisse der Schnellberechnung. - 2) Bezogen auf die Wohnbevölkerung am 26.5.1970.

Bundesgebietes¹⁾. Dort bezifferte sich das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahre bei einer nominalen Zuwachsrates von + 12,6% auf insgesamt 679 Mrd. DM. Auch hier wurde die bereits sehr hohe Wachstumsrate des Vorjahres von + 11,8% noch übertroffen. Infolge der überdurchschnittlich hohen Zuwachsrates, welche die rheinland-pfälzische Wirtschaft im vergangenen Jahrzehnt, insbesondere in dessen zweiter Hälfte, aufweist, ist der Anteil des Landes am Bundesergebnis von 4,7% im Jahre 1960 nicht unbeträchtlich auf nunmehr 5,3% angewachsen.

Die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern verlief relativ einheitlich. Lediglich das Saarland, wo die Wachstumsrate infolge überdurchschnittlicher Neuansiedlung von Industriebetrieben im Rahmen des Strukturprogramms Saar auf + 17,2% hochschnellte, machte eine Ausnahme. Hiervon abgesehen lagen die Wachstumsraten der Länder 1970 in einer Bandbreite von nur 3,3 Prozentpunkten um den Bundeswert gestreut; kein Land, das nicht mindestens eine Steigerung von 11% ausweist. Den höchsten nominalen Zuwachs verzeichneten, nach dem Saarland und Rheinland-Pfalz, Bremen (+ 13,9%) und Bayern (+ 13,0%), gefolgt von Hessen mit einer Veränderungsrate von + 12,9%. Unter dem Bundesdurchschnitt blieben Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg (jeweils + 12,4%) und Niedersachsen (+ 12,2%) sowie Schleswig-Holstein, Berlin (West) und Hamburg mit Werten zwischen + 11 und + 12%.

2. Reales Wachstum

Im Gegensatz zu früher war das nominale Wachstum im vergangenen Jahr in verstärktem Maße von Preissteigerungen getragen, so daß die realen Wachstumsraten erheblich geringer ausfallen. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft erbrachte 1970 nach den bis jetzt vorliegenden Informationen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962, eine reale Zunahme von 6,5%, konnte also die Wachstumsrate der beiden Vorjahre (+ 7,6 bzw. + 8,6%) nur

annähernd wiederholen. Im Bundesgebiet stellte sich das reale Wachstum auf + 4,8%. Hier konnten die in den beiden Jahren zuvor festgestellten Veränderungsrate von + 7,0 bzw. + 8,1% ebenfalls nicht mehr erreicht werden. Von dieser Entwicklung war kein Bundesland ausgenommen; die realen Wachstumsraten fielen durchweg deutlich geringer aus als die nominalen. Infolgedessen zeigen auch hier die länderspezifischen Veränderungsrate nur geringe Differenzen. Es führt, ebenso wie bei den nominalen Werten, das Saarland mit einem Realzuwachs von + 9,9%, gefolgt von Bremen (+ 6,8%), Rheinland-Pfalz (+ 6,5%), Bayern (+ 5,3%) und Hessen (+ 4,9%). Die reale Entwicklung in Niedersachsen (+ 4,8%) entspricht dem Bundesgebiet. Etwas unter dem Bundesdurchschnitt blieben Nordrhein-Westfalen (+ 4,7%) und Baden-Württemberg (+ 4,6%). In Schleswig-Holstein und Hamburg vergrößerte sich das Bruttoinlandsprodukt real um knapp 4%, in Berlin (West) um knapp 3%.

3. Preisentwicklung

Aus der Gegenüberstellung von realen und nominalen Wachstumsraten resultiert die Preiskomponente des Sozialprodukts. Der Preisindex des Sozialprodukts basiert auf den Preisen des Jahres 1962 und hat eine von Jahr zu Jahr wechselnde

Preisindex des Sozialprodukts

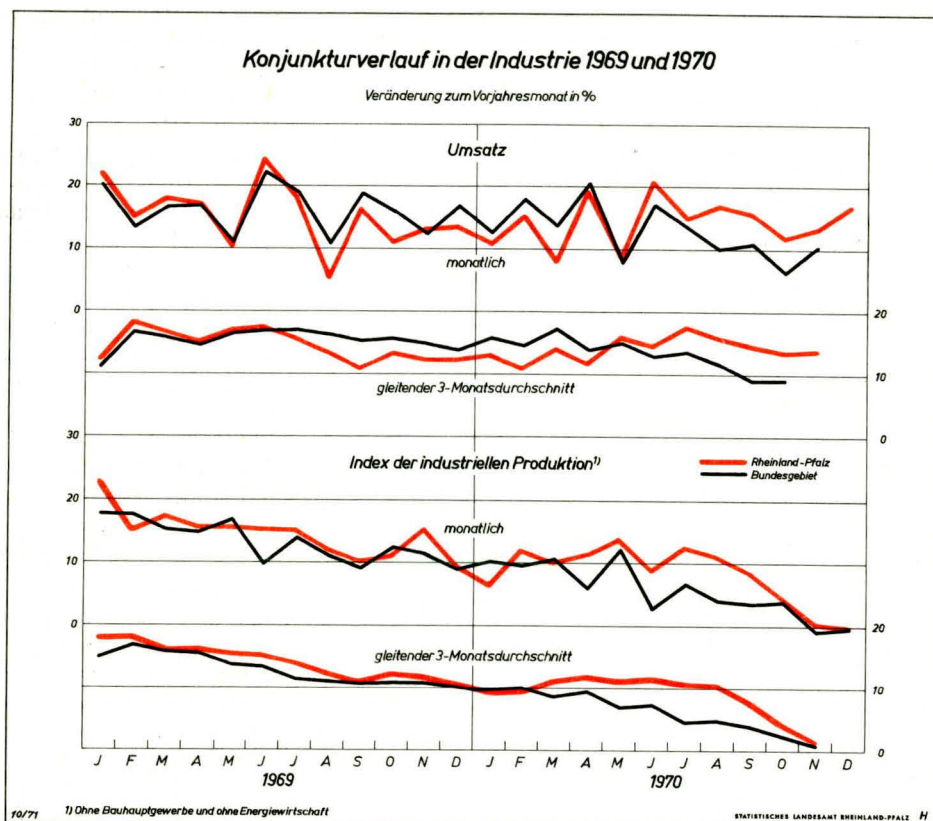
Jahr	1962 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %
1960	90	.
1961	95	5, 0
1962	100	5, 2
1963	104	3, 9
1964	105	1, 2
1965	109	3, 7
1966	114	4, 1
1967	114	0, 5
1968	116	1, 8
1969	120	3, 6
1970	129	7, 5

1) Die Angaben für das Bundesgebiet sind entnommen aus: G. Hamer: Das Sozialprodukt im Jahr 1970. Wirtschaft und Statistik, Herausgeber Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Heft 1, Januar 1971.

Wägung, weil ihm der Warenkorb des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde liegt. Er zeigt den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1962. Die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihm deshalb nur mit einer gewissen Einschränkung abzulesen, trotz der Vorbehalte jedoch äußerst aufschlußreich. Dem Anstieg dieses Preisindex von 1967 auf 1968 in Rheinland-Pfalz um 1,8% war im darauffolgenden Jahr ein Anstieg um 3,6% gefolgt. Im vergangenen Jahr erreichten die Preissteigerungen mit + 7,5% eine seit Beginn der 50er Jahre (Koreaboom) nicht mehr festgestellte Höhe. Im Bundesgebiet liegt der Preisindex des Bruttosozialprodukts wie in Rheinland-Pfalz um 7,5% über dem durchschnittlichen Stand des Jahres 1969, und damit ebenfalls beträchtlich über dem Vorjahresresultat (+ 3,5%).

4. Zeitlicher Konjunkturverlauf

Anhand der aus Bereichsstatistiken vorliegenden Indikatoren für den zeitlichen Konjunkturablauf ist zu ersehen, daß der Scheitelpunkt der Hochkonjunktur in der ersten Jahreshälfte 1970 erreicht wurde. Der monatliche Industrieumsatz, als einflußreichster Faktor für Höhe und Veränderung des nominalen Sozialprodukts, zeigt die höchste Zuwachsrate (gleitender Drei-Monats-Durchschnitt) im Juli, der Index der industriellen Produktion, als wichtigster Bestandteil der Real-Rechnung, sogar bereits im April. Während im Bundesgebiet bei den Industrieumsätzen schon in der ersten Jahreshälfte ein Nachlassen der Zuwachsraten zu beobachten ist, das sich zum Jahresende hin deutlich verstärkt, blieben die rheinland-pfälzischen Industrieumsätze mit ihren Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat noch über mehrere Monate hinweg erheblich über der + 10%-Grenze. Ähnliches gilt für den Index der industriellen Produktion, der im Bundesgebiet schon seit Anfang 1969 eine allmähliche und stetige Verringerung der Zunahmeraten aufweist - 1970 betrugen lediglich im ersten Quartal die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahresmonat noch annähernd 10% -, während in Rheinland-Pfalz zunächst sogar ein Ansteigen und erst in der zweiten Jahreshälfte ein stärkeres Nachlassen der Wachstumsraten unter + 10% zu verzeichnen waren. Im Bundesgebiet fand diese Entwicklung ihren Niederschlag in der Tatsache, daß im ersten Halbjahr 1970 der Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts gegenüber den



ersten sechs Monaten des Vorjahres + 13% betrug, im zweiten Halbjahr dagegen + 11,5%. In den Preisen von 1962 folgte auf einen Zuwachs von nicht ganz 6% im ersten Halbjahr 1970 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ein Anstieg um nur noch 3,5 bis 4%.

5. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Die überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten, welche die rheinland-pfälzische Wirtschaft seit Anfang der 60er Jahre aufweist, dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der eigentliche Vergleichsmaßstab für die Wirtschaftskraft eines Landes, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Je Einwohner errechnet sich 1970 eine Bruttoleistung von rund 9 700 DM, die den entsprechenden Pro-Kopf-Betrag des Bundesgebietes um rund ein Zehntel unterschreitet. Vor zehn Jahren ist diese Differenz freilich noch wesentlich größer gewesen, denn 1960 hatte das in Rheinland-Pfalz je Einwohner erbrachte Sozialprodukt erst etwa drei Viertel des Bundesdurchschnitts ausgemacht. Mit dem genannten Betrag rangiert das Land heute an fünfter Stelle unter den acht Flächenländern des Bundesgebietes. Vor einem Jahrzehnt war Rheinland-Pfalz noch mit deutlichem Abstand an letzter Stelle platziert. Erst 1967 hatte es das bis dahin an vorletzter Stelle liegende Saarland überholen können, 1968 bereits Schleswig-Holstein und im vergangenen Jahr auch Niedersachsen.

Die höchsten Pro-Kopf-Beträge weisen die Stadtstaaten Hamburg (rund 19 500 DM), Bremen (14 100 DM) und Berlin (12 000 DM) auf. Unter den Flächenländern verzeichnet Hessen mit 11 800 DM

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt
in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1960 - 1970
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
Rheinland-Pfalz ¹⁾ Mill. DM				
1960	1 278	7 462	2 658	2 860
1961	1 231	8 314	2 875	3 297
1962	1 178	9 064	3 138	3 590
1963	1 320	9 952	3 314	4 089
1964	1 274	11 001	3 583	4 547
1965	1 292	12 008	3 904	5 160
1966	1 386	13 043	4 096	5 811
1967	1 384	13 673	4 091	6 160
1968	1 384	15 686	4 217	6 637
1969	1 491	17 948	4 609	7 453
1970 ^s	1 505	20 800	5 054	8 653
Veränderung zum Vorjahr in %				
1961	- 3,6	11,4	8,1	15,3
1962	- 4,3	9,0	9,2	8,9
1963	12,0	9,8	5,6	13,9
1964	- 3,4	10,5	8,1	11,2
1965	1,4	9,1	9,0	13,5
1966	7,3	8,6	4,9	12,6
1967	- 0,2	4,8	- 0,1	6,0
1968	0,0	14,7	3,1	7,7
1969	7,7	14,4	9,3	12,3
1970 ^s	1,0	15,9	9,7	16,1
Anteil am BIP in %				
1960	9,0	52,3	18,6	20,1
1961	7,8	52,9	18,3	21,0
1962	6,9	53,4	18,5	21,2
1963	7,1	53,3	17,7	21,9
1964	6,2	53,9	17,6	22,3
1965	5,8	53,7	17,5	23,1
1966	5,7	53,6	16,8	23,9
1967	5,5	54,0	16,2	24,3
1968	4,9	56,2	15,1	23,8
1969	4,7	57,0	14,6	23,7
1970 ^s	4,2	57,8	14,0	24,0
Bundesgebiet Mill. DM				
1960	17 310	164 690	59 310	61 240
1961	17 480	182 050	64 170	69 750
1962	17 760	196 160	70 910	76 080
1963	18 910	205 830	76 070	83 960
1964	20 390	227 390	82 400	91 960
1965	19 690	250 070	88 960	103 300
1966	20 710	262 120	94 710	114 560
1967	20 220	257 200	96 550	122 100
1968	20 470	288 250	102 220	132 330
1969	21 800	327 320	111 560	148 330
1970 ^s	21 040	371 650	122 890	170 120
Veränderung zum Vorjahr in %				
1961	1,0	10,5	8,2	13,9
1962	1,6	7,8	10,5	9,1
1963	6,5	4,9	7,3	10,4
1964	7,8	10,5	8,3	9,5
1965	- 3,4	10,0	8,0	12,3
1966	5,2	4,8	6,5	10,9
1967	- 2,4	- 1,9	1,9	6,6
1968	1,2	12,1	5,9	8,4
1969	6,5	13,6	9,1	12,1
1970 ^s	- 3,5	13,5	10,2	14,7
Anteil am BIP in %				
1960	5,7	54,4	19,6	20,2
1961	5,2	54,6	19,2	20,9
1962	4,9	54,4	19,6	21,1
1963	4,9	53,5	19,8	21,8
1964	4,8	53,9	19,5	21,8
1965	4,3	54,1	19,3	22,4
1966	4,2	53,3	19,2	23,3
1967	4,1	51,8	19,5	24,6
1968	3,8	53,0	18,8	24,4
1969	3,6	53,8	18,3	24,3
1970 ^s	3,1	54,2	17,9	24,8

1) 1960 - 1966: Mit den vorläufig revidierten Zahlen für 1967 ver-
kettete Werte; 1967 - 1970: Vorläufig revidierte Ergebnisse; 1970:
Eigene Schätzung.

den größten Betrag, vor Nordrhein-Westfalen mit 11 400 DM. Unter dem Bundesdurchschnitt (etwas über 11 000 DM) blieben neben Rheinland-Pfalz auch Baden-Württemberg (11 000 DM), Bayern (10 300 DM), Niedersachsen, Saarland (je 9 600 DM) und Schleswig-Holstein (9 100 DM). Diese länder-spezifischen Pro-Kopf-Werte sind, insbesondere in bezug auf die Stadtstaaten jedoch nur bedingt ver-gleichsfähig, da die Leistungswerte nach dem „In-landskonzept“ errechnet sind, die Arbeitsleistungen der Einpendler also einschließen, während diese in der Wohnbevölkerung nicht mitzählen. Gleiches gilt vice versa für die Auspendler. Daraus folgt, daß Gebiete mit positivem Arbeitspendlersaldo - das sind insbesondere die Stadtstaaten - in diesem Wirtschaftskraft-Vergleich zu hoch, die Länder mit Auspendlerüberschuß dagegen zu niedrig ausgewie-sen sind.

6. Wirtschaftsbereiche

Entsprechend dem modifizierten Bruttosystem, das den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde liegt, müssen die im Bruttoinlandsprodukt enthaltenen Investitionen zu Nettopreisen verbucht, also um die abzugsfähige Vorsteuer vermindert und um die abzuführende Investitionssteuer erhöht wer-den. Diese Korrektur kann jedoch nur insgesamt, nicht aber getrennt nach Wirtschaftsbereichen durchgeführt werden, so daß die Beiträge der Wirt-schaftsbereiche um die Differenz der beiden ge-nannten Beiträge zu hoch ausgewiesen sind. Da die Investitionssteuer bei fallendem Steuersatz (1968: 8%, 1972: 2%) im Jahre 1973 ausläuft, wird der Dif-ferenzbetrag bis zu diesem Jahr überproportional zunehmen.

Wie in den beiden Vorjahren war auch 1970 das produzierende Gewerbe Hauptträger des wirtschaft-lichen Wachstums in Rheinland-Pfalz. Mit einer Zuwachsrate von rund 16% erbrachte es ein Brutto-inlandsprodukt von 20,8 Mrd. DM und konnte da-mit seinen Anteil an der wirtschaftlichen Leistung des Landes, der vor 20 Jahren erst 45% ausgemacht hatte, auf nunmehr fast 58% (Bundesgebiet 54%) ausdehnen. Die Zuwachsrate übertraf noch die Ver-änderungsraten von 1968 und 1969, die mit jeweils 14 bis 15% bereits sehr hoch ausgefallen waren. Daneben kam im vergangenen Jahr dem lohninten-siven Dienstleistungsbereich, der, nicht zuletzt in-folge durchweg stark erhöhter Löhne und Gehälter, die gleiche hohe Wachstumsrate wie das produzie-rende Gewerbe erzielte, erneut eine gesteigerte Bedeutung zu. Sein Beitrag stellte sich 1970 auf knapp 8,7 Mrd. DM, was einem Anteil am gesamten Sozialprodukt von etwa 24% entspricht. Im Bundes-gebiet ist der Dienstleistungsbereich mit rund 25% am Bruttoinlandsprodukt beteiligt. In diesem Bereich setzte sich damit der seit 1968 beobachtete steigende Trend deutlich fort. 1967 hatte sich hier die Zu-wachsrate auf + 6% gestellt, 1968 auf + 8%, 1969 auf + 12%, um im vergangenen Jahr + 16% zu erreichen. Etwas unter dem Durchschnitt blieb, wie in fast allen zehn Jahren zuvor, das Wirtschafts-wachstum von Handel und Verkehr. Aus dem im vergangenen Jahr erbrachten Bruttoinlandsprodukt von nicht ganz 5,1 Mrd. DM errechnet sich gegen-

über 1969 eine Wachstumsrate von rund 10%. Der Anteil von Handel und Verkehr am Sozialprodukt zeigt eine rückläufige Tendenz, denn 1950 hatte er knapp 20 % betragen, 1970 nur noch 14%. Im Bundesdurchschnitt waren Handel und Verkehr mit rund 18% am Sozialprodukt beteiligt.

Die Steigerungsrate der Land- und Forstwirtschaft konnte im vergangenen Jahr mit den übrigen Wirtschaftszweigen erneut nicht Schritt halten. Der durchweg niedrig ausgefallene Ernteertrag und der allgemeine Preisrückgang für landwirtschaft-

liche Produkte wurden auch durch die überaus reichliche Weinmosternte nur zum Teil kompensiert, so daß die Zuwachsrate nur etwa + 1% beträgt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten wirtschaftlichen Leistung des Landes, der vor 20 Jahren noch mehr als 15% ausgemacht hatte, hat sich damit weiter auf jetzt etwas über 4% reduziert. Im Bundesdurchschnitt trug die Land- und Forstwirtschaft im vergangenen Jahr 3% zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Diplom-Volkswirt J. Gebauer

Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 2. Oktober 1970

Die jährlich zum 2. Oktober durchzuführende Erhebung über das Personal des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen vermittelt den für die personalwirtschaftliche Planung der öffentlichen Verwaltung notwendigen Überblick über Zahl und Entwicklung der öffentlichen Bediensteten in der Gliederung nach den Dienstverhältnissen. Im Gegensatz zur vorangegangenen, wie in jedem dritten Jahr ausführlicheren Statistik, in der das Personal nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppen und Sondergruppen gegliedert wird, sind 1970 wiederum nur die hauptberuflich in einem unmittelbaren Dienst- oder Vertragsverhältnis Voll- und Teilzeitbeschäftigten, unterteilt nach Dienstverhältnissen, erfaßt worden. Die Bediensteten des Bundes (einschließlich Bundesbahn und Bundespost, aber ohne Bundeswehr- und Bundesgrenzschutzangehörige), deren Gesamtzahl sich in Rheinland-Pfalz im Jahre 1969 auf 75 776 belief, sind in der folgenden Darstellung nicht enthalten.

1. Gesamtüberblick

In Rheinland-Pfalz waren am 2. Oktober 1970 beim Land, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den staatlichen und kommunalen Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit insgesamt 113 495 Personen in unmittelbarem Dienstverhältnis voll beschäftigt; hinzu kamen 9 825 Teilzeitbeschäftigte. Von der Gesamtzahl 123 320 waren 75 830 (62%) Bedienstete des Staates und 47 490 (38%) bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden tätig. Unter den letztgenannten befanden sich 11 535 oder 9,3%, welche in den wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit arbeiteten, davon ein Drittel in staatlichen und zwei Drittel in kommunalen Unternehmen. Die seit 1969 beobachtete stärkere Zunahme der Beschäftigten der öffentlichen Hand hat sich im Jahre 1970 nahezu unverändert fortgesetzt, denn die Zahl der Bediensteten ist gegenüber dem Stichtag des Vorjahres um 6 203 oder 5,3% gestiegen, beim Land mit + 5,9% etwas kräftiger als bei den Gemeinden (Gv.), wo die Zuwachsrate nur + 4,3% erreichte. Selbst die wirtschaftlichen Unternehmen, welche in den vergangenen Jahren eine rückläufige Entwicklung des Personalstandes aufzuweisen hatten, verzeichneten im untersuchten Zeitraum eine Zunahme um 539 Beschäftigte und übertrafen damit die Zuwachsrate der Gemeinden (Gv.). Schwerpunk-

te für die Erhöhung des Personals waren im staatlichen Bereich in erster Linie die Schulen und Hochschulen, wo die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels und der verstärkte Ausbau der Bildungsstätten zu einer Aufstockung um 2 557 Bedienstete führten. Für die Ausweitung des Personals der gemeindlichen Verwaltung um 1 575 Beschäftigte war die Neueinstellung von Krankenhauspersonal ausschlaggebend.

Je 10 000 Einwohner erhöhte sich bei den Gemeinden (Gv.) die Zahl der Bediensteten geringfügig um 5 auf 129 und bei den kreisfreien Städten um 3 auf 220. Dieser schon in früheren Jahren festgestellte Trend ist einmal darauf zurückzuführen, daß mit zunehmender Bevölkerungszahl eines Landes der Personalstand des staatlichen Sektors relativ abnimmt, umgekehrt aber die Beschäftigtenziffer auf kommunaler Ebene wächst. Außerdem ist hierbei von Bedeutung, daß die großstädtische Verwaltung sehr häufig auf den Gebieten der Kultur, Gesundheitsfürsorge und des Verkehrs- und Siedlungswesens aktiv wird, welche in vorwiegend landwirtschaftlich strukturierten Gegenden allein der staatlichen Verwaltung vorbehalten bleiben.

Von den 113 495 *Vollbeschäftigten*, die 92% aller Bediensteten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände ausmachten, waren neun Zehntel in Behörden und Einrichtungen, der Rest in wirtschaftlichen Unternehmen tätig. Die Relation blieb gegenüber dem vorjährigen Stichtag nahezu konstant. Der Personalstand der Verwaltung des Landes erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3 658 auf 68 475, derjenige der Gemeinden (Gv.) um 1 228 auf 34 288. Die wirtschaftlichen Unternehmen verzeichneten eine Zunahme um 428 auf 10 732. Von den *Vollbeschäftigten* waren 48 085 (42,4%) Beamte und Richter, 42 347 (37,3%) Angestellte und 23 063 (20,3%) Arbeiter. Die Steigerung betrug in der gleichen Reihenfolge + 1 979, + 2 513 und + 822 und lag nur bei der Gruppe der Angestellten über dem Durchschnitt. Die prozentualen Anteile der einzelnen Dienstverhältnisse haben sich jedoch kaum verändert.

Der wachsende und immer schwieriger zu befriedigende Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften führte auch bei Staat und Gemeinden dazu, daß die

Gebietskörperschaft	1969	1970		Veränderung	
	Anzahl	%	je 10 000 Einw.	%	
Land	71 572	75 830	61,5	207	5,9
Vollbeschäftigte	68 323	72 124	58,5	196	5,6
Teilzeitbeschäftigte	3 249	3 706	3,0	10	14,1
Verwaltung	67 886	71 975	58,4	196	6,0
Wirtschaftl. Unternehmen	3 686	3 855	3,1	11	4,6
Gemeinden (Gv.)	45 545	47 490	38,5	129	4,3
Vollbeschäftigte	39 858	41 371	33,5	113	3,8
Teilzeitbeschäftigte	5 687	6 119	5,0	17	7,6
Verwaltung	38 235	39 810	32,3	108	4,1
Wirtschaftl. Unternehmen	7 310	7 680	6,2	21	5,1
Kreisfreie Städte	21 446	22 287	18,1	220	3,9
Kreisangeh. Gemeinden	13 255	13 923	11,3	52	5,0
Landkreise	6 968	7 261	5,9	27	4,2
Verbandsgemeinden	2 671	2 755	2,2	26	3,1
Bezirksverband Pfalz	1 205	1 264	1,0	10	4,9
Insgesamt	117 117	123 320	100,0	336	5,3

Vorbehalte gegenüber der Einstellung von *Teilzeitbeschäftigten* weiter zurückgingen und deren Zahl in den letzten Jahren stärker angewachsen ist, als das bei den *Vollbeschäftigten* beobachtet werden konnte. Als *Teilzeitbeschäftigte* gelten alle Bediensteten, deren regelmäßige Arbeitszeit sich auf weniger als die übliche volle Wochenstundenzahl, aber auf mehr als 20 Wochenarbeitsstunden beläuft (bei Lehrkräften mindestens 13 Wochenlehrstunden). Die Möglichkeit, auch teilzeitbeschäftigte Beamte einzustellen, ist in Rheinland-Pfalz durch das achte Änderungsgesetz zum Landesbesoldungsgesetz vom 26. Februar 1970 geschaffen worden.

Am 2. Oktober 1970 befanden sich in den Diensten des Landes 3 706 *Teilzeitbeschäftigte*, den Verwaltungen der Gemeinden (Gv.) gehörten 6 119, den staatlichen und kommunalen Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit 803 an. Der Anteil der *Teilzeitbeschäftigten* an der Gesamtzahl aller im öffentlichen Dienst tätigen Personen betrug insgesamt 7,9%. Die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr lagen mit + 14,1% beim Land und + 7,6% bei den Gemeinden (Gv.) erheblich über denjenigen der *Vollbeschäftigten*. Da es sich bei den Halbtagskräften ganz überwiegend um ungelernte oder wenig qualifizierte Personen handelt, die außerdem oft nur für eine begrenzte Zeit in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind, wurden fast drei Viertel von ihnen als Arbeiter, und zwar hauptsächlich bei den Gemeinden, eingesetzt. Während die *teilzeitbeschäftigten Angestellten* vornehmlich im Schuldienst und den größeren Gemeinden anzutreffen waren, befanden sich unter den insgesamt 86 *teilzeitbeschäftigten Beamten* 73 Lehrer. Der Anteil der *Teilzeitbeschäftigten* in staatlichen und gemeindlichen Wirtschaftsunternehmen an der gesamten Zahl der Bediensteten entspricht etwa dem des öffentlichen Dienstes insgesamt.

2. Landespersonal

In Behörden, Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen des Landes arbeiteten 72 124 haupt-

beruflich Bedienstete. Die Zuwachsrate, welche im Vorjahr + 5,3% betragen hatte, nahm geringfügig auf + 5,6% zu. Aufgaben in der Verwaltung nahmen 95% der Beschäftigten wahr, 5% waren in wirtschaftlichen Unternehmen tätig. Nahezu unverändert blieb mit 56% der Anteil der Beamten und Richter, die Angestellten erreichten 30% und die Arbeiter 14%. Die hohe Zahl der staatlichen Beamten ist in erster Linie auf die im Ministerium für Unterricht und Kultus zentral erfaßten Lehrer und auf die Bediensteten der Polizei zurückzuführen.

In *Behörden und Einrichtungen* des Landes wurden 68 475 hauptberuflich Bedienstete gezählt, das sind 3 658 oder 5,6% mehr als im Vorjahr. Von den 3 801 Zugängen an Landesbediensteten entfielen nicht weniger als 2 425 auf das Bildungswesen, davon 1 771 auf Schulen, hauptsächlich Grund- und Sonderschulen, und 654 auf Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen. Die Personalerhöhung bei den Hochschulen ist auf sachlichen Bedarf bei der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und die Aufnahme des Lehrbetriebs an der neuen Universität Trier-Kaiserslautern zurückzuführen. Die Ausweitung des Personals bei den Hochschulkliniken um 352 ist bedingt durch die Neueinstellung von technischem, Pflege- und Verwaltungspersonal. Für das Bildungswesen konnte mit + 8,7% auch die größte Steigerungsrate festgestellt werden.

Eine überdurchschnittliche Zunahme hatte innerhalb des Bereichs Politische Führung und zentrale Verwaltung der statistische Dienst, welcher infolge zusätzlicher Aufgaben im Zusammenhang mit der Volkszählung 1970 um 135 Beschäftigte oder 32% verstärkt wurde. Es handelt sich fast ausschließlich um Neueinstellungen von Angestellten mit Zeitvertrag. Vermehrte Anforderungen führten auch in der Finanzverwaltung, welche schon seit einiger Zeit an Personalmangel leidet, zu einer Aufstockung um 362 Bedienstete. Der Aufgabenbereich Raumordnung, Landesplanung und Vermessungswesen, der infolge intensiver Bemühungen um die an Bedeutung noch gewinnenden Probleme der Raumordnung eine Ausweitung um 112 Personen erfuhr, erreichte ebenfalls eine recht hohe Steigerungsrate. Im wesentlichen bedingt durch Stellenvermindernungen der Wiedergutmachungsämter ergab sich für den Aufgabenbereich Soziale Sicherung und Gesundheit eine Verminderung der Bediensteten um 40.

Von den mit staatlichen Bediensteten geführten Verwaltungszweigen überwogen in den obersten Staatsorganen, den Gerichten, der Polizei, den Schulen und Hochschulen die Beamten. Hingegen verzeichneten der statistische Dienst und die Wiedergutmachungsämter den höchsten Anteil an Angestellten. Die Relation der Dienstverhältnisse veränderte sich etwas zugunsten der Angestellten (32%), welche die höchste prozentuale Steigerung zu verzeichnen hatten.

Die Erhöhung des Personals der staatlichen *Wirtschaftsunternehmen* um 143 oder 4,1% auf 3 649 betraf fast durchweg Arbeiter in Staatsforsten,

Vollbeschäftigte des Landes nach Aufgabenbereichen 1969 und 1970

Aufgabenbereich	1969		1970						
	insgesamt			Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter	
	Anzahl		%	Anzahl	Veränderung	Anzahl	Veränderung	Anzahl	Veränderung
Verwaltung	64 817	68 475	94,9	41 107	1 804	21 535	1 589	5 833	265
Politische Führung und zentrale Verwaltung	10 885	11 518	16,0	5 515	214	5 665	383	338	36
Politische Führung	1 457	1 561	2,2	857	64	636	30	68	10
Innere Verwaltung	1 780	1 796	2,5	1 111	- 44	651	69	34	- 9
Statistischer Dienst	419	554	0,8	25	2	521	132	8	1
Finanzverwaltung	6 025	6 387	8,8	3 376	193	2 872	138	139	31
Hochbauverwaltung	1 204	1 220	1,7	146	- 1	985	14	89	3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7 632	7 818	10,8	6 841	127	645	23	332	36
Polizei	7 499	7 700	10,7	6 826	125	612	37	262	39
Rechtsschutz	5 730	5 776	8,0	4 032	81	1 688	- 31	56	- 4
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung etc.	27 967	30 392	42,1	22 073	1 510	6 852	798	1 467	117
Schulwesen	22 733	24 504	34,0	20 676	1 357	3 585	357	243	57
Grund-, Haupt- und Sonderschulen	14 260	15 262	21,2	12 938	809	2 290	195	34	- 2
Wissenschaft etc.	5 234	5 888	8,1	1 397	153	3 267	441	1 224	60
Hochschulen	2 216	2 571	3,6	1 001	108	1 102	180	468	67
Hochschulkliniken	2 706	3 058	4,2	331	56	2 035	278	692	18
Soziale Sicherung, Gesundheit etc.	3 402	3 362	4,7	846	- 11	2 272	- 47	244	18
Soziale Sicherung	1 848	1 839	2,6	557	6	1 222	- 25	60	10
Versorgungsämter und Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	835	841	1,2	345	9	475	- 4	21	1
Arbeitsschutz	166	169	0,2	92	1	71	3	6	- 1
Wiedergutmachungsämter	552	514	0,7	29	- 1	483	- 36	2	- 1
Behörden und Einrichtungen	295	315	0,5	91	- 3	193	12	31	11
Gesundheit, Sport und Erholung	1 554	1 523	2,1	289	- 17	1 050	- 22	184	8
Gesundheitsbehörden und Einrichtungen des Gesundheitswesens	802	764	1,1	217	- 11	518	- 22	29	- 5
Krankenhäuser und Heilstätten	752	759	1,0	72	- 6	532	-	155	13
Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1 788	1 900	2,6	586	- 141	1 030	231	284	22
Wirtschaft und Verkehr	7 413	7 709	10,7	1 214	24	3 383	232	3 112	40
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2 005	2 029	2,8	726	4	1 122	1	181	19
Landeskulturämter	1 096	1 064	1,5	394	1	636	- 33	34	-
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	446	437	0,6	140	- 1	245	1	52	- 9
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	4 962	5 243	7,3	348	21	2 016	230	2 879	30
Wirtschaftliche Unternehmen	3 506	3 649	5,1	936	38	402	- 7	2 311	112
Staatsforsten	3 120	3 261	4,5	935	37	260	- 11	2 066	115
Übrige	386	388	0,6	1	1	142	4	245	- 3
Insgesamt	68 323	72 124	100,0	42 043	1 842	21 937	1 582	8 144	377

in welchen 89% aller Beschäftigten anzutreffen waren. In dieser Entwicklung schlägt sich die erhöhte wirtschaftliche Tätigkeit der Forstbetriebe nieder. Da die Angestellten einen leichten Rückgang aufzuweisen hatten, verminderte sich ihr Anteil auf 11%; die Arbeiter erreichten 63%, die Beamten 26%.

3. Kommunales Personal

Die gemeindlichen Verwaltungen und Wirtschaftsunternehmen wiesen am 2. Oktober 1970 insgesamt 41 371 vollbeschäftigte Bedienstete nach. Konnte in den Jahren 1967 und 1968 noch eine geringe Verminderung des Personals beobachtet werden, welche ab 1969 in eine Steigerung um 2,2% umschlug, so erhöhte sich im abgelaufenen Jahr die Zuwachsrate auf 3,8%. Sie lag bei den Wirtschaftsunternehmen etwas höher als in den Behörden und Einrichtungen. Von den Beschäftigten entfielen 17,1% auf die wirtschaftlichen Unternehmen, deren Gewicht im kommunalen Bereich bedeutend größer ist als beim Land. Das Verhältnis von Angestellten (49%) zu Arbeitern (36%) und Beamten (15%) blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

In den kommunalen Behörden und Einrichtungen waren 1970 mit 34 288 Personen 3,7% mehr als im Vorjahr beschäftigt. Am stärksten erhöhte sich die Zahl der Angestellten, welche um 897 wuchs, bei den Arbeitern betrug die Zunahme 209 und bei den Beamten 122. Fast die Hälfte des zusätzlichen Personals, ganz überwiegend Angestellte und Beamte, entfiel auf die kreisfreien Städte, in deren Diensten am Erhebungsstichtag 15 162 Beschäftigte oder 44,2% aller kommunalen Bediensteten standen. In den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden arbeiteten 34,5%, den Landkreisen 17,7% und beim Bezirksverband der Pfalz 3,6%. Die Personalsteigerung war mit + 2,3% bei den Landkreisen am geringsten und ist vornehmlich auf Neueinstellungen in den Kreiskrankenhäusern zurückzuführen. Auch 1970 kam es im Zuge der Verwaltungsreform zu zahlreichen Eingemeindungen und Neubildungen von Gemeinden, so daß ein Vergleich der Gemeindegrößenklassen nur eingeschränkte Aussagekraft hat.

In den zwölf kreisfreien Städten überwogen, abgesehen von Worms und Pirmasens, wo die Arbeiter

Vollbeschäftigte in der Verwaltung der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern 1969 und 1970

Stadt	1969	1970				
	insgesamt	je 10 000 Einw.	Be- amte	Ange- stell- te	Ar- beiter	
Kreisfreie Städte						
Ludwigshafen a.Rhein	3 561	3 563	204	488	1 882	1 193
Mainz	2 296	2 436	138	421	1 300	715
Koblenz	1 499	1 630	131	293	756	581
Kaiserslautern	1 418	1 543	155	211	741	591
Trier	1 109	1 191	115	314	510	367
Worms	1 004	1 063	136	166	415	482
Pirmasens	757	766	136	119	304	343
Speyer	682	662	156	90	301	271
Landau i. d. Pfalz	647	666	206	85	357	224
Neustadt a.d.Weinstr.	626	640	125	97	325	218
Frankenthal (Pfalz)	561	560	138	63	316	181
Zweibrücken	420	442	134	70	214	158
Insgesamt	14 580	15 162	150	2 417	7 421	5 324
Kreisangehörige Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern						
Bad Neuenahr- Ahrweiler	141	165	65	20	76	69
Bad Kreuznach	386	417	98	88	180	149
Idar-Oberstein	591	627	156	62	389	176
Andernach	187	201	73	42	66	93
Mayen	326	378	176	31	236	111
Neuwied	341	535	84	90	255	190
Lahnstein	108	115	57	24	41	50
Bingen	156	157	64	27	68	62
Remagen	58	60	44	10	26	24
Sinzig	52	56	46	7	25	24
Betzdorf	27	17	16	-	1	16
Kirchen (Sieg)	14	16	16	2	3	11
Kirn	133	154	145	13	74	67
Bendorf	91	88	61	13	39	36
Bad Ems	90	92	90	14	40	38
Diez	134	143	139	16	66	61
Wittlich	70	88	63	14	30	44
Bitburg	59	61	58	10	28	23
Konz	31	52	42	-	5	47
Alzey	94	100	78	18	39	43
Bad Dürkheim	121	133	84	23	61	49
Grünstadt	70	74	70	19	32	23
Haßloch	91	102	57	16	47	39
Schifferstadt	64	69	40	15	31	23
Ingelheim	226	224	115	29	143	52
Insgesamt	3 661	4 124	84	603	2 001	1 520

am zahlreichsten waren, durchweg die Angestellten. Sie erreichten insgesamt einen Anteil von 49%, die Arbeiter von 35% und die Beamten von 16%. In den einzelnen Größenklassen verfügten die kreisfreien Städte über einen annähernd gleichen Anteil an Beamten, Angestellten und Arbeitern. Die stärkste Zunahme der Bediensteten um 140 hatte Mainz aufzuweisen, wo sich besonders die Zahl der Angestellten in Kindertagesstätten und Kindergärten erhöhte. In Koblenz wurde die Aufstockung um 131 Personen im wesentlichen durch Neueinstellungen in Krankenhäusern verursacht.

Bezogen auf die Bevölkerung ergaben sich bei den kreisfreien Städten für die Größenklassen 100 000 und mehr, 50 000 bis 100 000 und unter 50 000 Einwohner folgende Ziffern der Kommunalbediensteten je 10 000 Einwohner: 152, 141, 157. Die Bedienstetenquote der Vollbeschäftigten insgesamt betrug 150 und blieb damit erheblich über derjenigen der Gemeinden. Am höchsten war sie in Landau (206) und am niedrigsten in Trier (115).

Der Personalstand der Gemeinden in der Größenklasse 20 000 und mehr Einwohner betrug, bezogen

auf je 10 000 Einwohner, 98 Beschäftigte. In der Größenklasse 10 000 bis 20 000 Einwohner waren es nur noch 69 Bedienstete, in den nächstfolgenden Größenklassen 5 000 bis 10 000, 3 000 bis 5 000, 2 000 bis 3 000, 1 000 bis 2 000 und unter 1 000 Einwohner fiel die Bezugszahl von 50 auf 34, 26, 19 und 8 Beschäftigte ab. Wegen der größeren Vielgestaltigkeit der gemeindlichen Aufgabenerfüllung gegenüber derjenigen der Landkreise und Bezirksverbände ist der Personalaufwand der Gemeinden in Relation zur Bevölkerungszahl weit höher.

Bedingt durch die Verwaltungsreform reduzierte sich auch die Zahl der im Gesamtergebnis nicht enthaltenen Steuer- und Gemeindeeinnahmearbeiter auf 437. Die Sonderstellung dieser Bediensteten beruht darauf, daß sie rechtlich unmittelbare Staatsbeamte sind, ihre Bezüge jedoch, ebenso wie die der übrigen Angestellten dieser Institution, aus einer Ausgleichskasse gezahlt werden, deren Mittel überwiegend in Form von Umlagen der den Einnahmearbeitern angeschlossenen Gemeinden aufgebracht werden.

Vollbeschäftigte der Gemeinden (Gv.) nach Größenklassen 1970

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse	Ins- gesamt	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter
Verwaltung	34 288	5 868	18 273	10 147
Kreisfreie Städte	15 162	2 417	7 421	5 324
mit ... Einwohnern				
100 000 und mehr	8 820	1 516	4 448	2 856
50 000 - 100 000	4 012	593	1 785	1 634
weniger als 50 000	2 330	308	1 188	834
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise	17 910	3 317	9 993	4 600
Kreisangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern	9 330	1 514	4 051	3 765
20 000 und mehr	2 595	384	1 311	900
10 000 - 20 000	1 529	219	690	620
5 000 - 10 000	2 132	385	897	850
3 000 - 5 000	876	179	377	320
2 000 - 3 000	706	115	282	309
1 000 - 2 000	882	130	302	450
weniger als 1 000	610	102	192	316
Verbandsgemeinden	2 506	697	1 717	92
Landkreise	6 074	1 106	4 225	743
Bezirksverband Pfalz	1 216	134	859	223
Wirtschaftliche Unternehmen	7 083	174	2 137	4 772
Kreisfreie Städte	4 799	50	1 548	3 201
Kreisangeh. Gemeinden (Gv.)	2 284	124	589	1 571
Insgesamt	41 371	6 042	20 410	14 919
Nachrichtlich: Steuer- und Gemeindeeinnahmearbeiter	437	104	333	-

In den Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu mehr als zwei Drittel den kreisfreien Städten angehören, waren 7 083 Personen tätig. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 285 oder 4,2%, darunter 236 Arbeiter. In Mainz war infolge umfangreicher Erweiterungsarbeiten am Energieversorgungsnetz der Stadtwerke sowie Umstellungsarbeiten auf die kommende Erdgasversorgung die Neueinstellung von 97 Bediensteten erforderlich.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Wein-, Obst- und Gemüsebau 1970

1. Wein

Die mit Reben bestockte Fläche erreichte Anfang 1970 nach den Angaben zur Bodennutzungserhebung rund 57 300 ha und ist damit seit 1969 um gut 1 900 ha ausgeweitet worden. Von der bestockten Fläche standen 51 900 ha im Ertrag, 5 400 ha entfielen auf Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten. Die Ertragsfläche stieg im Vergleich zum Vorjahr in ähnlicher Höhe an wie die bestockte, wobei besonders an der Mittelmose, im Gebiet um Alzey sowie an der Mittel- und Oberhaardt beachtliche Zunahmen festgestellt wurden. Sie vergrößerte sich seit 1960 nahezu ausschließlich zugunsten der weißen Rebsorten um 16%, seit 1950 sogar um gut die Hälfte. Bei den Rotweinsorten, vornehmlich dem Portugieser, zeigt sich seit 1961 eine rückläufige Entwicklung. Ihre Fläche lag nur geringfügig über der 1950 ermittelten. Allein die seit 1969 erfolgte Ausdehnung der zur Wiederbepflanzung vorgesehenen Rebbrache läßt auch für die kommenden Jahre eine weitere Zunahme der bestockten Flächen erwarten, wobei die Sorte Müller-Thurgau eine nicht unbedeutende Rolle spielen wird. Die Ergebnisse der Fortführung des Weinbaukatasters von 1964 bestätigen diese Vermutung weitgehend. Wie bereits in der Pflanzperiode 1968/69 entfiel auch 1969/70 ein Drittel aller Neu- und Wiedieranpflanzungen auf diese Sorte, die nunmehr 27% der Rebfläche beansprucht, gegenüber erst knapp 6% vor 20 Jahren. Weiter steigender Beliebtheit erfreuten sich, nahezu ausschließlich in Rheinhessen und der Pfalz, die Sorten Morio-Muskat, Scheurebe, Riesling, Ruländer, Huxelrebe sowie die neueren Züchtungen Faber und Kerner. Sie traten hier an die Stelle von Silvaner und Portugieser, bei denen auch diesmal wieder die Rodungen die Pflanzungen weit übertrafen. Ihre Flächenanteile gingen von 46 bzw. 13% im Jahre 1950 auf derzeit 27 bzw. 8% zurück. Der Rieslinganteil verminderte sich dagegen im gleichen Zeitraum trotz weiterhin geringfügiger absoluter Flächenzunahmen von 33 auf 25%.

Nach einem Winter ohne größere Frostschäden begann der Austrieb der Reben mit einer Verzögerung von zwei bis drei Wochen gegenüber Normaljahren verbreitet erst Ende der ersten Maidekade. In den letzten 20 Jahren lag dieser Termin nur viermal, nämlich 1956, 1962, 1963 und 1965, noch wenige Tage später. Die zwischen dem 4. und 9. Mai herrschende warme und trockene Witterung begünstigte den Austrieb außerordentlich und ließ ihn vor allem zügig vonstatten gehen. Bei hochsommerlicher Witterung setzte in den meisten Gebieten die Rebenblüte um den 20. Juni ein, etwa zum gleichen Zeitpunkt wie 1969. Abgesehen von den Nebengebieten der nördlichen Weinbaugebiete, bei denen sie infolge der Ende Juni eintretenden regnerischen und kühlen Witterung länger andauerte, vollzog sie sich besonders im südlichen Landesteil innerhalb weniger Tage. Sie verlief im ganzen wesentlich erfolgversprechender als in den vergangenen zwei Jahren. Verrieselungsschäden sind kaum aufgetreten. Der Traubenansatz ließ Ende Juli deutliche Parallelen zu 1960 und 1964 erkennen, so daß schon zu dieser Zeit eine besonders hohe Ernte erwartet werden konnte.

Von Mitte Juli bis zum Ende der zweiten Oktoberdekade herrschte, abgesehen von kurzen Unterbrechungen, überwiegend warmes und trockenes Hochdruckwetter, das die Entwicklung der Reben und Trauben günstig beeinflusste. Lediglich die zeitweise Trockenheit wirkte sich vereinzelt nachteilig für die Trauben aus. Die Regenfälle Anfang Oktober dürften daher, besonders für die spät reifenden Sorten, gerade noch rechtzeitig eingetreten sein. Das milde Herbstwetter und vor allem der gute Gesundheitszustand der Trauben ermöglichten ein Hinauszögern der Weinlese, das zum Teil noch zu erheblichen Qualitätsverbesserungen führte. Bis zum 10. Oktober hatte die Lese beim Portugieser erst in 95%, beim Müller-Thurgau in 72% und beim Silvaner in 14% der Weinbaugemeinden begonnen, gegenüber 98%, 97 bzw. 76% im Jahre zuvor. Beim Riesling fanden zu dieser Zeit noch kaum Erntear-

Rebsorten 1950 - 1970

Rebsorte	Insgesamt							Koblenz	Trier	Rhein- hessen- Pfalz
	1950	1954	1960	1964	1968	1969	1970			
	% 1)									
Silvaner	45, 8	44, 8	41, 4	33, 1	29, 1	28, 2	27, 2	22, 0	0, 1	34, 2
Müller-Thurgau	5, 7	8, 4	14, 2	22, 5	25, 4	25, 9	26, 6	22, 8	15, 3	29, 9
Riesling	32, 5	29, 5	28, 6	26, 7	25, 6	25, 5	25, 0	43, 3	71, 6	10, 9
Blauer Portugieser	12, 5	11, 9	10, 1	9, 6	8, 8	8, 5	8, 0	2, 6	0, 0	11, 0
Morio-Muskat	.	.	.	2, 2	2, 8	2, 9	3, 3	0, 7	0, 1	4, 6
Elbling	.	.	1, 4	2, 2	2, 1	2, 1	2, 1	2, 5	11, 3	-
Scheurebe	.	.	.	0, 7	1, 5	1, 8	2, 1	1, 7	0, 1	2, 6
Ruländer	.	.	.	0, 5	1, 4	1, 5	1, 6	0, 8	0, 1	2, 1
Sonstige	.	.	.	2, 5	3, 3	3, 6	4, 1	3, 6	1, 4	4, 7

1) Bis 1960: % der Ertragsrebläche; ab 1964: % der bestockten Rebläche.

Weinbaugebiet	Ertragsrebfläche			Gesamter Mostertrag				
	ins-gesamt	weiße Rebsorten	rote Rebsorten	insgesamt	mit einem Mostgewicht von...°Öchsle			Ins-
					70° und mehr	60° - 70°	weniger als 60°	
				ha	hl/ha	hl	% des Mostertrages	
1960	44 644	39 795	4 849	127,5	5 692 952	31	52	17
1961	45 971	40 939	5 032	60,3	2 773 447	61	32	7
1962	46 687	41 729	4 958	62,2	2 902 362	62	24	14
1963	47 629	42 706	4 923	92,0	4 380 007	43	42	15
1964	47 826	42 896	4 930	112,6	5 386 115	75	22	3
1965	47 917	42 921	4 996	77,5	3 713 674	9	40	51
1966	48 145	43 255	4 890	71,8	3 457 050	77	21	2
1967	48 675	43 868	4 807	93,4	4 544 235	57	35	8
1968	49 187	44 470	4 717	88,2	4 339 136	9	37	54
1969	49 977	45 367	4 610	87,5	4 373 796	38	49	13
1970	51 883	47 337	4 546	139,3	7 229 457	21	47	32
Weinbau-								
Mittelrhein (einschl. Lahn)	927	918	9	96,3	89 239	19	61	20
Nahe (Koblenz)	3 157	3 134	23	121,7	384 320	28	49	23
Obermosel	880	880	0	197,8	174 087	0	2	98
Saar	1 015	1 014	1	131,1	133 098	26	49	25
Ruwer	330	330	0	117,7	38 845	22	33	45
Mittelmosel	5 690	5 688	2	144,1	819 736	19	42	39
Untermosel	2 720	2 718	2	135,4	368 304	14	40	46
Ahr	500	197	303	107,8	53 902	17	60	23
Worms	5 234	4 844	390	142,4	745 292	23	58	19
Oppenheim	1 403	1 396	7	124,8	175 091	25	56	19
Mainz	1 060	991	69	135,7	143 840	21	62	17
Ingelheim	1 433	1 102	331	132,2	189 510	23	51	26
Wiesbach	1 897	1 757	140	135,7	257 383	26	53	21
Bingen	371	291	80	114,9	42 636	26	52	22
Nahe (Rheinhausen)	682	642	40	143,2	97 687	21	61	18
Alzey	5 490	5 267	223	142,3	781 329	25	48	27
Mittelhaardt	5 854	4 374	1 480	145,0	848 891	26	40	34
Oberhaardt	10 610	9 879	731	145,2	1 541 016	16	47	37
Unterhaardt mit Zellertal	2 157	1 444	713	136,8	295 096	22	47	31
Nahe (Pfalz)	473	471	2	106,0	50 155	25	53	22
Rheinland-Pfalz	51 883	47 337	4 546	139,3	7 229 457	21	47	32

beiten statt, während dies 1969 schon in einem Drittel der Gemeinden der Fall war.

Nachdem schon die Erntevorschätzungen im September und Oktober, insbesondere bei den Weißweinsorten, höher ausgefallen waren als 1960, stand eindeutig fest, daß der Jahrgang 1970 der mengenmäßig größte würde, den man bisher in Rheinland-Pfalz einbrachte. Mit 7,23 Mill. hl überstieg er den 1960er nach den endgültigen Ermittlungen um gut 1,5 Mill. hl, der Sechsjahresdurchschnitt 1964/69 wurde um 2,9 Mill. hl übertroffen. Der aufgetretene relativ hohe Unterschied zwischen Vorschätzung und endgültigem Ernteergebnis war, abgesehen von witterungsbedingten Gründen und der Brühigkeit der Trauben nicht zuletzt dadurch bedingt, daß extreme Ernten in der Regel ungleich mehr unterschätzt werden als mittlere und sich erst während der Lese ein tatsächliches Bild von der Höhe der Ernte ergibt. Neben der Ausweitung der Rebfläche führten bisher noch nie festgestellte durchschnittliche Hektarerträge, 137 hl für Weiß- und 161 hl für Rotmost, zu diesem Rekordergebnis. Bei den weißen Rebsorten lieferte der Müller-Thurgau mit 2,16 Mill. hl ein Drittel der gesamten Ernte, 28% entfielen auf Silvaner, 26% auf Riesling und 13% auf die sonstigen Sorten, wie Morio-Muskat, Elbling und andere. Der Rotmost (730 000 hl) entstammte fast ausschließlich Portugieserbeständen. Der Elbling wies, vornehmlich an der Obermosel, mit über

180 hl den weitaus höchsten mittleren Hektarertrag auf. Es folgten von den bedeutendsten Sorten Portugieser und Müller-Thurgau, die im Landesdurchschnitt 166 bzw. 164 hl/ha erreichten. Für den Riesling wurden 123 hl, für den Silvaner 121 hl pro ha erzielt.

Trotz sehr vieler Spät- und Auslesen erreichte die Qualität des Mostes allgemein nicht ganz die des Jahrgangs 1969. Obwohl die sonnige Witterung im Spätsommer und Herbst die Zuckerbildung äußerst begünstigte, mußten bei dem übergroßen Behang gewisse Einbußen hingenommen werden. Im Durchschnitt ergab sich ein Mostgewicht von 65 Grad Öchsle für Weiß- und 61 Grad für Rotmost gegenüber 69 bzw. 67 Grad im Jahre zuvor. Knapp die Hälfte des Weißmostes brachte Mostgewichte zwischen 60 und 70 Grad, 22% lagen über 70 Grad, während 31% die 60-Grad-Grenze nicht erreichten. Davon blieben jedoch nur wenige Moste unter 50 Grad. Bei der Ernte 1969 wurden für ebenfalls knapp die Hälfte des Ertrages Mostgewichte zwischen 60 und 70 Grad angegeben, der Prozentsatz derjenigen mit 70 Grad und mehr gestaltete sich jedoch etwas günstiger (39%). Beim Rotmost beliefen sich die entsprechenden Anteile für die einzelnen Klassen auf 43%, 9 bzw. 48% gegenüber 55%, 30 bzw. 15% im Jahre 1969. Der mittlere Säuregehalt blieb mit 10,2‰ bei Weiß- und 9,4‰ bei Rotmost unter den im Vorjahre erzielten Werten. Im

Weißmostertrag							Rotmostertrag					Weinbaugebiet
zusammen		Silvaner	Riesling	Müller-Thurgau	Mostgewicht	Säuregehalt	zusammen		Portugieser	Mostgewicht	Säuregehalt	
hl/ha	hl	hl/ha		°Ochsle	‰	hl/ha	hl	hl/ha	°Ochsle	‰		
gesamt												
124,1	4 938 447	130	103	142	67	10,2	155,6	754 505	160	64	9,2	1960
58,9	2 410 371	53	61	67	72	9,5	72,2	363 076	74	67	7,7	1961
60,5	2 523 746	52	62	75	73	11,3	76,4	378 616	79	69	9,1	1962
91,8	3 919 293	103	65	106	68	10,6	93,6	460 714	97	69	8,7	1963
110,8	4 754 629	110	101	125	77	7,2	128,1	631 486	130	72	5,9	1964
75,2	3 229 675	77	65	85	60	14,1	96,9	483 999	99	57	12,8	1965
71,6	3 098 195	61	86	67	77	8,7	73,4	358 855	75	74	8,1	1966
92,9	4 076 507	97	84	98	74	11,0	97,3	467 728	99	70	9,1	1967
85,9	3 820 357	83	82	91	61	13,0	110,0	518 779	113	59	12,3	1968
87,5	3 967 797	84	86	90	69	11,2	88,1	405 999	89	67	10,7	1969
137,3	6 498 186	121	123	164	65	10,2	160,9	731 271	166	61	9,4	1970
gebiete 1970												
96,3	88 381	102	94	121	65	12,9	95,3	858	.	64	10,2	Mittelrhein (einschl. Lahn)
121,8	381 726	108	106	160	66	9,8	112,8	2 594	121	62	10,2	Nahe (Koblenz)
197,8	174 087	.	.	188	48	14,4	Obermosel
131,1	132 932	.	129	147	65	11,3	Saar
117,7	38 845	.	117	131	62	13,4	Ruwer
144,1	819 405	111	138	167	63	12,0	Mittelmosel
135,4	367 973	.	124	171	62	12,5	Untermosel
103,8	20 439	.	94	115	65	11,0	110,4	33 463	132	65	9,2	Ahr
139,9	677 591	123	99	162	67	9,2	173,6	67 701	176	60	9,5	Worms
124,9	174 382	114	107	154	66	9,4	101,3	709	.	65	10,8	Oppenheim
136,0	134 773	123	104	156	66	9,4	131,4	9 067	132	63	9,0	Mainz
132,6	146 169	116	102	159	66	9,1	130,9	43 341	135	63	9,0	Ingelheim
133,9	235 244	118	107	166	66	9,4	158,1	22 139	159	62	9,3	Wiesbach
110,4	32 114	106	100	138	67	9,1	131,5	10 522	139	63	9,5	Bingen
142,8	91 661	127	128	175	66	9,2	150,7	6 026	152	63	9,2	Nahe (Rheinhausen)
142,7	751 795	124	107	168	66	9,6	132,4	29 534	133	63	9,6	Alzey
133,0	581 605	128	124	168	68	9,3	180,6	267 286	182	60	9,8	Mittelhaardt
143,7	1 419 568	124	120	169	64	9,6	166,1	121 448	170	60	8,9	Oberhaardt
124,4	179 601	108	103	153	67	9,7	162,0	115 495	163	62	9,3	Unterhaardt mit Zellertal
105,9	49 895	97	101	134	66	10,4	Nahe (Pfalz)
137,3	6 498 186	121	123	164	65	10,2	160,9	731 271	166	61	9,4	Rheinland-Pfalz

ganzen gesehen wird der Jahrgang 1970 jedoch durchaus seine Stellung neben den Spitzenweinen der letzten zehn Jahre behaupten können.

Erhebliche Preiseinbrüche, besonders in Rheinhessen und der Pfalz, hatten zur Folge, daß sich die aus Mostverkäufen an den Handel und an Kellereien erzielten Gelderlöse mit 68 DM pro hl Weiß- und 45 DM pro hl Rotmost nicht unbedeutend unter denen des Vorjahres bewegten. Die in einer ähnlichen Situation im Jahre 1960 ermittelten Preise von 51 bzw. 43 DM pro hl konnten jedoch noch überschritten werden.

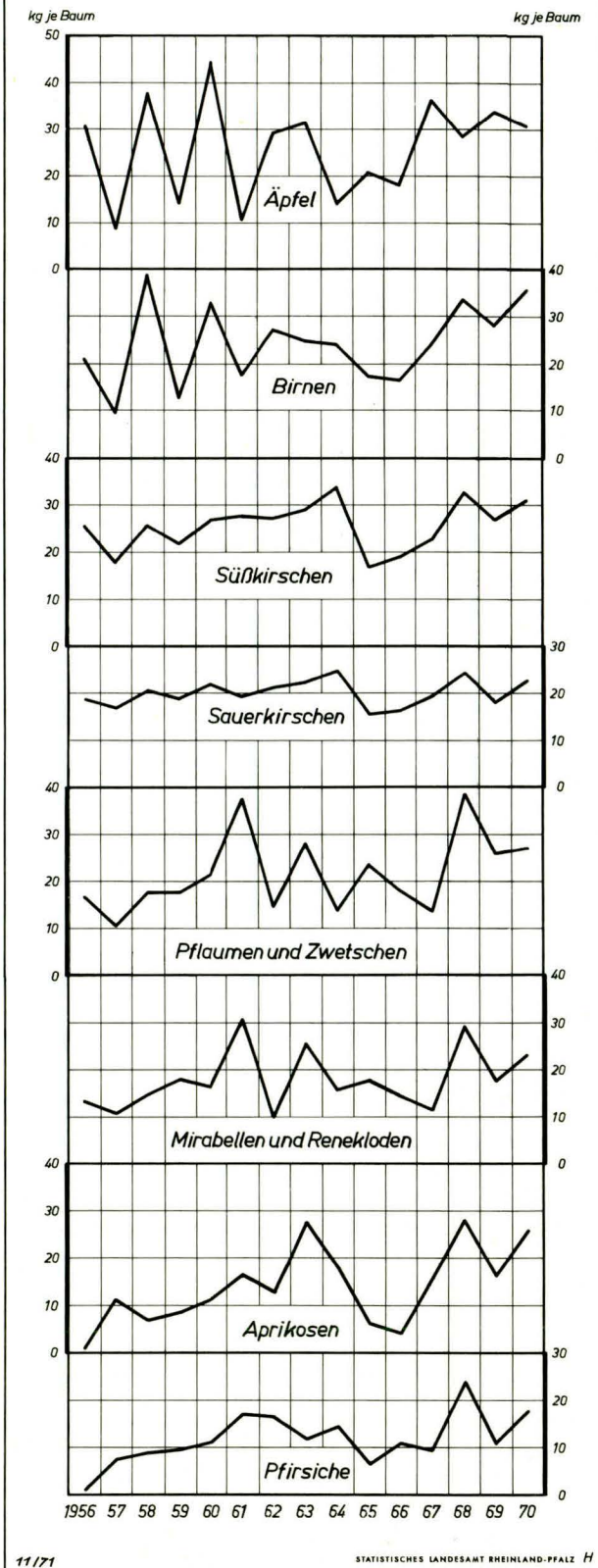
2. Obst

Mit 11 700 ha wiesen die geschlossenen Obstanlagen im Vergleich zu 1969 einen Flächenrückgang von gut 700 ha auf. Diese bisher einmalige Entwicklung darf in erster Linie als Folge der von der EWG zur Sanierung des Obstbaus der Gemeinschaft in der Verordnung Nr. 2517/69 des Rates festgelegten Rodungsprämie für wichtige Kern- und Steinobstarten gewertet werden, die in Verbindung mit äußerst unbefriedigenden Obstpreisen viele Anbauer zur Aufgabe ihrer Anlagen veranlaßte. Da diese Prämie inzwischen wesentlich erhöht wurde, wird auch für die kommenden Jahre mit weiteren Flächeneinschränkungen zu rechnen sein. Für die Errechnung der gesamten gewachsenen Baumobsternte, von der nur ein Bruchteil aus den Intensivanlagen stammt, finden jedoch weiterhin die Baum-

zahlen aus der Obstbaumzählung 1965 Verwendung. Erst die entsprechend einem Richtlinienentwurf der EWG für Ende 1972 geplante Erhebung über das Produktionspotential der intensiv bewirtschafteten Baumobstanlagen wird wieder neuere Ergebnisse hierüber zur Verfügung stellen. Während die Zahlen für die Apfelanlagen auf Grund von Unterlagen über Förderungsmaßnahmen zwischenzeitlich fortgeschrieben wurden, dürften die Werte vornehmlich im Streuobstbau mittlerweile als überhöht angesehen werden. Erdbeeren zu Verkaufszwecken, die im Rahmen der jährlichen Gemüseerhebungen Berücksichtigung finden, kamen 1970 auf 275 ha zum Anbau. Davon standen 196 ha im Ertrag, 79 ha sind neu angepflanzt worden. Gegenüber 1969 zeigten sich sowohl bei der Ertragsfläche als auch bei den Neuanlagen geringfügige Einschränkungen.

Das zu kühle Frühjahr führte in allen Landesteilen zu einer Verspätung der Baumblüte bis in den Mai hinein. In der zweiten Maiwoche fand sie dann mit aufkommendem wärmeren Wetter spontan ihren Anfang, zuerst bei Aprikosen und Süßkirschen, etwa fünf Tage später bei Pfirsichen, Pflaumen, Sauerkirschen und Birnen. Um die Monatsmitte begann die Apfelblüte, die in den höheren Lagen erst Anfang Juni zu Ende ging. Die sonnigen und warmen Tage Anfang Mai begünstigten besonders die Blüte der frühen Steinobstarten. Auch die Äpfel blühten im wesentlichen unter guten Bedin-

Baumobsterträge 1956 - 1970



gungen Ende Mai zügig ab. Bei allen Stein- und auch Kernobstarten konnte ein reichlicher Fruchtansatz beobachtet werden. Die weitere Entwicklung verlief, besonders ab Mitte Juni auch für die späten Stein- und Kernobstarten, durchaus vorteilhaft. Die

warmen und sonnigen Herbsttage bewirkten neben einer guten Haltbarkeit auch eine besonders ausgeprägte Färbung des Kernobstes.

Nach dem Rekordergebnis von 1969 standen diesmal bei Äpfeln mit knapp 101 000 t infolge der Alternanz etwa ein Fünftel weniger zur Ernte an. Rund 29 000 t davon entstammten den Intensivanlagen, sie kamen zu etwa 70% als Tafeläpfel auf den Markt. Der überwiegende Teil der Ernte entfiel jedoch auf den Streuanbau in der Feldflur sowie in Haus- und Kleingärten und diente zur Hälfte dem Eigenverbrauch in den Erzeugerhaushalten. Ein Drittel gelangte in die Süßmostereien. Der Anteil der im Streuobstbau nicht abgeernteten Äpfel belief sich auf 7% gegenüber 8% bei der größeren Ernte im Vorjahr. Birnen erbrachten im Mittel 35,7 kg je Baum, im Jahr zuvor waren es 28,0 und im Sechsjahresdurchschnitt 23,9 kg.

Bei den Steinobstarten ergaben sich ausnahmslos höhere Erträge als 1969. Süßkirschen lieferten insgesamt 22 900 t, was einer Mehrleistung von 3 000 t entspricht. Bei Sauerkirschen bezifferte sich das Ernteergebnis auf 20 200 t gegenüber 16 000 t im vergangenen Jahr. Die Baumerträge lagen für beide Arten um rund 15 bis 25% über den vorjährigen bzw. denen im sechsjährigen Mittel. Im Gegensatz zur Süßkirsche erfreut sich die Sauerkirsche bei der Verwertungsindustrie immer größerer Beliebtheit. Im Jahre 1970 wurde der dorthin gelieferte Anteil auf knapp drei Viertel der Gesamtmenge geschätzt, gegenüber knapp einem Drittel bei den Süßkirschen, die, neben einem höheren Eigenverbrauch, fast zur Hälfte als Frischobst vermarktet wurden. Infolge des größeren Angebots kam es bei Kirschen verbreitet zu Absatzschwierigkeiten, was sich besonders nachteilig auf die Erzeugerpreise auswirkte.

Für Mirabellen und Renekloden errechnet sich eine Ernte von 8 570 t, ein Drittel mehr als 1969, bei Pflaumen und Zwetschen (54 700 t) fiel die Ertragssteigerung mit + 5% nicht ganz so hoch aus. Rund 40% dieser Pflaumenarten dienten zur Deckung des Eigenbedarfs der Erzeuger, etwa 20% waren für den Verkauf als Frischware und rund 35% als Verwertungsobst bestimmt. Ein Zehntel der Pflaumen und Zwetschen verblieb wegen der niedrigen Preise an den Bäumen. Die höchsten Ertragsanstiege (+ 60%) verzeichneten Aprikosen (4 035 t) und Pfirsiche (10 130 t). Durchschnittlichen Baumerträgen von 25,6 bzw. 17,6 kg standen 16,2 bzw. 10,8 im Jahre 1969 sowie 15,3 bzw. 12,9 kg im Sechsjahresdurchschnitt 1964/69 gegenüber. Von der gesamten Aprikosenernte des Bundesgebietes kamen allein 70% aus Rheinland-Pfalz und hier hauptsächlich aus dem Gebiet der Stadt Mainz und dem benachbarten Landkreis Mainz-Bingen. Während die Aprikosen fast zur Hälfte in den Ladenverkauf und nur 28% in die Verwertungsbetriebe gingen, beliefen sich die entsprechenden Werte bei Pfirsichen auf nur 40 bzw. 23%. Der Selbstverbrauch bei den Erzeugern war hier mit 37% ungleich höher als bei den Aprikosen (25%).

Die gesamte Baumobsternte erreichte auf Grund des um 17 000 t höheren Steinobstaufkommens mit

Gemüseart	Anbaufläche			Hektarertrag			Gesamtertrag		
	Ø	1969	1970	Ø	1969	1970	Ø	1969	1970
	1964/69			1964/69			1964/69		
	ha			dz			t		
Im Freiland	6 237	5 832	5 942	.	.	.	104 851	107 344	118 295
Weißkohl	202	199	284	326,6	387,2	375,5	6 586	7 710	10 694
Rotkohl	196	182	251	301,1	342,0	336,7	5 909	6 227	8 443
Wirsing	229	237	209	216,5	229,5	241,2	4 966	5 441	5 024
Rosenkohl	112	113	97	109,2	124,7	192,4	1 226	1 401	1 862
Blumenkohl	408	398	353	193,3	259,2	287,0	7 897	10 307	10 109
Kohlrabi	83	84	82	174,7	187,4	186,5	1 456	1 578	1 520
Kopfsalat	665	785	877	138,5	156,4	172,0	9 212	12 275	15 099
Spinat	904	846	1 039	137,1	147,1	162,1	12 390	12 448	16 851
Möhren	547	504	411	312,3	284,5	294,7	17 080	14 364	12 107
Sellerie	170	178	228	225,9	243,6	274,3	3 843	4 342	6 247
Porree	113	136	126	226,5	260,0	258,1	2 544	3 538	3 259
Zwiebeln	298	218	199	218,8	238,8	241,9	6 522	5 203	4 822
Spargel	711	669	678	45,3	40,5	45,6	3 221	2 713	3 092
Frischerbsen (gedroschen)	203	178	133	46,6	44,3	43,3	945	789	574
Buschbohnen	448	370	329	82,2	92,7	124,3	3 686	3 434	4 094
Gurken	373	218	196	144,2	186,5	193,3	5 374	4 064	3 799
Tomaten	217	156	144	296,5	368,3	372,3	6 441	5 755	5 361
Unter Glas	28,54	31,05	31,57	5,8	5,9	6,4	1 652	1 999	2 035

268 500 t einen geringfügig größeren Wert als im vergangenen Jahr. Beim Kernobst wurde das Vorjahresergebnis infolge der geringeren Apfelernte sowohl in den Intensivanlagen als auch im Streuobstbau deutlich unterschritten. Die Erntemengen betrugen hier nur 145 500 t gegenüber 157 200 t vor Jahresfrist.

Auch beim Strauchbeerenobst - Gesamterntemengen werden wegen fehlender neuerer Strauchzahlen bzw. Flächenangaben seit einigen Jahren nicht mehr berechnet - konnte das Ertragsniveau des Vorjahres zum Teil beträchtlich überschritten werden. Bei Erdbeeren wurden im Landesdurchschnitt 87,0 dz pro ha geerntet gegenüber 77,1 dz 1969 und 67,1 dz im mehrjährigen Mittel. Der eingeschränkte Anbau führte jedoch zu einer nur unwesentlich reichlicheren Gesamternte von 1 700 t.

3. Gemüse

Nach den beträchtlichen Einschränkungen der vergangenen Jahre ist der Freilandgemüseanbau seit 1969 wieder geringfügig ausgeweitet worden und erreichte eine Fläche von 6 055 ha. Bemerkenswerte Zunahmen erfuhren vor allem Weiß- und Rotkohl sowie Kopfsalat, Spinat und Sellerie. Größere Anbaurückgänge gab es dagegen bei Möhren, Frischerbsen und Buschbohnen. Der Spinat nahm mit 1 039 ha die größte Fläche in Anspruch, gefolgt von Kopfsalat (877 ha), Spargel (791 ha), Möhren (411 ha), Blumenkohl (353 ha), Buschbohnen (329 ha), Weißkohl (284 ha), Rotkohl (251 ha), Sellerie (228 ha) und Wirsing (209 ha). In Unterglasanlagen wurden rund 32 ha mit Gemüse bestellt, gegenüber 31 ha im Jahre zuvor. Vom Gesamtanbau entfielen annähernd 25 ha auf Hoch- und 7 ha auf Niederglasflächen. Unter Hochglas fanden sich vorwiegend Gurken (5,9 ha), deren Fläche seit 1969 um die Hälfte zugenommen hat, ferner Kohlrabi (5,3 ha), Radieschen (3,6 ha), Tomaten (3,5 ha) und Rettich (2,9 ha). Auf den Niederglasflächen hatten Radieschen (2,1 ha) und Kopfsalat (1,5 ha) die größte Verbreitung. Ihre Flächen wurden auf Kosten der sonstigen Arten bedeutend ausgedehnt.

Für die Winter- und Frühgemüsearten schuf der späte Vegetationsbeginn im Frühjahr, ähnlich wie im Jahre zuvor, keine günstigen Startbedingungen. Nach dem Anfang April erfolgten Auspflanzen der frühen Arten wirkte sich die nachfolgend zu kühle und feuchte Witterung hemmend auf das Wachstum der jungen Kulturen aus. Erst als ab Mai vorwiegend wärmeres Wetter einsetzte, konnte die weitere Entwicklung vor sich gehen. Für die mittelfrühen und späten Arten brachten die Monate Juli bis Oktober, abgesehen von kürzeren Trockenperioden, nahezu ideale Wachstums Voraussetzungen.

Die überwinternden und frühen Arten erreichten erwartungsgemäß in der Regel nur geringfügig höhere Flächenleistungen als im Vorjahr und im Sechsjahresdurchschnitt. Der beachtliche Anstieg in der Erntemenge von Winterspinat ist ausschließlich die Folge einer enormen Flächenausweitung. Spargel lieferte 45,6 dz/ha bei 40,5 dz für 1969 und 45,3 dz im Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre. Auf Grund einer geringeren Anbaufläche fiel das Gesamtaufkommen um knapp 400 t höher aus als 1969. Für den Frühjahrskopfsalat errechnen sich bei 175,7 dz/ha gegenüber 157,0 bzw. 145,7 in den Vergleichszeiträumen knapp 4 000 t. Sowohl unterdurchschnittlich als auch unter denen von 1969 blieben dagegen die Erträge bei Frühen Möhren und Karotten (191,3 dz/ha), die beim Auflaufen der Saaten besonders anfällig gegen Kälte und Nässe sind. Mit Ausnahme der Kopfkohlarten, die nicht immer eine optimale Bodenfeuchtigkeit vorfanden, lagen die Hektarleistungen der mittelfrühen und späten Arten jedoch zum Teil beträchtlich über denen des vergangenen Jahres. Besonders hohe Ertragsanstiege waren bei Rosenkohl (+ 54%), Buschbohnen (+ 34%), Herbstspinat (+ 17%), Sellerie (+ 13%) und Blumenkohl (+ 11%) zu verzeichnen. Die bedeutendsten Erntemengen lieferten Sommer- und Herbstkopfsalat (11 100 t), Späte Möhren und Karotten (9 660 t), Herbstspinat (8 860 t), Blumenkohl (8 750 t), Sellerie (6 250 t) und Tomaten (5 360 t). Infolge eingeschränkter Anbauflächen blieb die Ge-

samternte bei Möhren beträchtlich, bei Blumenkohl und Tomaten geringfügig unter der vorjährigen. Die gesamte Gemüseerzeugung im Freiland erreichte mit 118 300 t einen um 11 000 t höheren Wert als vor einem Jahr. Zu dieser Erhöhung hat neben der günstigen Flächenleistung, besonders der mittelfrühen und späten Arten, in erster Linie der verstärkte Anbau beigetragen.

Im Unterglasanbau wurden, ähnlich wie 1969, etwas mehr als 2 000 t produziert. Da hier die Er-

tragsleistungen auf Grund der weitgehenden Unabhängigkeit von den im Freiland herrschenden Wachstumsbedingungen über die Jahre hinweg relativ konstant bleiben, hängt die Höhe der Ernte in erster Linie vom jährlichen Anbauumfang ab. Die Gurken machten mit 950 t nicht ganz die Hälfte des Gesamtaufkommens aus. Bedeutende Mengen ergaben sich ferner für Tomaten (380 t) und Kohlrabi (194 t).

Diplom-Landwirt W. Lauer

Investitionen im produzierenden Gewerbe 1969

1. Methodische Vorbemerkungen

Im Rahmen der Jahreserhebungen im produzierenden Gewerbe werden sowohl Unternehmens- als auch Betriebsangaben erfragt. Infolge der mannigfaltigen Wirtschaftsverflechtungen fallen Daten für Unternehmen früher als für Betriebe an, da der Zusammenstellung der Betriebsergebnisse ein Länderaustausch vorausgehen muß. Im Interesse einer rationellen Abwicklung dieser Erhebungen werden die Angaben der Betriebe jeweils von dem für das Unternehmen zuständigen Statistischen Landesamt erfaßt, womit zugleich der Abgleich dieser Daten gewährleistet ist. Die Darstellung der Betriebsergebnisse ist indes nach dem Betriebssitz ausgerichtet. Da die monatliche Industrieberichterstattung nach dem Betriebssystem konzipiert wurde, liegen, mit Ausnahme der Investitionsangaben, ohnehin Jahresdaten für Betriebe zu einem sehr frühzeitigen Zeitpunkt vor.

Den Investitionsangaben ist im Rahmen der Jahreserhebungen die größte Bedeutung beizumessen, da die Investitionsentscheide der Unternehmer maßgebend die künftige Entwicklung der Wirtschaft beeinflussen und die Gewinnerwartungen widerspiegeln. Wenn auch eine Trennung in Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen bei diesen Erhebungen nicht möglich ist, in aller Regel ist mit jeder Ersatzinvestition im Effekt auch eine Kapazitätserweiterung bzw. Leistungsverbesserung infolge der beständigen technischen Weiterentwicklung der Produktionsmittel verbunden, verdeutlichen gerade die Zeitreihen der Investitionen den sektoralen und regionalen Strukturwandel. Allerdings muß einschränkend angeführt werden, daß bei einer solchen Analyse Preisveränderungen zu berücksichtigen sind, da bei Fehlen der Geldwertstabilität der rechnerische Zuwachs unter Umständen allein auf Preisveränderungen zurückzuführen sein kann. Während der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte in den letzten Jahren - von 1963 bis 1969 errechnet sich ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von 1,6% - relativ konstant blieb, muß die Preiskomponente bei den Investitionswerten des Jahres 1970 entscheidend berücksichtigt werden, weil hier ein Anstieg von nahezu 6% zu erwarten ist. Der Preisanstieg für bauliche Anlagegüter hat sich bereits 1969 auf + 8,6% belaufen, 1970 dürfte er sich auf 9,4% erhöht haben, wenn man den Index für gewerbliche Betriebsgebäude als Repräsentationswert heranzieht. Da die erste Aufbereitungsstufe eine Ergebnisdetaillierung nach Anlagearten nicht einschließt, bleibt die Untersuchung der Preisveränderungen auf die Investitionshöhe einem späteren Beitrag vorbehalten. Ebenso fallen Angaben über die Investitionen nach Verwaltungsbezirken erst in der zweiten Aufbereitungsphase im Zusammenhang mit den Betriebsdaten an.

2. Gesamtüberblick

Die Analyse der Investitionsangaben der vergangenen Jahre zeigt für Rheinland-Pfalz ein außerordentlich günstiges Ergebnis. Da die Industrie in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt aus den bekannten Gründen, insbesondere der mißverstandenen Grenzlage, zu schwach vertreten war, galten die Anstrengungen der für die Wirtschaft Verantwortlichen in erster Linie dem Ziel, die Industrie entscheidend zu fördern. Die überdurchschnittlichen Zuwachsraten der vergangenen Jahre zeigten, daß die Hauptzielsetzungen einer aktiven Wirtschafts- und Strukturpolitik erfüllt wurden, nämlich Vollbeschäftigung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials und allmählicher Abbau des Rückstandes gegenüber dem Bundesdurchschnitt, wobei die allgemeine Konjunkturlage der Entwicklung in den beiden letzten Jahren sehr zustatten kam. Dabei ist es verständlich, daß sich die Förderung vorrangig auf Wachstumsbranchen konzentriert, sei es der Ausbau bestehender oder die Ansiedlung neuer Industrien bei möglichst gleichzeitiger standortpolitischer Absicherung des vorhandenen Industriepotentials. Die Bemühungen im Rahmen der langfristigen Aktionsprogramme, den Anteil der Unternehmen mit hohem Lohn- und Gehaltsniveau anzuheben, das heißt die Förderung der kapitalintensiven Produktionsweise, muß selbstverständlich seinen Niederschlag in den Investitionsgrößen finden, und zwar nicht nur der Industriewirtschaft sondern zugleich der öffentlichen Haushalte, weil ein solches Ziel ohne Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung, sei es durch den Ausbau des Verkehrsnetzes im Lande, sei es durch die Errichtung und den Ausbau leistungsfähiger Fernverbindungen zu den Bezugs- und Absatzräumen außerhalb des Landes, nicht erreicht werden kann. Schon die Bereitstellung von Industriegelände ist meist mit hohen Aufwendungen verbunden. Hinzu kommt der Ausbau der Sozialstruktur, um weite Gebiete dieses Landes für eine Ansiedlung attraktiver zu gestalten. So verbinden sich vor allem mit dem geplanten Bau des Saar-Pfalz-Kanals große Erwartungen für das zu erschließende Hinterland, wo wachstumsschwachen Wirtschaftszweigen ein relativ bedeutendes Gewicht zukommt (Schuhindustrie, Steine und Erden). Die Entwicklungshemmnisse hatten in der Vergangenheit in einzelnen Teil-

Investitionsintensität und Investitionsquoten der Unternehmen¹⁾ des produzierenden Gewerbes
in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1962 - 1969

Investitionsintensität Investitionsquote	Rheinland-Pfalz						Bundesgebiet					
	1962	1964	1966	1967	1968	1969	1962	1964	1966	1967	1968	1969 ^P
Insgesamt												
Investitionen je Beschäftigten in DM	2 128	3 227	3 686	3 092	2 980	5 066	2 486	2 597	2 851
Anteil der Investitionen am Umsatz in %	6,5	.	.	6,2	3,6	8,3	6,8
Industrie												
Investitionen je Beschäftigten in DM	2 302	3 586	4 398	3 627	3 377	5 320	2 636	2 772	3 150	3 047	2 745	3 646
Anteil der Investitionen am Umsatz in %	6,2	8,1	8,6	6,6	5,9	8,6	6,8	6,1	6,2	5,7	5,0	6,1
Bauhauptgewerbe												
Investitionen je Beschäftigten in DM	1 852	2 249	1 423	1 605	1 935	2 718	1 824	2 015	1 574	1 709	1 871	2 402
Anteil der Investitionen am Umsatz in %	6,0	8,2	4,7	4,8	7,1	7,8	7,9	7,1	4,9	5,3	6,3	6,5
Produzierendes Handwerk												
Investitionen je Beschäftigten in DM	1 308	1 389	1 263	1 182	1 120	1 374	1 788	1 371	1 733
Anteil der Investitionen am Umsatz in %	4,2	.	.	2,6	3,1	3,3	6,6

1) Industrie: Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten; Bauhauptgewerbe und produzierendes Handwerk: Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

räumen des Landes zu einer passiven Sanierung durch Abwanderung von Unternehmen und Arbeitskräften geführt. Die Schwerpunktprogramme haben vornehmlich diese Gebiete inzwischen zu wachstumskräftigen Regionen werden lassen.

Für das produzierende Gewerbe insgesamt ergibt sich im Jahre 1969 ein Investitionsvolumen in Höhe von 1 852 Mill. DM, das um 63,8% dasjenige des Jahres 1968 übertrifft und als ungewöhnlich wachstumssteigernd bezeichnet werden muß. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten beispielsweise nur um 4,1% auf 397 358 und der Umsatz um 16,6% auf 22,3 Mrd. DM. Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem des Jahres 1962, errechnet sich für Beschäftigte eine Meßzahl von 103, für Investitionen eine solche von 222. Bei der Industrie stellt sich die Vergleichsgröße für Investitionen auf 237, beim Bauhauptgewerbe auf 154 und beim produzierenden Handwerk auf 128. Die entsprechenden Meßziffern der Beschäftigten beliefen sich auf 102, 105 und 115. Im produzierenden Gewerbe stieg die Investitionsquote von 5,9% im Jahre 1968 auf 8,3% im Berichtsjahr und die Investitionsintensität gleichzeitig von 2 963 DM auf 4 660 DM, was einer Zunahme gegenüber 1968 von 57,3% entspricht. Bei einem Anteil der Industrie von 77,4% an der Zahl der Beschäftigten (1968: 76,3%), von 85,3% (86,2%) am Umsatz und von 88,3% (86%) an den Investitionen wird die Gesamtentwicklung des produzierenden Gewerbes entscheidend von der Industriewirtschaft bestimmt.

3. Industrie

Die in Rheinland-Pfalz ansässigen Industrieunternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten erhöhten ihre Investitionen gegenüber 1968 um 68,3%. Damit führte der Anlagenzugang weit über die allgemeine Entwicklung im Bundesgebiet hinaus, welche für 1969 für die gesamte Industrie nach ersten vorläufigen Ergebnissen mit + 37% zu veranschlagen ist, so daß der Zuwachs in Rheinland-Pfalz nahezu doppelt so groß war wie im Bundesgebiet, woraus abzuleiten ist, daß der Produktionszuwachs in Rhein-

land-Pfalz auch in den kommenden Jahren über dem Bundesdurchschnitt zu suchen sein dürfte. Der Beschäftigtenzugang übertraf mit + 5,6% die Erhöhung im Bundesgebiet (+ 4,9%) nur geringfügig. Beim Umsatz war eine gleichartige Entwicklung (+ 15,5%) zu beobachten.

Mit einem Investitionsbetrag von 1 636 Mill. DM (einschließlich Investitionssteuer) wurde das bisher höchste Volumen erreicht. Gemessen am Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) errechnet sich eine Investitionsquote von 8,6% gegenüber 5,9% im Jahre 1968. Eine gleich hohe Investitionsquote war lediglich 1966 erreicht worden. Aufschlußreich ist der Vergleich mit der Quote für das Bundesgebiet, die analog der Entwicklung der Vorjahre mit 6,1% erheblich hinter der von Rheinland-Pfalz zurückblieb. Der Vergleich der Investitionsintensität, also der Investitionen je Beschäftigten, ergibt ein ähnliches Bild. Dieser Wert lag für Rheinland-Pfalz mit 5 320 DM erheblich über dem Bundesdurchschnitt in Höhe von 3 646 DM (+ 45,9%). Sowohl im Bundesgebiet als auch in Rheinland-Pfalz wurde damit die höchste Investitionsintensität seit Erfassung der Investitionen im Jahre 1962 erreicht.

Gliedert man die Investitionsintensität der rheinland-pfälzischen Unternehmen nach den bedeutendsten Produktionssparten, so ist ein außerordentliches Gefälle erkennbar, wobei sich der Abstand der Extremwerte gegenüber dem Jahre 1968 noch vergrößert hat. So wurden die Brauereien und Mälzereien aus ihrer Spitzenstellung, die sie 1967 und 1968 eingenommen hatten, von der chemischen Industrie verdrängt, für die bereits im Jahre 1964 der höchste Betrag je Beschäftigten investiert worden war. Allerdings hatte hier auf das Jahresergebnis 1969 die Errichtung einer Großraffinerie maßgeblichen Einfluß. Je Beschäftigten errechnet sich für die chemische Industrie (einschließlich Mineralölverarbeitung) 1969 ein Investitionsaufwand von 12 772 DM, so daß sich bei der Bedeutung dieses Industriezweiges für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien eine Investitionsintensität von

Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Bruttoanlageinvestitionen der Industrie nach hauptbeteiligten Industriezweigen
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Industriezweig	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz ¹⁾		Investitionen ²⁾	
	30. 9. 1969	Veränderung zu 1968	30. 9. 1969	Veränderung zu 1968	1969	Veränderung zu 1968	1969	Veränderung zu 1968
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	193	2,7	109 537	4,3	8 963 679	13,7	1 092 080	81,3
Industrie der Steine und Erden	87	2,4	15 796	1,3	767 201	16,2	73 272	69,4
Natursteinindustrie	10	11,1	2 675	- 3,2	121 843	7,5	19 942	67,3
Sand- und Kiesindustrie	4	-	478	1,7	24 110	22,4	3 025	235,4
Gewinnung und Aufbereitung von Rohton, Farberden, Schiefer, Asphalt, Quarzit u. ä. Steine und Erden	10	- 9,1	1 095	- 9,4	42 273	10,4	3 366	6,8
Zementindustrie	2	-	1 005	- 1,7	61 230	14,0	4 178	24,6
Kalkindustrie	2	-						
Ziegelindustrie	3	- 25,0	414	- 30,1	9 745	- 22,6	1 253	139,1
Herstellung von feuerfesten grobkeramischen Erzeugnissen	9	-	3 184	0,3	144 701	13,0	8 118	53,8
Betonsteinindustrie	12	9,1	1 480	9,7	67 487	15,6	6 449	50,3
Bims- und Bimssteinindustrie	25	4,2	2 832	6,4	175 943	18,4	16 864	96,8
Sonstige Industrien der Steine und Erden	6	-	2 382	-	106 427	-	8 293	-
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallindustrie	3	-	4 052	6,4	771 294	20,1	25 728	0,6
Gießereiindustrie	14	27,3	4 941	11,1	207 540	35,5	11 257	120,8
Ziehereien und Kaltwalzwerke	7	-	1 598	2,6	141 440	27,9	4 049	49,5
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie)	51	-	72 128	4,2	6 362 514	11,2	921 225	99,9
Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	11	10,0	2 604	0,2	156 253	11,7	8 550	34,2
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	10	-	3 132	2,0	185 166	15,1	19 284	9,5
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	10	- 9,1	5 286	11,5	372 271	25,1	28 715	- 29,8
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	257	5,3	79 857	6,8	3 549 261	21,6	176 954	39,0
Stahl- und Leichtmetallbau	26	13,0	5 247	9,1	226 204	36,2	6 904	73,6
Maschinenbau; Büromaschinen und Datenverarbeitung	83	5,1	42 157	6,4	1 827 561	16,3	80 602	39,4
Straßenfahrzeugbau	11	10,0	4 401	25,3	228 545	55,7	13 790	39,3
Schiff- und Luftfahrzeugbau	5	-	792	5,7	24 810	7,0	559	36,7
Elektrotechnische Industrie	44	2,3	8 691	- 4,8	330 096	14,5	17 069	- 17,4
Feinmechanische und optische Industrie	7	-	2 893	4,7	84 311	11,0	4 327	- 21,8
Stahlverformung	11	22,2	2 991	27,2	132 663	43,4	13 352	69,2
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	70	2,9	12 685	7,0	695 071	25,2	40 351	90,8
Stahlblechwarenindustrie	27	3,8	4 701	4,1	287 002	25,8	12 591	75,2
Feinblechpackungsindustrie	3	-	1 345	9,5	78 251	22,7	7 712	199,5
Metallwarenindustrie	16	-	2 786	5,9	135 734	20,1	6 890	33,5
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	456	- 0,4	101 026	6,4	4 297 146	18,0	253 352	59,7
Feinkeramische Industrie	27	- 3,6	4 254	0,7	133 726	13,5	10 337	7,6
Glasindustrie	8	-	7 946	7,8	405 665	25,6	25 004	52,5
Holz verarbeitende Industrie	53	- 3,6	12 170	1,9	578 978	18,4	26 300	16,9
Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie (einschl. Sportgeräte- und Spielwarenindustrie)	22	10,0	1 847	11,1	87 168	44,2	2 838	187,8
Schmuckwarenindustrie	13	8,3	1 076	9,0	41 643	32,0	736	62,1
Edelsteinindustrie	7	16,7	554	17,1	40 107	65,8	1 816	499,3
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	28	3,7	6 089	12,0	305 005	23,7	12 253	2,3
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	47	-	7 536	1,2	274 243	15,1	16 729	57,9
Kunststoff verarbeitende Industrie	41	2,5	10 355	13,2	651 309	23,8	51 379	44,6
Leder erzeugende Industrie	8	14,3	1 975	11,1	125 595	5,5	6 181	159,9
Leder verarbeitende Industrie	17	- 10,5	4 207	- 3,3	128 086	9,5	3 402	56,7
Schuhindustrie	115	- 4,2	27 033	7,2	955 004	9,0	31 357	25,0
Textilindustrie	36	2,9	9 918	12,7	418 900	31,2	59 478	249,3
Bekleidungsindustrie	54	3,8	7 696	1,1	233 467	11,7	8 094	86,0
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	101	1,0	17 048	4,3	2 250 892	9,1	113 378	35,8
Ernährungsindustrie	97	1,0	16 364	4,8	2 156 765	10,1	112 600	36,7
Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	7	16,7	645	15,2	58 352	30,3	2 454	38,2
Molkereien und Milch verarbeitende Industrie	11	22,2	1 303	16,4	323 492	23,7	14 952	74,0
Brauereien und Mälzereien	26	- 3,7	5 186	1,7	462 717	11,4	51 536	31,4
Spirituosenindustrie	6	- 14,3	1 939	2,3	490 718	7,9	7 732	23,4
Wein verarbeitende Industrie	10	11,1	1 786	1,9	333 360	11,0	7 830	45,0
Mineralwasser- und Limonadenindustrie	19	5,6	3 476	9,3	203 430	27,5	21 558	35,6
Tabak verarbeitende Industrie	4	-	684	- 4,7	94 127	- 9,9	778	- 30,3
In s g e s a m t	1 007	1,7	307 468	5,6	19 060 879	15,5	1 635 764	68,3

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 2) Einschl. Investitionssteuer.

Investitionsintensität und Investitionsquoten ausgewählter Industriezweige 1962 - 1969
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Industriezweig	Investitionsintensität						Investitionsquoten					
	1962	1964	1966	1967	1968	1969	1962	1964	1966	1967	1968	1969
	DM je Beschäftigten						Anteil am Umsatz in %					
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	3 088	5 966	7 839	6 122	5 776	9 970	6,8	10,4	11,8	8,8	7,7	12,2
Industrie der Steine und Erden	3 149	3 551	2 562	2 296	2 749	4 639	10,3	9,6	6,4	5,6	6,5	10,0
Chemische Industrie	3 266	8 005	10 109	6 835	6 702	12 772	6,6	12,8	13,6	9,1	4,0	14,5
Eisenschaffende Industrie	6 222	3 283	11 058	6 338	6 714	6 349	7,0	2,6	8,0	3,6	8,1	3,3
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	1 533	2 158	1 875	1 767	1 704	2 216	5,4	6,8	5,2	4,6	4,4	5,0
Maschinenbau	1 486	1 285	1 381	1 238	1 453	1 912	5,8	4,4	3,9	3,2	3,7	4,4
Elektrotechnische Industrie	974	1 321	1 291	1 114	2 257	1 964	4,1	5,2	4,6	3,8	7,2	5,2
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	1 819	6 616	2 649	2 926	1 757	3 181	5,1	16,0	5,8	6,3	3,7	5,8
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	1 297	1 511	1 864	1 565	1 689	2 508	4,7	4,7	5,2	4,0	4,4	5,9
Glasindustrie	1 951	2 441	2 068	1 622	2 226	3 147	6,3	6,3	5,1	3,5	5,1	6,2
Holz verarbeitende Industrie	2 734	1 445	3 666	2 755	1 966	2 161	9,0	3,8	8,3	6,2	4,7	4,5
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	1 048	1 908	1 412	2 118	1 537	2 220	4,7	7,6	4,8	6,0	4,8	6,1
Kunststoff verarbeitende Industrie	2 551	4 081	3 988	2 897	3 927	4 962	5,9	8,2	7,2	4,7	6,7	7,9
Schuhindustrie	673	805	1 162	798	975	1 160	2,6	2,8	3,7	2,4	2,8	3,3
Textilindustrie	2 491	2 235	1 953	1 948	2 016	5 997	5,3	6,7	5,7	5,2	5,5	14,2
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	5 519	5 049	6 269	6 921	5 342	6 651	7,7	6,0	6,0	6,0	4,2	5,0
Ernährungsindustrie	5 588	5 064	6 335	7 190	5 517	6 881	8,1	6,2	6,2	6,3	4,4	5,0
Brauereien und Mälzereien	5 647	6 630	6 731	8 024	8 223	9 938	9,7	9,8	9,0	10,2	10,1	11,1
Mineralwasser- und Limonadenindustrie	5 827	3 956	5 316	5 141	5 033	6 211	18,6	9,8	10,9	10,1	10,0	10,6
Tabak verarbeitende Industrie	4 680	4 762	5 013	1 353	1 558	1 137	4,4	4,3	3,6	0,8	1,1	0,8
Insgesamt	2 302	3 586	4 397	3 628	3 376	5 320	6,2	8,1	8,6	6,6	5,9	8,6

9 970 DM ergab. An zweiter Stelle unter den Industrie-Hauptgruppen lagen infolge der außerordentlich kapitalintensiven Produktionsweise die Nahrungs- und Genußmittelindustrien (6 651 DM). Die Investitionsgüterindustrien rangierten mit 2 216 DM noch hinter den Verbrauchsgüterindustrien (2 508 DM). Am Ende der Skala der bedeutendsten Industriezweige waren, wie bereits in den Vorjahren, die Schuhindustrie (1 160 DM) und die Tabak verarbeitende Industrie (1 137 DM) zu finden, die auch beim Quotenvergleich das Schlußlicht bildeten. Nach der Höhe der Investitionsquote führten 1969 die Chemie (14,5%) und Textilindustrie (14,2%).

Untersucht man die Investitionsbeträge nach Produktionsbereichen, zeigt sich, daß mit 1 092 Mill. DM zwei Drittel auf die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien entfielen, obwohl sich deren Anteilssätze an den Beschäftigten nur auf 35,6% und am Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) auf 47% beliefen. Die Unternehmen der chemischen Industrie waren an den Investitionen mit 921 Mill. DM beteiligt, so daß sich ihr Anteil auf 56,3% stellte (Beschäftigte 23,5%, Umsatz 33,4%). Hingegen blieben die Investitionsgüterindustrien mit einem Investitionsanteil von 10,8% erheblich hinter dem Beschäftigten- (26,0%) und Umsatzanteil (18,6%). Gleiches gilt für die Verbrauchsgüterindustrien, wo sich folgende Verteilung ergibt: Investitionen 15,5%, Beschäftigte 32,9%, Umsatz 22,6%. Die entsprechenden Vergleichswerte für die Nahrungs- und Genußmittelindustrien stellten sich auf 6,9%, 5,5% und 11,8%.

4. Bauhauptgewerbe

Die in Rheinland-Pfalz Ende September 1969 ansässigen 1 049 Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, in welchen 68 751 Arbeitskräfte tätig waren (+ 0,5%), erzielten im

Jahre 1969 einen Umsatz von 2 393 Mill. DM (ohne Mehrwertsteuer), was im Vergleich zu 1968 zwar einen rechnerischen Anstieg um 28% ergibt, wobei indes zu berücksichtigen ist, daß der Übergang von der Ist- auf die Sollbesteuerung mit Einführung der Mehrwertsteuer einen solchen Vergleich stark beeinträchtigt. Gleichzeitig wurde das Investitionsvolumen um 39,7% auf 187 Mill. DM erhöht. Ergänzend sei bemerkt, daß Arbeitsgemeinschaften bei diesem Zahlenvergleich unberücksichtigt blieben. Die an Arbeitsgemeinschaften beteiligten Unternehmen wurden aber einschließlich ihrer Arbeitsgemeinschaftsanteile in die Ergebnisse einbezogen, um einen zutreffenden Unternehmensvergleich zu ermöglichen. Auffallend ist der hohe Anlagenzugang im Straßenbau, welcher sich auf + 64,7% stellte, und auf den nunmehr nahezu ein Drittel des Investitionsvolumens entfiel. Im Jahre 1968 war hier der Zugang mit + 16,5% noch erheblich hinter dem Zuwachs des Bauhauptgewerbes, welcher sich damals auf + 23,4% belaufen hatte, zurückgeblieben. Die großen Investitionsvorhaben, die im Zusammenhang mit dem Ausbau der Infrastruktur anstehen, dürften im Berichtsjahr diese Investitionsfreudigkeit der Straßenbauer entscheidend beeinflussen haben. Damit erhöhte sich die Investitionsquote des Bauhauptgewerbes auf 7,8%, wobei sich diese Quote nur geringfügig von dem hohen Betrag des Jahres 1964 (8,2%) abhebt. Je Beschäftigten wurden 1969 im Bauhauptgewerbe 2 718 DM investiert gegenüber 1 935 DM im Jahre 1968 (+ 40,5%). Gemessen am bisherigen Höchstbetrag von 2 249 DM im Jahre 1962, ergibt dies eine Zunahme um 20,9%. Für das Bundesgebiet dürfte sich nach einer ersten Schätzung für 1969 eine Investitionsquote von 6,5% ergeben und die Investitionsintensität sich auf 2 402 DM belaufen, so daß beide Ziffern erheblich unter den für Rheinland-Pfalz ermittelten Werten

Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Bruttoanlageinvestitionen des Bauhauptgewerbes nach Wirtschaftszweigen 1969
(Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; ohne Arbeitsgemeinschaften)

Wirtschaftszweig	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz ¹⁾		Investitionen ²⁾	
	30. 9. 1969	Veränderung zu 1968	30. 9. 1969	Veränderung zu 1968	1969	Veränderung zu 1968	1969	Veränderung zu 1968
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Hoch- und Tiefbau	931	- 0, 4	55 254	- 0, 3	1 836 024	38, 3	158 048	40, 3
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	257	- 4, 8	17 612	- 6, 2	547 561	30, 7	45 420	28, 1
Hoch- und Ingenieurhochbau	428	- 0, 2	18 684	- 0, 2	504 801	30, 9	32 156	37, 5
Tief- und Ingenieurtiefbau	97	2, 1	5 809	0	209 908	32, 8	21 850	19, 5
Straßenbau	149	5, 7	13 149	8, 7	573 754	22, 5	58 892	64, 7
Spezialbau	21	5, 0	10 516	4, 8	463 751	25, 6	24 580	41, 3
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau (einschl. Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe)	3	- 25, 0	131	- 1, 5	4 835	10, 0	329	25, 1
Dämmung und Abdichtung	15	15, 4	9 895	5, 3	444 200	26, 1	23 336	42, 7
Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung	3	0	490	- 1, 8	14 716	18, 7	915	17, 8
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	57	- 1, 7	1 727	- 8, 0	45 057	30, 2	1 963	24, 6
Zimmerei und Dachdeckerei	40	11, 1	1 254	13, 0	47 956	40, 5	2 304	- 20, 1
Zimmerei und Ingenieurholzbau	22	10, 0	741	16, 1	27 165	36, 6	1 805	- 27, 2
Dachdeckerei	18	12, 5	513	8, 7	20 791	45, 9	499	24, 4
Insgesamt	1 049	0	68 751	0, 5	2 392 788	28, 0	186 895	39, 7

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 2) Einschl. Investitionssteuer.

liegen. Aufgrund der aufgezeigten Entwicklung errechnet sich im Jahre 1969 nach Wirtschaftszweigen für Rheinland-Pfalz die größte Investitionsintensität mit 4 479 DM je Beschäftigten für den Straßenbau, die geringste für das Dachdeckergewerbe mit 973 DM. Gemessen an der Investitionsquote, übertraf der Tief- und Ingenieurtiefbau mit 10,4% knapp den Straßenbau (10,3%). Bei der Dachdeckerei waren es dagegen nur 2,4%.

5. Produzierendes Handwerk

Da der Berichtskreis Handwerk auf dem Firmenstand der Handwerkszählung 1967/68 basiert und Neuzugänge mangels fehlender Informationen ebenso wenig einbezogen werden können wie Betriebe, welche aufgrund des Beschäftigtenzuwachses zu diesem Berichtskreis hinzugezählt werden müßten, können die Veränderungsraten hier nur bedingt zur

Beurteilung der Entwicklung herangezogen werden, zumal bei der Aufbereitung die Unternehmen auszuschließen sind, deren Beschäftigtenstand unter den Schwellenwert der Erfassung (20 Beschäftigte am Erhebungsstichtag) absinken. Indes können die Angaben über Investitionsintensität und -quote durchaus als Entwicklungsmaßstab genommen werden.

Je Beschäftigten wurden von den Unternehmen des produzierenden Handwerks mit 20 und mehr tätigen Personen im Jahre 1969 im Durchschnitt 1 374 DM investiert gegenüber 1 120 DM im Jahr zuvor. Lediglich 1964 war für diesen Bereich eine höhere Investitionsintensität (1 389 DM; oder + 1,1%) festgestellt worden. Erfahrungsgemäß bleibt diese Relation hinter denen der Bauwirtschaft (— 97,8%) und Industrie (— 287,2%) zurück, was in der unterschiedlichen Produktionsweise

Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Bruttoanlageinvestitionen des produzierenden Handwerks nach Wirtschaftszweigen 1969
(Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz ¹⁾		Investitionen ²⁾	
	30. 9. 1969	Veränderung zu 1968	30. 9. 1969	Veränderung zu 1968	1969	Veränderung zu 1968	1969	Veränderung zu 1968
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	400	- 5, 2	15 108	- 4, 4	717 283	13, 1	22 830	10, 2
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	6	- 14, 3	228	- 2, 6	15 792	15, 7	189	- 68, 3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	10	0	353	5, 4	13 050	20, 4	951	257, 5
Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	13	8, 3	443	17, 5	15 205	58, 4	870	67, 0
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	235	- 5, 2	9 255	- 6, 2	458 001	15, 0	13 182	20, 9
Stahl- und Leichtmetallbau	75	- 3, 8	2 746	- 5, 6	102 399	11, 0	2 180	3, 1
Maschinenbau	26	- 10, 3	1 822	- 3, 1	49 788	14, 1	3 547	48, 1
Straßenfahrzeugbau	134	- 5, 0	5 227	- 7, 2	305 814	16, 6	7 455	16, 6
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	45	- 4, 3	1 952	0	60 845	15, 6	2 091	- 26, 4
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	39	0	1 088	- 0, 4	36 182	13, 1	1 434	8, 9
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	8	- 27, 3	281	- 17, 4	7 408	- 12, 1	188	- 41, 6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	44	- 8, 3	1 508	- 6, 0	110 800	1, 8	3 925	- 0, 6
Ausbaugewerbe	151	- 11, 2	6 031	- 6, 0	174 134	10, 8	6 214	49, 1
Bauinstallation	76	- 12, 6	3 453	- 5, 6	99 465	14, 1	4 109	111, 3
Glaser- und Malergewerbe	51	- 12, 1	1 772	- 8, 8	43 621	12, 5	1 352	- 18, 1
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei	24	- 4, 0	806	- 0, 9	31 048	- 0, 6	753	31, 4
Insgesamt	551	- 6, 9	21 139	- 4, 8	891 417	12, 7	29 044	16, 7

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 2) Einschl. Investitionssteuer.

seine Erklärung findet, wobei die Bedingungen der Kapitalbeschaffung ebenfalls von Bedeutung sein dürften. Handelt es sich bei diesem Berichtskreis doch ausschließlich um mittelständische Unternehmen, deren Marktstellung bei wachsender Konkurrenz durch Großunternehmen beständig schwieriger wird. Die Investitionsquote stellte sich auf 3,3% gegenüber 3,1% im Jahre 1968. 1962 hatte sie sich auf 4,2% belaufen.

Beschränkt man die Untersuchung auf den gleichen Firmenkreis des Jahres 1968/69, ergibt sich ein Beschäftigtenzuwachs um 1,1 und eine Umsatzzunahme um 20,7%. Diese 547 Unternehmen investierten um 15,3% mehr als im Jahre 1968. Die Investitionsquote weicht mit 3,2%, die Investitionsintensität mit 1 332 DM, nur unwesentlich von den eingangs erwähnten Größen ab.

Dr. K.-H. Speth

Tote und Verletzte bei Straßenverkehrsunfällen 1969

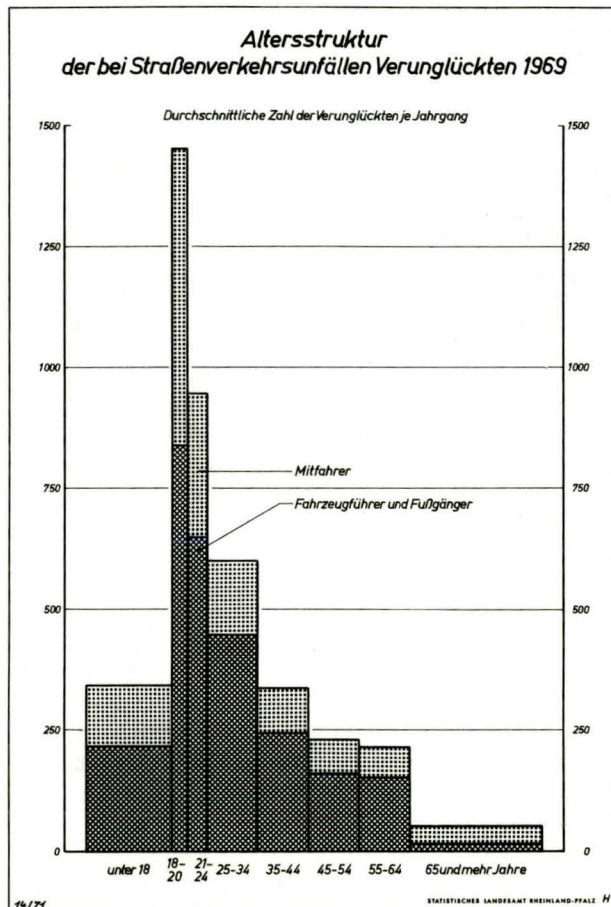
1. Gesamtüberblick

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verunglückten 1969 insgesamt 30 090 Menschen, 3,1% weniger als im vorausgegangenen Jahr. Diese Entwicklung vollzog sich wie in den vergangenen Jahren weitgehend in Übereinstimmung mit der Veränderung der Zahl der Personenschadensunfälle (— 3,9%), wodurch sich für die Zahl der verunglückten Personen pro Unfall mit Personenschaden wieder ein Wert von 1,5 ergab. Relativ am stärksten verringerte sich gegenüber 1968 die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten, nämlich um 7,2% auf 1 080. Der Rückgang betraf in erster Linie Fahrer und Mitfahrer von Lastkraftwagen (— 22,6%) sowie von Mopeds und Mofas (— 15,1%). Lediglich bei den Fahrern und Mitfahrern von Krafträdern erhöhte sich trotz des weiter zurückgegangenen Bestands an Fahrzeugen dieser Art die Zahl der Getöteten um 3,9% auf 53. Bei den Schwerverletzten, deren Zahl sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um 4,2% auf 9 982 verringerte, verzeichneten die Mopedfahrer und -mitfahrer den relativ größten Rückgang (— 29,3%), während 14% mehr Fahrer und Mitfahrer von Krafträdern schwer verletzt wurden. Die Zahl der Leichtverletzten ging um 2,2% auf 19 028 zurück. Nach der Art der Verkehrsbeteiligung ergab sich hier ein ähnliches Bild wie bei den Veränderungsraten der Schwerverletzten.

Die Zahl der Verunglückten, die 1968, untergliedert nach der *Ortslage*, etwa zu gleichen Teilen innerhalb und außerhalb von Ortschaften in Straßenverkehrsunfälle verwickelt worden waren, nahm auf freier Strecke etwas stärker ab (— 4,2%). Die Zahl der Verkehrstoten auf den Straßen außerhalb von Ortschaften ging sogar um 89 auf 673 (— 11,7%) zurück, während sie sich innerhalb von Ortschaften noch um 5 auf 407 (+ 1,2%) erhöhte. Der starke zahlenmäßige Rückgang der Personen, die außerhalb von Ortschaften bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben kamen, betraf insbesondere Fahrer und Mitfahrer von Mopeds und Mofas (— 27,6%), von Lastkraftwagen (— 18,4%) und Fußgänger (— 18,6%). Die Zahl der getöteten Insassen von Personenkraftwagen verringerte sich im Außerortsbereich um 35 auf 420 (— 7,6%), während sie sich im Innerortsbereich um 2 auf 103 erhöhte.

Die verunglückten Insassen von Personenkraftwagen stellten mit nahezu zwei Dritteln (65,2%) wieder den weitaus größten Anteil an der Gesamtzahl der verunglückten Verkehrsteilnehmer. In grö-

ßerem Abstand folgten Fußgänger (14,0%), Fahrradfahrer (6,2%), die Fahrer und Mitfahrer von Krafträdern (5,8%) sowie von Mopeds und Mofas (4,3%). Bezieht man die Zahl der verunglückten Fahrer und Mitfahrer von Fahrzeugen und der Fußgänger auf die Zahl der an Unfällen mit Personenschaden Beteiligten, so schlägt sich in dieser Beziehungszahl einmal die unterschiedliche Besetzung der einzelnen Fahrzeugarten und zum anderen der unterschiedliche Grad der Verletzbarkeit nieder. Auf 100 unfallbeteiligte Fahrzeugführer und Fußgänger kamen 80 Verunglückte. Über dem Durchschnitt lagen die körperlich besonders gefährdeten Fahrer und Mitfahrer von Krafträdern (111), Mopeds und Mofas (101), Fußgänger (98) und Fahrradfahrer (95). Bei den Personenschadensunfällen außerhalb von Ortschaften ergibt sich in der Regel ein höherer Wert als innerhalb von Ortschaften.



Unfallbeteiligte Verkehrsteilnehmer und Verunglückte bei Unfällen mit Personenschaden
nach Art der Verkehrsbeteiligung¹⁾ und Alter 1969

Art der Verkehrsbeteiligung	Ins-gesamt 2)	Im Alter von ... Jahren							
		unter 18	18 - 20	21 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 und mehr
Unfallbeteiligte									
Krafträder	1 565	540	456	117	177	129	49	63	19
Personenkraftwagen	24 596	38	3 135	4 329	7 806	4 067	2 334	1 601	464
Lastkraftwagen	2 562	2	138	363	966	557	240	133	22
Mopeds und Mofas	1 272	243	201	68	169	194	152	161	63
Fahrräder	1 987	1 018	70	42	159	160	158	206	151
Fußgänger	4 292	2 078	198	154	313	270	230	415	596
Insgesamt	37 237	3 933	4 231	5 119	9 930	5 633	3 295	2 657	1 351
Anteil der Altersklassen in %									
Krafträder	100,0	34,5	29,1	7,5	11,3	8,2	3,1	4,0	1,2
Personenkraftwagen	100,0	0,2	12,7	17,6	31,7	16,5	9,5	6,5	1,9
Lastkraftwagen	100,0	0,1	5,4	14,2	37,7	21,7	9,4	5,2	0,9
Mopeds und Mofas	100,0	18,9	15,8	5,3	13,3	15,3	11,9	12,7	5,0
Fahrräder	100,0	51,2	3,5	2,1	8,0	8,1	7,9	10,4	7,6
Fußgänger	100,0	48,4	4,6	3,6	7,3	6,3	5,4	9,7	13,9
Insgesamt	100,0	10,6	11,4	13,7	26,7	15,1	8,8	7,1	3,6
Verunglückte									
Krafträder	1 739	656	487	124	187	135	52	60	19
Personenkraftwagen	19 626	1 806	3 313	3 248	4 846	2 410	1 612	1 214	498
Lastkraftwagen	826	25	74	133	281	159	74	50	7
Mopeds und Mofas	1 285	262	206	69	172	193	151	159	154
Fahrräder	1 880	974	61	40	146	55	152	202	147
Fußgänger	4 207	2 050	189	150	309	260	224	412	591
Insgesamt	30 090	5 848	4 362	3 796	6 033	3 388	2 324	2 158	1 391
Anteil der verunglückten Mitfahrer in %									
Krafträder	19,7	27,3	16,0	16,9	15,5	8,1	9,6	8,3	-
Personenkraftwagen	46,2	98,7	50,8	33,9	29,2	34,9	43,5	48,4	67,9
Lastkraftwagen	32,2	100,0	47,3	36,1	21,7	24,5	25,7	34,0	28,6
Mopeds und Mofas	9,9	21,4	12,6	11,6	5,2	4,7	6,6	3,1	-
Fahrräder	1,1	2,1	-	-	-	-	0,7	-	-
Fußgänger
Insgesamt	33,6	36,4	42,2	31,3	25,6	27,8	33,0	30,0	27,3
Verunglückte Fahrzeugführer und Fußgänger auf 100 Unfallbeteiligte									
Krafträder	89	88	90	88	89	96	96	87	100
Personenkraftwagen	43	61	52	50	44	39	39	39	34
Lastkraftwagen	22	-	28	23	23	22	23	25	23
Mopeds und Mofas	91	85	91	90	96	95	93	96	98
Fahrräder	94	94	87	85	92	97	96	98	97
Fußgänger	98	99	95	97	99	96	97	99	99
Insgesamt	54	95	60	51	45	43	47	57	75

1) Ohne die in der Vorspalte nicht besonders aufgeführten Verkehrsteilnehmer. - 2) Einschl. der Fälle ohne Altersangabe.

Dies ist durch die hier üblichen höheren Fahrgeschwindigkeiten in Verbindung mit einer oft unübersichtlichen Straßenführung sowie dadurch zu erklären, daß die Fahrzeuge, insbesondere die Personenkraftwagen, im Überlandverkehr häufig stärker besetzt sind.

Um die Aussage über die Verletzungsgefahr von derjenigen über die Besetzung der Fahrzeuge zu trennen, ist es erforderlich, die Zahl der Verunglückten ohne Mitfahrer auf die Zahl der Unfallbeteiligten zu beziehen. Während im Durchschnitt von 100 unfallbeteiligten Fahrzeugführern und Fußgängern 53 körperlichen Schaden erlitten, waren es bei den Fußgängern 98. Es folgen die Radfahrer (94), Fahrer von Mopeds und Mofas (91) sowie von Krafträdern (89). Die Fahrer von Personenkraftwagen liegen mit einer Quote von 43 unter dem Durchschnitt. Aufschlüsse über die Stärke der

Besetzung der Fahrzeuge gibt auch der Anteil der verunglückten Fahrzeugführer und Fußgänger an der Gesamtzahl der Verunglückten, der sich zu der Quote der Mitfahrer bezogen auf die Gesamtzahl der Verunglückten umgekehrt proportional verhält. Danach weisen die Omnibusse mit 13% naturgemäß den höchsten Anteil von verunglückten Mitfahrern auf. In größerem Abstand folgen Personenkraftwagen (54%) und die überwiegend landwirtschaftlichen Zugmaschinen (57%). Die meisten Personen (61,7%) verunglückten bei Zusammenstößen zwischen fahrenden Fahrzeugen (12 683), hauptsächlich innerhalb von Ortschaften (6 896) sowie bei Auf- und Abfahrten auf einen Gegenstand neben der Fahrbahn (5 864).

Die Untersuchung der Altersstruktur ergab, daß fast ein Fünftel der verunglückten Personen (19,4%)

das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte. Davon verunglückte mehr als ein Drittel als Fußgänger, etwas weniger als ein Drittel in einem Personenkraftwagen und ein Sechstel auf dem Fahrrad. Die relativ am stärksten besetzte Altersklasse war diejenige der 18 bis 20jährigen, auf die allein 14,5% der Verunglückten entfielen. Mehr als drei Viertel dieser Jugendlichen verunglückten als Fahrer oder Mitfahrer von Personenkraftwagen und jeder Neunte mit einem Motorrad. Dabei ist jedoch besonders zu berücksichtigen, daß es sich bei immerhin 42,2% der Verletzten oder getöteten Personen dieser Altersklasse, bei den in Personenkraftwagen Verunglückten sogar bei mehr als der Hälfte, um Mitfahrer handelte. Im Alter zwischen 21 und 34 Jahren stand nahezu ein Drittel aller Verunglückten (32,7%). Allein ein Fünftel war zwischen 25 und 34 Jahre alt. Für die verunglückten Insassen von Personenkraftwagen beliefen sich diese Anteilsätze sogar auf 41,2 bzw. 24,7%. Die letztgenannte Altersklasse wies mit 25,6% (Personenkraftwagen 29,2%) den geringsten Anteil an verunglückten Mitfahrern auf. Mit 95 verunglückten Fahrzeugführern und Fußgängern auf 100 Unfallbeteiligte erwiesen sich die Jugendlichen unter 18 Jahren als die Altersklasse mit dem höchsten Grad der Verletzbarkeit, was in erster Linie auf ihren hohen Anteil an der Zahl der Fußgänger und Fahrradfahrer zurückzuführen ist. Der niedrigste Grad der Verletzbarkeit (43) wurde dagegen bei den 35- bis 44jährigen festgestellt, weil diese nur in verhältnismäßig geringem Maße als Fußgänger und Zweiradfahrer, in wesentlich höherem Maße dagegen als Personenkraftwagenfahrer an Unfällen beteiligt waren. Sehr hoch war das Verletzungsrisiko auch für die über 65jährigen Fahrzeugführer und Fußgänger, die bei einem Unfall zu 75%, die Kraftradfahrer dieses Alters sogar zu 100% verletzt oder getötet wurden.

2. Vergleich mit dem Bundesgebiet

Im Bundesgebiet verunglückten 1969, nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes, bei 338 140 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden 487 799 Personen. Davon wurden 16 584 Personen (3,4%) getötet oder starben innerhalb von

30 Tagen an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Den größten Anteil an der Zahl der Verunglückten im Bundesgebiet hatte Nordrhein-Westfalen (27,8%), gefolgt von Bayern (17,1%), Baden-Württemberg (13,7%), Niedersachsen (11,9%) und Hessen (9,5%). Für diese fünf Länder zusammen ergibt sich damit ein Anteil von vier Fünfteln, bei der Zahl der Getöteten sogar von 82,2%. Rheinland-Pfalz stand sowohl bei der Zahl der Verunglückten (6,2%) als auch bei der Zahl der Getöteten (6,5%) an sechster Stelle im Bundesgebiet.

Bei diesem Vergleich wurde jedoch die unterschiedliche Größe der einzelnen Bundesländer außer acht gelassen, die unter anderem an der Zahl der Einwohner oder an der Fläche des betreffenden Landes ermessen werden kann. Denkbar in Verbindung mit der Zahl der im Straßenverkehr Verunglückten wäre auch der Fahrzeugbestand je Land, wobei jedoch die Fahrleistung der Fahrzeuge, über die zur Zeit keine statistischen Ergebnisse vorliegen, berücksichtigt werden müßte. Ein ganz anderes Bild ergibt sich deshalb, wenn man die Zahl der Verunglückten auf die der Einwohner bezieht. Mit 85,9 Verunglückten auf 10 000 Einwohner lag Hessen an der Spitze der Bundesländer, gefolgt von Hamburg (85,0), Schleswig-Holstein (84,0) und Rheinland-Pfalz (82,2). Auch bei der Zahl der Getöteten pro 10 000 Einwohner nahm Rheinland-Pfalz (2,9) den 3. Platz nach Niedersachsen (3,8) und Schleswig-Holstein (3,0) ein. Das gemessen an der Zahl der Einwohner größte Bundesland Nordrhein-Westfalen erscheint bei der Zahl der Verunglückten je 10 000 Einwohner dagegen erst an siebenter und bei den Getöteten je 10 000 Einwohner an sechster Stelle.

In diesen Zahlen kommt die unterschiedliche Bevölkerungsdichte der einzelnen Bundesländer jedoch nicht zum Ausdruck. Zieht man nämlich die Zahl der Verunglückten auf 10 qkm Fläche heran, so ergibt sich ein völlig anderes Bild. Nordrhein-Westfalen, das nach den Stadtstaaten die größte Bevölkerungsdichte (5 672 Einwohner auf 10 qkm) aufweist, verzeichnete mit 45,2 Verunglückten auf 10 qkm auch die größte Verunglückten-dichte. Rheinland-Pfalz stand nach der Bevölkerungsdichte (1 844

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte nach Bundesländern 1969

Bundesland	Unfälle		Verunglückte					
	ins-gesamt 1)	mit Personen- schaden	ins-gesamt	auf 100 Unfälle mit Personen- schaden	auf 10 000 Einwohner 2)	auf 10 qkm 2)	Getötete	
							zu- sammen	auf 10 000 Einwohner 2)
Anzahl	%	Anzahl						
Nordrhein-Westfalen	133 564	72,7	135 697	140	79,6	45,2	4 282	2,5
Bayern	75 917	73,8	83 634	149	79,5	11,9	3 041	2,9
Baden-Württemberg	62 644	70,3	66 693	151	75,6	18,7	2 325	2,6
Niedersachsen	51 578	76,4	57 994	147	82,1	12,2	2 670	3,8
Hessen	46 273	68,0	46 221	147	85,9	14,9	1 332	2,5
Rheinland-Pfalz	28 974	69,7	30 090	149	82,2	15,2	1 080	2,9
Schleswig-Holstein	21 815	69,4	21 391	141	84,0	13,7	778	3,0
Berlin (West)	20 731	65,2	17 400	129	81,5	362,5	372	1,7
Hamburg	19 075	60,3	15 443	134	85,0	205,9	324	1,8
Saarland	6 785	82,4	8 074	144	71,5	31,4	263	2,3
Bremen	6 055	69,4	5 162	123	68,4	129,1	117	1,5
Bundesgebiet ^p	473 411	71,4	487 799	144	80,2	19,6	16 584	2,7

1) Ohne Unfälle mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten. - 2) Stand: 30.6.1969.

an fünfter und nach der Zahl der Verunglückten je 10 qkm (15,2) an vierter Stelle im Bundesgebiet.

Über die Folgeschwere der Straßenverkehrsunfälle in den verschiedenen Bundesländern gibt die Zahl der Verunglückten pro 100 Unfälle mit Personenschaden Auskunft. Hierbei sind als erstes die Durchreiseländer Baden-Württemberg (151), Bayern und Rheinland-Pfalz (je 149) sowie Niedersachsen und Hessen (je 147) zu nennen, die besonders in den Sommermonaten vom Urlaubsverkehr in den Süden tangiert werden und wegen der durchschnittlich stärkeren Besetzung der durchfahrenden Fahrzeuge eine höhere Zahl der Verletzten und Getöteten aufweisen. In Nordrhein-Westfalen sowie in den Stadtstaaten spielte dagegen der Berufs- und Geschäftsreiseverkehr eine größere Rolle.

Über den Schweregrad der Unfallverletzungen informiert der Anteil der Getöteten an der Gesamtzahl der Verunglückten. Die schwersten Unfälle ereigneten sich danach in Niedersachsen (4,6%), Bayern (3,6%), Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein (je 3,6%) und in Baden-Württemberg (3,5%). In den übrigen Bundesländern lag der Anteil der Getöteten unter dem Bundesdurchschnitt von 3,4%.

3. Regionale Verteilung

Bei der Betrachtung der regionalen Verteilung der Verunglückten bezogen auf 10 000 Einwohner in Rheinland-Pfalz fällt auf, daß der Regierungsbezirk Koblenz mit 87,0 den höchsten Wert aufweist, während diese Ziffer in den Regierungsbezirken Trier (77,4) und Rheinhessen-Pfalz (79,9) wesentlich darunter liegt. Legt man dem Vergleich die Zahl der Verunglückten auf 10 qkm zugrunde - ein Bezug auf die Straßenlänge ist wegen der fehlenden Angaben für Gemeindestraßen nicht mög-

lich -, so errechnet sich für den Bezirk Rheinhessen-Pfalz ein Wert von 21,2, für Koblenz und Trier dagegen nur von 14,5 bzw. 7,7 Verunglückten. Die hohe Verunglücktenquote im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz ist in erster Linie auf die hohe Bevölkerungsdichte von 2 656 Einwohnern auf 10 qkm gegenüber 1 662 und 997 in den beiden Bezirken Koblenz und Trier zurückzuführen. Der enge Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte und der bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückten in einer bestimmten Region wird durch die Tatsache noch unterstrichen, daß die Landkreise Ludwigshafen, Bad Dürkheim und Mainz-Bingen, die innerhalb des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz die größte Bevölkerungsdichte haben, mit 23,0 sowie 17,8 und 17,2 Verunglückten auf 10 qkm gleichzeitig auch die größte Verunglücktenquote aufwiesen. Der Donnersbergkreis und der Landkreis Pirmasens verzeichneten dagegen mit der niedrigsten Bevölkerungsdichte auch die niedrigste Zahl der Verunglückten je 10 qkm (8,6 und 8,2). Das gleiche trifft für einen Vergleich zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen zu. Während bei den erstgenannten einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 10 890 Einwohnern auf 10 qkm eine Verunglücktenquote je 10 qkm Fläche von 92,3 gegenübersteht, errechnet sich für die Landkreise, für die naturgemäß eine wesentlich geringere Bevölkerungsdichte (1 410) charakteristisch ist, auch eine wesentlich geringere Quote von 1,2 Verunglückten je 10 qkm. Mit sieben Verkehrstoten auf 100 qkm war Rheinhessen-Pfalz darüber hinaus der Regierungsbezirk mit den schwersten Unfällen. Auf den Straßen der Regierungsbezirke Koblenz und Trier starben dagegen nur fünf bzw. drei Personen auf 100 qkm an den Folgen von Verkehrsunfällen.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Verteilung 1968

1. Methodische Vorbemerkungen

Im Rahmen des durch das Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) festgelegten dreijährigen Turnus wurde bundeseinheitlich für das Jahr 1968 wieder eine Lohnsteuerstatistik durchgeführt, deren erste Ergebnisse für Rheinland-Pfalz nunmehr vorliegen. Die jetzt ermittelten Daten sind von erheblicher Bedeutung für steuer- und finanzpolitische Überlegungen - erwähnt sei in diesem Zusammenhang die seit langem geplante Große Steuerreform - wie auch für wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen und Fragen der Strukturpolitik.

In die Lohnsteuerstatistik einzubeziehen waren alle Arbeitnehmer, also Angestellte, Arbeiter und Beamte, auch die zur Einkommensteuer Veranlagten; darüber hinaus die Empfänger von Ruhegehältern (Pensionen), Witwen- und Waisengeldern, die ebenfalls als Lohnsteuerpflichtige gelten. Entscheidend für die regionale Zuordnung der Steuerpflichtigen war die Gemeinde, von der die jeweilige Lohnsteuerkarte für 1968 ausgestellt worden war.

Hinsichtlich des Erhebungsverfahrens wurde insofern eine Neuerung vorgenommen, als erstmals die im

Rahmen des maschinell durchgeführten Lohnsteuer-Jahresausgleichs von der Finanzverwaltung erstellten Datenbänder für die Lohnsteuerstatistik herangezogen wurden, wodurch eine Verminderung des für die Aufbereitung erforderlichen Zeitaufwandes und damit auch der Kosten ermöglicht wurde. Bei den Steuerpflichtigen ohne maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleich dienten nach wie vor die Lohnsteuerkarten als Erhebungsunterlagen.

Während alle auf maschinellen Datenträgern befindlichen Fälle total aufbereitet wurden, erfolgte bei den übrigen Lohnsteuerpflichtigen an Hand der Steuerkarten eine repräsentative manuelle Aufbereitung. Hier wurde ein zweiphasiges Stichprobenverfahren angewandt. Von den 1,04 Mill. in die Lohnsteuerstatistik 1968 einbezogenen Steuerpflichtigen konnten auf Grund des neuen Erhebungsverfahrens insgesamt 585 000, also gut die Hälfte, mittels Datenbändern erfaßt werden.

Die Zahl der von den Gemeinden des Landes für 1968 ausgestellten Lohnsteuerkarten belief sich auf 1,61 Mill., dem Statistischen Landesamt wurden jedoch nur etwa 1,28 Mill. Karten zur Bearbeitung zugeleitet. Die sich daraus ergebende Rückflußquote von rund 80% ist trotz entsprechender Bemühungen der Finanzver-

waltung und des Statistischen Landesamtes um einen verbesserten Rücklauf wiederum nicht günstiger als diejenige der Erhebungen von 1965 und 1961. Allerdings handelt es sich erfahrungsgemäß bei den nicht zurückgekommenen Lohnsteuerkarten vornehmlich um die Unterlagen solcher Personen, die im Jahr 1968 entweder überhaupt nicht oder aber nur kurzfristig und bei geringer Entlohnung erwerbstätig waren. Zu diesem Personenkreis zählen vor allem Erwerbslose, Studenten, Schüler und sonstige Aushilfskräfte sowie Lehrlinge, die in aller Regel entweder nur geringfügige oder gar keine Lohnsteuer abgeführt haben. Dabei ist es erstaunlich, daß offenbar ein Großteil von Teilzeitbeschäftigten nicht von der Möglichkeit Gebrauch macht, sich die gezahlte Lohnsteuer im Wege des Lohnsteuer-Jahresausgleichs erstatten zu lassen. Andernfalls wären ihre Lohnsteuerkarten über die Finanzverwaltung dem Statistischen Landesamt zugeleitet worden.

Eine weitere wesentliche Neuerung bei der Lohnsteuerstatistik 1968 besteht darin, daß analog zum System der Zusammenveranlagung von Ehegatten zur Einkommensteuer erstmals Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn als ein einziger Steuerpflichtiger erfaßt wurden. Ihre Zuordnung zu den Bruttolohngruppen wurde nach dem zusammengerechneten Bruttolohn vorgenommen. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1968 mit denen der Erhebungen bis 1965 ist dadurch zum Teil erheblich eingeschränkt. Um eine gewisse Kontinuität zu wahren, wurde jedoch bei den wichtigsten Ergebnissen die Erfassung der genannten Ehegatten auch getrennt als zwei Steuerfälle sowie nach individuellem Bruttolohn vorgenommen. Diese methodische Änderung ergab sich zum einen durch die Übernahme der Daten aus dem maschinellen Lohnsteuer-Jahresausgleich. Zum anderen ist sie ein Schritt hin zur Ermittlung und Darstellung des Familieneinkommens, das insbesondere für sozialpolitische Überlegungen von Interesse ist. Schließlich führt dieses Verfahren zu einer besseren Vergleichbarkeit der Lohnsteuerstatistik mit der Einkommensteuerstatistik.

2. Gesamtüberblick

In der Lohnsteuerstatistik für das Jahr 1968 wurden 1,04 Mill. Lohnsteuerpflichtige oder 1,18 Mill. Steuerfälle mit einem Bruttolohn von 11,4 Mrd. DM erfaßt. Sie erbrachten unter Berücksichtigung der im Lohnsteuer-Jahresausgleich rückerstatteten Beträge eine Lohnsteuerleistung von 931 Mill. DM. Damit ist erstmals seit 1950 keine Zunahme der Lohnsteuerpflichtigen bzw. Steuerfälle mehr zu verzeichnen gewesen, nachdem ihre Zahl von 1961 bis 1965 noch um 11% angestiegen war.

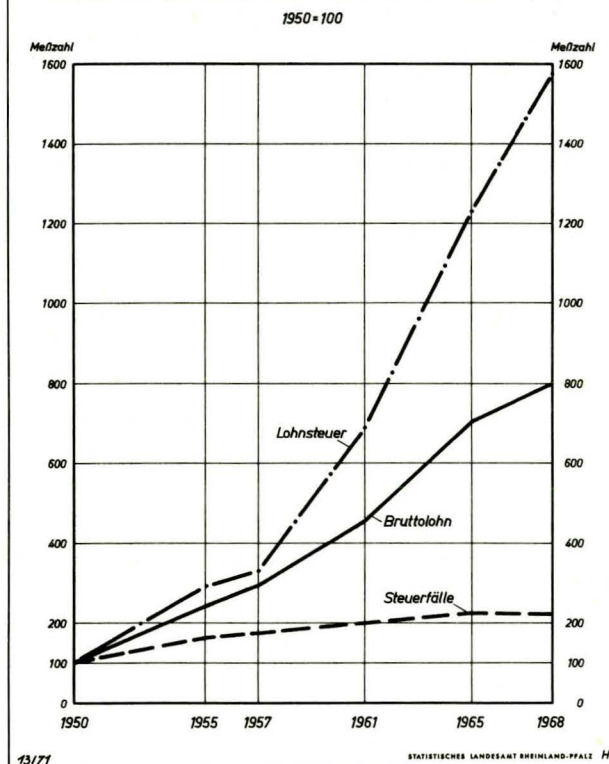
Bemerkenswert ist ferner, daß sich der gesamte Bruttolohn zwischen 1961 und 1965 um 54,3% er-

Bruttolohn und Lohnsteuer der Lohnsteuerpflichtigen 1950 - 1968

Jahr	Steuerpflichtige	Bruttolohn		Lohnsteuer	
	Anzahl	Mill. DM	DM je Steuerpflichtigen	Mill. DM	% des Bruttolohns
1950	534 154	1 435	2 687	59	4,1
1955	879 566	3 487	3 965	173	5,0
1957	939 794	4 242	4 514	196	4,6
1961	1 072 172	6 544	6 103	408	6,2
1965	1 191 503	10 099	8 475	727	7,2
1968 ¹⁾	1 182 182	11 442	9 679	931	8,1

1) Steuerpflichtige = Steuerfälle.

Steuerfälle, Bruttolohn und Lohnsteuer 1950-1968



höhte, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 11,5% entspricht, während er in den drei Jahren von 1965 bis 1968 lediglich um 13,3% stieg, was einen durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von nur 4,3% bedeutet. Diese vergleichsweise geringe Aufwärtsentwicklung der Löhne und Gehälter ist fraglos auf die wirtschaftliche Rezession zurückzuführen, die im Betrachtungszeitraum, mit Schwerpunkt im Jahre 1967, zu verzeichnen war und deren Auswirkungen auf das Einkommensniveau auch 1968 noch nicht ganz überwunden waren. Die statistischen Daten zeigen, daß die Arbeitnehmer Lohn- und Gehaltsforderungen in den Jahren von 1966 bis 1968 bei weitem nicht in dem Maße realisieren konnten wie vor Beginn des Konjunkturrückganges.

Auch die im Vergleich zu 1965 stagnierende Zahl der unselbständig Beschäftigten, wie sie sich in der Zahl der Steuerfälle niederschlägt, dürfte zum Teil ebenfalls mit der gedämpften wirtschaftlichen Entwicklung 1967 zusammenhängen. So kann davon ausgegangen werden, daß in derartigen Situationen die Zahl der Aushilfskräfte und Gelegenheitsarbeiter zurückgeht. Auch die hierzulande beschäftigten Gastarbeiter dienen teilweise als „Puffer“, indem einem verstärkten Rückfluß dieser Arbeitnehmer in ihre Heimatländer ein geringerer Neuzugang gegenübersteht.

Das Lohnsteuersoll ist gegenüber 1965 mit + 28% mehr als doppelt so stark gestiegen wie der Bruttolohn. Fast das gleiche Bild ergibt sich beim durchschnittlichen Steuersoll je Steuerfall, das von 610 auf 790 DM anstieg und damit um 30% höher liegt

Bruttolohngruppe	Steuerpflichtige		Bruttolohn			Lohnsteuer			
			insgesamt		je Steuerpflichtigen	insgesamt		je Steuerpflichtigen	Anteil am Bruttolohn
	Anzahl	%	Mill. DM	%	DM	Mill. DM	%	DM	%
unter 2 400 DM	124 636	12,0	147	1,3	1 182	0	0,0	3	0,3
2 400 - 4 800 "	83 180	8,0	303	2,7	3 643	4	0,4	51	1,4
4 800 - 7 200 "	103 339	9,9	623	5,4	6 028	28	3,0	271	4,5
7 200 - 9 600 "	142 567	13,7	1 205	10,5	8 452	73	7,8	510	6,0
9 600 - 12 000 "	170 926	16,5	1 846	16,1	10 798	119	12,8	694	6,4
12 000 - 16 000 "	215 598	20,7	2 981	26,1	13 828	219	23,5	1 016	7,3
16 000 - 20 000 "	104 547	10,1	1 866	16,3	17 845	170	18,2	1 623	9,1
20 000 - 25 000 "	60 511	5,8	1 331	11,6	21 995	147	15,8	2 422	11,0
25 000 - 36 000 "	27 282	2,6	786	6,9	28 796	105	11,3	3 839	13,3
36 000 - 50 000 "	5 246	0,5	216	1,9	41 119	34	3,7	6 526	15,9
50 000 - 75 000 "	1 537	0,2	89	0,8	58 175	18	1,9	11 558	19,9
75 000 - 100 000 "	249	0,0	21	0,2	83 972	5	0,6	21 691	25,8
100 000 und mehr "	176	0,0	28	0,2	161 153	10	1,0	54 888	34,1
Insgesamt	1 039 794	100,0	11 442	100,0	11 004	931	100,0	895	8,1

als vor drei Jahren, während der Zuwachs des Bruttolohns je Steuerfall im gleichen Zeitraum nur + 14% betrug. Es zeigt sich hier, daß auch bei verlangsamttem Anstieg des Lohnniveaus immer mehr Steuerpflichtige entweder zu Steuerbelasteten werden oder in die Progressionszone hineinwachsen. Obwohl die Lohnsteuer in Relation zum Lohn auch zwischen 1965 und 1968 wieder überproportional anstieg, ist dieser Lohnsteuerzuwachs doch weitaus geringer als die entsprechenden Vergleichswerte für den Zeitraum 1961 bis 1965. Auch hierin spiegelt sich die wirtschaftliche Lage der drei Jahre bis 1968 wider.

3. Schichtung nach Bruttolohngruppen

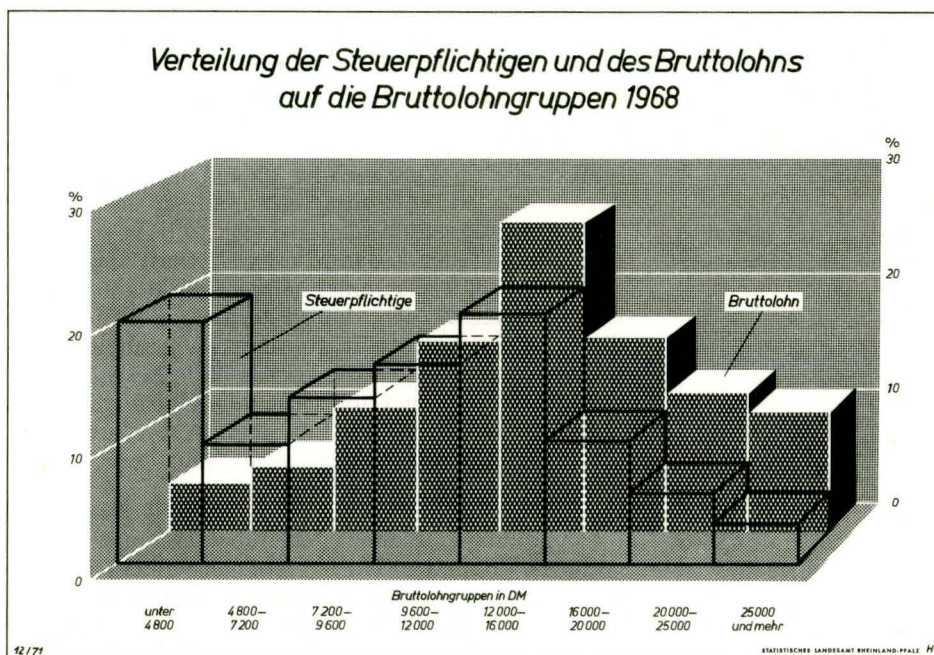
Interessante Erkenntnisse über die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer ermöglicht die Aufteilung der Steuerpflichtigen bzw. Steuerfälle nach Anzahl, bezogenem Bruttolohn und gezahlter Lohnsteuer auf die verschiedenen Bruttolohngruppen. Dabei zeigt sich, daß im Jahre 1968 zwei Fünftel

aller Steuerpflichtigen 12 000 DM oder mehr pro Jahr verdienen, also über ein monatliches Bruttoeinkommen von mindestens 1 000 DM verfügen konnten. Diese Gruppe der Lohnsteuerpflichtigen vereinigte fast zwei Drittel des gesamten Bruttolohnes auf sich und trug zum Steuersoll gut drei Viertel bei. Genau ein Fünftel der Steuerpflichtigen bezog einen Bruttolohn unter 4 800 DM, wobei nur 4% des gesamten Bruttolohns und sogar nur 0,4% der Lohnsteuer auf diesen Personenkreis entfielen, der sich vornehmlich aus Halbtagskräften, nicht ganzjährig Beschäftigten, aus Lehrlingen und sonstigen Personen mit niedrigen Jahreseinkünften zusammensetzt. Ebenfalls ein Fünftel der erfaßten Lohnsteuerpflichtigen erzielte bei einem Lohnanteil von immerhin 38% einen jährlichen Bruttolohn von über 16 000 DM. Der größte Teil der Steuerpflichtigen dieser Gruppe unterliegt bereits der progressiven Besteuerung, woraus sich ihr relativ hoher Beitrag zur gesamten Lohnsteuer in Höhe von 53% ergibt. Einen Jahresverdienst von 100 000 DM und

mehr hatten insgesamt 176 Steuerpflichtige. Das von ihnen erzielte durchschnittliche Jahresgehalt von gut 160 000 DM war mit einer durchschnittlichen Steuerquote von 34% belastet. Die Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttolohngruppen zeigt ferner, daß mit 21% aller Lohnsteuerpflichtigen die Lohngruppe 12 000 DM bis 16 000 DM am stärksten besetzt ist.

Ein Vergleich der Ergebnisse in der Schichtung nach Lohnsteuerpflichtigen mit den Zahlen der Erhebung von 1965 ist nur bedingt möglich, da 1968 Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn als ein einziger Steuer-

Verteilung der Steuerpflichtigen und des Bruttolohns auf die Bruttolohngruppen 1968



Bruttolohngruppe	Steuerfälle				Bruttolohn				
	1965	1968	Veränderung		1965	1968		Veränderung	
	Anzahl		%		Mill. DM	%	DM je Steuerfall	%	
unter 2 400 DM	163 731	157 599	13,3	- 3,7	195	189	1,7	1 200	- 3,0
2 400 - 4 800 "	140 306	117 241	9,9	- 16,4	513	426	3,7	3 631	- 17,0
4 800 - 7 200 "	186 295	142 120	12,0	- 23,7	1 126	858	7,5	6 034	- 23,8
7 200 - 9 600 "	244 224	184 565	15,6	- 24,4	2 061	1 560	13,6	8 452	- 24,3
9 600 - 12 000 "	212 470	214 530	18,2	1,0	2 272	2 313	20,2	10 784	1,8
12 000 - 16 000 "	168 631	230 806	19,5	36,9	2 284	3 168	27,7	13 727	38,7
16 000 - 20 000 "	44 271	75 332	6,4	70,2	782	1 337	11,7	17 747	71,0
20 000 - 25 000 "	17 685	37 392	3,2	111,4	389	822	7,2	21 985	111,4
25 000 - 36 000 "	10 654	17 216	1,5	61,6	308	493	4,3	28 613	60,0
36 000 - 50 000 "	2 114	3 615	0,3	71,0	88	149	1,3	41 310	70,0
50 000 - 75 000 "	825	1 355	0,1	64,2	48	79	0,7	58 544	63,7
75 000 - 100 000 "	180	240	0,0	33,3	15	20	0,2	84 121	31,8
100 000 und mehr "	117	171	0,0	46,2	18	28	0,2	160 796	55,3
Insgesamt	1 191 503	1 182 182	100,0	- 0,8	10 099	11 442	100,0	9 679	13,3

pflüchtiger behandelt wurden. Diese methodische Änderung hatte eine Verschiebung der Steuerpflichtigen von den unteren in die mittleren und von diesen in die höheren Lohngruppen zur Folge. In die gleiche Richtung wirkten überdies naturgemäß auch, wie schon bei früheren Erhebungen, die zwischenzeitlich erfolgten Lohn- und Gehaltssteigerungen. Zu Vergleichszwecken mit der vorhergehenden Lohnsteuerstatistik müssen daher die nach Steuerfällen aufbereiteten Ergebnisse herangezogen werden.

Hieraus geht hervor, daß im Vergleich zu 1965 in allen unteren Lohngruppen bis 9 600 DM die Zahl der Arbeitnehmer zurückgegangen ist. Der Rückgang betrug 133 000 Personen oder 18% und erklärt sich zum einen aus Einkommenssteigerungen. Andererseits kann davon ausgegangen werden, daß die Zahl der in die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen fallenden Personen auch aus dem Grunde rückläufig war, weil es sich hier vielfach um Gelegenheitsarbeiter, Aushilfskräfte und sonstige Personen handelt, die bei einer Rezession, wie sie im Betrachtungszeitraum zu verzeichnen war, erfahrungsgemäß als erste von den Arbeitgebern entlassen werden. In allen Bruttolohngruppen über 9 600 DM hat sich die Zahl der Steuerfälle gegenüber 1965 erhöht, und zwar in der Gruppe 20 000 DM bis 25 000 DM prozentual am stärksten (+ 111,4%). Auch die Zahl der Bezieher von Jahresgehältern über 100 000 DM nahm mit + 46% prozentual recht kräftig zu.

Bei der Betrachtung der Schichtung des Bruttolohns nach Lohngruppen zeigt sich, daß auch hier im Vergleich zu 1965 in den Lohngruppen bis 9 600 DM eine Abnahme des auf die jeweilige Gruppe entfallenden Bruttolohns zu beobachten ist. Demgegenüber ergab sich in allen höheren Gruppen ein Anstieg des Einkommens.

Bei der Schichtung der Steuerpflichtigen bzw. Steuerfälle nach Anzahl, Bruttolohn und Lohnsteuer muß berücksichtigt werden, daß es sich hier um Durchschnittswerte handelt. Die Tatsache der Einbeziehung auch der - oftmals steuerbefreiten - Halbtagskräfte und nicht ganzjährig Beschäftigten hat zur Folge, daß die unteren Bruttolohngruppen durch diesen Personenkreis überrepräsentiert werden. Würde man zum Beispiel die Werte der nicht

ganzjährig Beschäftigten auf Jahreswerte umrechnen, so ergäbe sich daraus eine Verschiebung aus den unteren in die mittleren Lohngruppen. Die folgende Differenzierung der Ergebnisse nach der Beschäftigungsdauer der Lohnsteuerpflichtigen macht dies deutlich.

4. Lohnsteuerpflichtige nach der Beschäftigungsdauer

Eine vollkommen exakte Aufteilung aller erfaßten Lohnsteuerpflichtigen, ihres Bruttolohns und der Lohnsteuer nach der Beschäftigungsdauer ist für 1968 insofern nicht möglich, als bei den nunmehr als nur ein Steuerpflichtiger geltenden Ehepaaren mit beiderseitigem Bruttolohn nicht genau feststellbar ist, in welchem Maße Ehepartner nur zeitweilig berufstätig waren. Bei allen zusammen erfaßten Ehepaaren wurde generell für beide Partner die Beschäftigungsdauer des Ehemannes zugrunde gelegt, eine Prämisse, die natürlich nicht in allen Fällen den wirklichen Gegebenheiten entspricht. Zu den ganzjährig Beschäftigten zählen alle Personen, die 1968 mehr als elf Monate in einem Dienstverhältnis gestanden haben. Das gilt auch, wenn sie nur halbtags, tage- oder wochenweise tätig waren.

Eine Unterscheidung der Lohnsteuerpflichtigen nach der Beschäftigungsdauer ergibt, daß 87% von ihnen das ganze Jahr über und 13% nur zeitweise gearbeitet haben. Auf die vorerwähnten 87% entfielen 94% des gesamten Bruttolohns und sogar nahezu 97% des Lohnsteueraufkommens. Während die meisten der ganzjährig Beschäftigten in die mittleren Bruttolohngruppen fallen - so beziehen genau zwei Drittel von ihnen ein Einkommen zwischen 7 200 DM und 20 000 DM - konzentrieren sich die nicht ganzjährig Erwerbstätigen auf die unteren Einkommensbereiche. Diese Tatsache kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß der durchschnittliche Bruttolohn der nur zeitweilig Beschäftigten mit gut 4 800 DM weit weniger als die Hälfte des Jahresverdienstes der ganzjährig Beschäftigten, die auf durchschnittlich 11 900 DM kamen, beträgt.

Im Vergleich zu der Verteilung aller Lohnsteuerpflichtigen auf die einzelnen Bruttolohngruppen zeigt sich, daß in den unteren Lohngruppen die ganzjährig Beschäftigten relativ schwächer, die nicht dauernd Beschäftigten dagegen erheblich stärker vertreten sind. So blieben von der Gesamtzahl

ein Fünftel unter 4 800 DM und 30% unter 7 200 DM Jahreslohn, bei den ganzjährig Tätigen jedoch nur 14% bzw. 24%. Die entsprechenden Anteile für die nur zeitweilig tätigen Arbeitnehmer liegen bei immerhin 59% und 73%.

Die Besetzung der mittleren Lohngruppen von 7 200 DM bis 20 000 DM deckt sich hingegen bei den Arbeitnehmern insgesamt und den ganzjährig arbeitenden Steuerpflichtigen weitgehend. Fast 45% der ganzjährig Arbeitenden kamen auf einen Bruttolohn von mindestens 12 000 DM, gut ein Fünftel auf wenigstens 16 000 DM.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die nicht während des ganzen Jahres erwerbstätig waren, nimmt mit steigenden Bruttolohngruppen kontinuierlich ab. Allein 41% von ihnen entfallen mit einem Verdienst von maximal 2 400 DM und einem Lohnsteueranteil von 1% auf die unterste Lohngruppe, drei Viertel hatten ein Lohneinkommen von weniger als 7 200 DM und erbrachten dabei nur eine Lohnsteuerleistung von 20%. Lediglich 7% der nicht ganzjährig Arbeitenden erzielten einen Bruttolohn von mindestens 12 000 DM, wobei sie etwa ein Viertel des Bruttolohnes und sogar zwei Fünftel der Lohnsteuer aller nicht ganzjährig Beschäftigten erbrachten. Immerhin kamen von diesen Beschäftigten 6 Steuerpflichtige auf ein Jahresgehalt von 100 000 DM und mehr.

Eine Aufgliederung der Lohnsteuerpflichtigen auf die einzelnen Bruttolohngruppen nach der Beschäftigungsdauer ergibt daher erwartungsgemäß, daß diejenigen von ihnen, die das ganze Jahr über im Erwerbsleben gestanden haben, in ihrer Gesamtheit eindeutig höhere Jahresverdienste erzielten als die weniger als elf Monate des Jahres 1968 erwerbstätigen Arbeitnehmer. Das erklärt sich nicht nur aus der zeitlichen Komponente, sondern auch daraus, daß es sich bei den nicht ganzjährig Beschäftigten zum großen Teil um Aushilfskräfte, saisonale Gelegenheitsarbeiter oder Werkstudenten handelt, deren oft weniger qualifizierte Tätigkeiten in aller Regel vergleichsweise gering dotiert werden.

Andererseits hat sich gezeigt, daß auch viele Arbeitnehmer, die nicht während des ganzen Jahres im Arbeitsprozeß standen, auf einen mittleren oder höheren Jahreslohn kamen. Dieser Personenkreis setzt sich vielfach aus Steuerpflichtigen zusammen, die ihre berufliche Tätigkeit bei relativ guter Bezahlung, entweder neu aufgenommen oder aber, zum Beispiel infolge Erreichens der Altersgrenze, beendet haben.

5. Lohnsteuerpflichtige nach dem Geschlecht

Eine Aufgliederung der Lohnsteuerpflichtigen nach dem Geschlecht kann, nachdem Ehepaare mit beiderseitigem Bruttolohn als ein Steuerpflichtiger zählen, exakt nur noch für die Personen der Steuerklassen I, II und III (ohne V) erfolgen. Als dritte Gruppe werden die nach den Steuerklassen IV und III/V besteuerten Ehepaare ausgewiesen. Demgemäß sind in diesen Fällen Vergleiche mit früheren Lohnsteuerstatistiken nicht mehr möglich.

Von den insgesamt 1,04 Mill. in der Lohnsteuerstatistik 1968 erfaßten Lohnsteuerpflichtigen waren - ohne Berücksichtigung der Ehepaare - 63% Männer und 22% Frauen. Auf die Gruppe der Ehepaare entfielen die restlichen 15%. Die Jahresverdienste der Frauen liegen überwiegend in den unteren, diejenigen der Männer dagegen mehr in den mittleren Bruttolohngruppen. Ehepaare mit gemeinsamem Bruttolohnnachweis verdienen im Schnitt noch etwas mehr als die männlichen Arbeitnehmer. Bei den weiblichen Lohnsteuerpflichtigen entfiel allein über ein Fünftel auf die unterste Lohngruppe mit einem maximalen Jahreslohn von 2 400 DM, gut zwei Fünftel verdienten weniger als 4 800 DM und zwei Drittel von ihnen blieben unter 7 200 DM jährlich, was einem durchschnittlichen Monatslohn von höchstens 600 DM entspricht. Demgegenüber erzielten im Jahre 1968 nur gut 10% der männlichen Erwerbstätigen weniger als 2 400 DM, 16% weniger als 4 800 DM und lediglich knapp ein Viertel blieb unter 7 200 DM. Allein drei Fünftel, also der überwiegende Teil der erwerbstätigen Männer, verdienten zwischen 7 200 DM und 16 000 DM, 16% kamen auf jährlich 16 000 DM und mehr. Von den Frauen erreichten dagegen nur knapp 3% jährliche

Bruttolohn und Lohnsteuer der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttolohngruppen und Beschäftigungsdauer 1968

Bruttolohngruppe	Ganzjährig Beschäftigte							Nicht ganzjährig Beschäftigte					
	Steuerpflichtige		Bruttolohn		Lohnsteuer			Steuerpflichtige		Bruttolohn		Lohnsteuer	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	% des Brutto- lohns	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
unter 2 400 DM	70 090	7,7	92	0,9	0	0,0	0,0	54 546	41,1	55	8,6	0	1,1
2 400 - 4 800 "	58 982	6,5	217	2,0	3	0,3	1,2	24 198	18,2	86	13,4	2	4,9
4 800 - 7 200 "	84 769	9,3	511	4,7	23	2,6	4,6	18 570	14,0	111	17,4	5	14,2
7 200 - 9 600 "	125 787	13,9	1 066	9,9	66	7,3	6,2	16 780	12,7	139	21,8	7	21,1
9 600 - 12 000 "	161 718	17,8	1 748	16,2	113	12,6	6,5	9 208	6,9	98	15,3	6	17,2
12 000 - 16 000 "	209 160	23,1	2 893	26,8	213	23,6	7,4	6 438	4,9	88	13,7	6	19,6
16 000 - 20 000 "	102 400	11,3	1 827	16,9	166	18,5	9,1	2 147	1,6	38	6,0	3	10,5
20 000 - 25 000 "	60 062	6,6	1 321	12,2	146	16,2	11,0	449	0,3	10	1,5	1	2,8
25 000 - 36 000 "	26 884	3,0	775	7,2	103	11,5	13,3	398	0,3	11	1,7	1	4,3
36 000 - 50 000 "	5 212	0,6	214	2,0	34	3,8	15,9	34	0,0	1	0,2	0	0,8
50 000 - 75 000 "	1 525	0,2	89	0,8	18	2,0	19,8	12	0,0	1	0,1	0	0,5
75 000 - 100 000 "	249	0,0	21	0,2	5	0,6	25,8	-	-	-	-	-	-
100 000 und mehr "	170	0,0	26	0,2	9	1,0	33,1	6	0,0	2	0,3	1	3,0
In s g e s a m t	907 008	100,0	10 801	100,0	899	100,0	96,6	132 786	100,0	641	100,0	32	100,0

Bruttolohngruppe	Männer		Frauen		Ehepaare ¹⁾ der Steuerklassen III/V und IV	
	der Steuerklassen I, II und III (ohne V)					
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 2 400 DM	69 715	10,7	48 741	21,2	6 180	3,9
2 400 - 4 800 "	32 544	5,0	47 750	20,8	2 886	1,8
4 800 - 7 200 "	50 400	7,7	49 121	21,4	3 818	2,4
7 200 - 9 600 "	94 940	14,6	41 595	18,1	6 032	3,8
9 600 - 12 000 "	140 082	21,5	18 032	7,8	12 812	8,1
12 000 - 16 000 "	156 907	24,1	18 066	7,8	40 625	25,6
16 000 - 20 000 "	55 954	8,6	4 034	1,8	44 559	28,0
20 000 - 25 000 "	30 244	4,7	2 043	0,9	28 224	17,8
25 000 - 36 000 "	15 012	2,3	575	0,2	11 695	7,4
36 000 - 50 000 "	3 352	0,5	57	0,0	1 837	1,1
50 000 - 75 000 "	1 291	0,2	7	0,0	239	0,1
75 000 - 100 000 "	229	}	6	0,0	33	0,0
100 000 und mehr "	157					
Insgesamt	650 827	100,0	230 027	100,0	158 940	100,0

1) Ehepaare mit beiderseitigem Bruttolohn.

Lohneinkünfte von über 16 000 DM und lediglich 2 von ihnen - gegenüber 157 männlichen Steuerpflichtigen - verdienten mehr als 100 000 DM.

Die Tatsache, daß das Lohn- und Gehaltsniveau der weiblichen Arbeitnehmer im allgemeinen wesentlich unter dem der berufstätigen Männer liegt, wird auch dadurch deutlich, daß ihr jährlicher Durchschnittsverdienst mit 6 300 DM um fast 5 000 DM unter dem der Männer liegt. Das erklärt sich zum einen daraus, daß erfahrungsgemäß relativ mehr Frauen nur als Halbtagskräfte arbeiten. Darüber hinaus üben sie auch vielfach einfachere und weniger hoch bezahlte Tätigkeiten aus. Schließlich ist auch der Umstand, daß bei den berufstätigen Frauen ein größerer Prozentsatz als bei den Männern nicht ganzjährig beschäftigt ist ein Grund dafür, daß die Jahreslöhne der weiblichen Erwerbstätigen unter denen der Männer liegen. Im Jahre 1965 war mindestens jede fünfte lohnsteuerpflichtige Frau, aber nur etwa jeder zehnte erwerbstätige Mann nicht über das ganze Jahr berufstätig. Bei den in der Lohnsteuerstatistik 1968 nach Männern und Frauen aufgeteilten Steuerpflichtigen der Steuerklassen I, II und III (ohne V) ergibt sich, daß für beide Geschlechter der Anteil der nicht ganzjährig Beschäftigten an ihrer jeweiligen Gesamtzahl mit 13% bzw. 14% fast gleich hoch ist. Diese Werte sind jedoch wegen der Zusammenfassung der Ehepaare nicht mit den für 1965 angegebenen Relationen vergleichbar, da sie die bei den Ehepaaren erfaßten Frauen unberücksichtigt lassen. Dabei sind vor allem solche Frauen nicht ganzjährig beschäftigt, die als gelegentlich mitarbeitende Ehefrauen eine Steuerkarte der Klasse V haben, während ihre Ehemänner nach Klasse III besteuert werden. Diese Ehepaare werden jedoch als nur ein Steuerpflichtiger, und zwar entsprechend der Beschäftigungsdauer des Ehemannes, der im Normalfall ganzjährig beschäftigt ist, zusammen erfaßt. Daraus resultiert, daß die Zahl der nicht ganzjährig berufstätigen Frauen aus den dargelegten methodischen Gründen um etliches höher liegt als ausgewiesen.

6. Steuerklassen

Die relativ meisten Erwerbstätigen (44%) wurden nach Steuerklasse III (ohne V) besteuert. Bei ihnen

handelt es sich um Verheiratete, deren Ehegatten keinen Arbeitslohn bezogen. Immerhin 30% der Steuerpflichtigen waren alleinstehende Personen unter 50 Jahre und somit der Steuerklasse I zugeordnet. Etwa jeder zehnte Arbeitnehmer wurde in der Steuerklasse II nachgewiesen, die alleinstehende Personen umfaßt, sofern sie über 50 Jahre alt sind oder ihnen Kinderfreibeträge zustehen. Die Anteile der in den Steuerklassen IV und III/V erfaßten Steuerpflichtigen, das sind Ehepaare, bei denen beide Ehegatten Arbeitslohn bezogen, beliefen sich auf 8,1 bzw. 7,2%. Hier handelt es sich im Regelfall bei einem Steuerpflichtigen um zwei Personen. Die Karten der Steuerklasse VI, welche zusätzlich für Arbeitnehmer ausgestellt werden, die gleichzeitig bei verschiedenen Arbeitgebern in einem Dienstverhältnis stehen, sind nicht in die Statistik einbezogen. Auf diesen Karten enthaltene Beträge wurden auf die jeweils erste Karte des Steuerpflichtigen übertragen.

Einteilung der Lohnsteuerklassen

Steuerklasse	Steuerpflichtige
I	a) Ledige und Geschiedene, b) Verwitwete, die nicht in Steuerklasse III fallen, c) Verheiratete, sofern sie dauernd getrennt leben, wenn sie das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und ihnen kein Kinderfreibetrag zusteht.
II	a) Ledige und Geschiedene, b) Verwitwete, die nicht in Steuerklasse III fallen, c) Verheiratete, sofern sie dauernd getrennt leben, wenn sie das 50. Lebensjahr vollendet haben oder ihnen ein Kinderfreibetrag zusteht.
III	a) Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben und deren Ehegatte keinen Arbeitslohn bezieht oder in der Steuerklasse V geführt wird, b) Verwitwete, die im Zeitpunkt des Todes des Ehegatten von diesem nicht dauernd getrennt gelebt haben, für das Kalenderjahr, in dem der Ehegatte gestorben ist und für das folgende Jahr, c) Verwitwete, wenn ihnen ein Kinderfreibetrag zusteht.
IV	Verheiratete Arbeitnehmer, die nicht dauernd getrennt leben, wenn beide Ehegatten Arbeitslohn beziehen.
V	Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben und deren Ehegatte in die Steuerklasse III fällt.
VI	Arbeitnehmer, die Arbeitslohn gleichzeitig von verschiedenen Arbeitgebern beziehen, erhalten auf der zweiten und jeder weiteren ausgestellten Lohnsteuerkarte die Steuerklasse VI eingetragen.

Steuer- klasse	Steuerpflichtige		Steuerfälle		Bruttolohn				Lohnsteuer		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	DM je		Mill. DM	%	% des Brutto- lohns
							Steuer- pflicht.	Steuer- fall			
I	311 548	30,0	311 548	26,4	2 096	18,3	6 726	6 726	203	21,8	9,7
II	112 696	10,8	112 696	9,5	817	7,1	7 250	7 250	52	5,6	6,4
III (ohne V)	456 610	43,9	456 610	38,6	5 876	51,4	12 869	12 869	430	46,2	7,3
III/V	74 683	7,2	141 978	12,0	1 099	9,6	14 710	7 738	84	9,0	7,7
IV	84 257	8,1	159 350	13,5	1 554	13,6	18 449	9 755	162	17,4	10,4
Insgesamt	1 039 794	100,0	1 182 182	100,0	11 442	100,0	11 004	9 679	931	100,0	8,1

Über die Hälfte des gesamten Bruttolohns bezogen Erwerbstätige der Steuerklasse III (ohne V). Auf die nach Steuerklasse I besteuerten Personen, die 1968 fast ein Drittel aller Steuerpflichtigen ausmachten, entfielen nur 18% des Bruttolohns, womit sie aber die zweitstärkste Gruppe bildeten. Es folgen die Steuerklassen IV, mit einem Anteil am gesamten Lohn in Höhe von knapp 14%, III/V (fast 10%) und II (7%).

Aufschlußreich sind die Durchschnittslöhne je Steuerklasse. Die Steuerpflichtigen der Steuerklasse IV erreichten mit 18 500 DM den höchsten durchschnittlichen Jahresverdienst, gefolgt von denen der Klassen III/V mit 14 700 DM, III (ohne V) mit 12 900 DM und II mit 7 300 DM. Am Schluß rangieren die Erwerbstätigen der Klasse I, die im Durchschnitt nur 6 700 DM erzielten. Bei diesen Durchschnittslöhnen ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich die relativ hohen Werte der Steuerklassen IV und III/V aus dem Grunde ergeben, weil hier, im Gegensatz zu den übrigen Steuerklassen, jeweils zwei Personen (Ehegatten) an der Erzielung des Lohneinkommens beteiligt waren. In diesen Fällen der Ehepaare mit beiderseitigem Bruttolohn handelt es sich also im Grunde genommen um ein Haushalts- oder Familieneinkommen.

Bei einem Einzelnachweis, das heißt bei Zugrundelegung der Zahl der Steuerfälle zeigt sich, daß die nach Steuerklasse III (ohne V) besteuerten Personen das höchste Durchschnittseinkommen erreichten, mit erheblichem Abstand gefolgt von den Arbeitnehmern der Klasse IV, die um etwa ein Viertel niedriger lagen.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Lohnsteuerstatistik von 1965 ergibt, daß die personenbezogenen Durchschnittslöhne je Steuerfall in allen Steuerklassen gestiegen sind, und zwar in Klasse I um 16%, in Klasse II um 12%, in III um 15% und in IV um 20%. Die Steuerklasse V wurde in der vorliegenden Erhebung nicht mehr separat, sondern nur noch in Verbindung mit den dazugehörigen Steuerpflichtigen der Klasse III (Ehegatten) ausgewiesen. Daher gilt der für die Steuerklasse III errechnete Anstieg der Durchschnittslöhne auch nur für die Gruppe der nach Steuerklasse III ohne V Besteuerten. Ein Vergleich der Ergebnisse von 1968 mit denen der vorherigen Erhebung ist hier also nur bedingt möglich.

Die durchschnittliche lohnsteuerliche Belastung des Bruttolohns aller erfaßten Steuerpflichtigen

betrug 8,1%. Sie war in der Steuerklasse IV mit 10,4% am höchsten. 1965 betrug diese Quote noch 8,6%. Nicht viel weniger hoch besteuert waren im Durchschnitt die Erwerbstätigen der Steuerklasse I mit 9,7%. Auch hier zeigte sich gegenüber 1965 (8,6%) ein Anstieg der Steuerbelastung. Es folgen die Steuerklassen III/V mit 7,7%, III (ohne V) mit 7,3% und schließlich II mit 6,4%. Die Belastung der Klasse II ist gegenüber 1965 (6,5%) etwa gleich geblieben.

Die unterschiedliche Steuerquote der einzelnen Steuerklassen hängt von verschiedenen Faktoren ab. So ist die hohe Lohnsteuerbelastung der Steuerklasse IV vor allem dadurch bedingt, daß die darin erfaßten, in der Regel voll berufstätigen Doppelverdiener vielfach bereits in die Progressionszone des Lohnsteuer-Tarifs fallen. Dies gilt in weit geringerem Maße für die ebenfalls doppelverdienenden Ehepaare der Steuerklassen III/V, da hier der eine Ehegatte oft nur zeitweise mitarbeitet und daher ein relativ niedriges Einkommen hat. Ebenfalls relativ hoch besteuert sind die Steuerpflichtigen der Klasse I. Im Gegensatz zu allen übrigen Gruppen kommen bei ihnen keine Kinderfreibeträge in Betracht. Darüber hinaus haben sie gegenüber den anderen Steuerklassen nur geringere Freibeträge. Bei den in Steuerklasse II fallenden Erwerbstätigen macht dieser Sonderfreibetrag im Vergleich zur Klasse I immerhin 840 DM aus.

Eine Aufgliederung der Lohnsteuerpflichtigen der einzelnen Steuerklassen nach Bruttolohngruppen zeigt, daß in den unteren Lohngruppen die Steuerpflichtigen der Steuerklassen I und II dominieren, während sich die Lohn- und Gehaltsempfänger der übrigen Steuerklassen mehr auf die höheren Einkommensbereiche konzentrieren. Von den Pflichtigen der Steuerklasse I blieb ein Viertel unter einem Jahresverdienst von 2 400 DM. In Steuerklasse II war es knapp ein Fünftel. In der Klasse III (ohne V) blieben nur gut 5% unter dieser Grenze, in III/V waren es 7% und in IV gar nur 1%. Weniger als 7 200 DM verdienten im Jahre 1968 jeweils mehr als die Hälfte aller nach den Klassen I und II Besteuerten. Über 12 000 DM Jahreslohn erzielte dagegen in der Steuerklasse I nur etwa jeder Zehnte, in II nur jeder Sechste, während in Steuerklasse III (ohne V) über die Hälfte, in III/V fast drei Viertel und in IV immerhin 85% der Steuerpflichtigen diesen Betrag überschritten.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 635	3 671	3 673	3 671
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 304	2 141	2 104	1 696	2 175	2 028 ^p	2 287 ^p	1 722 ^p	2 338 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	7,0	6,7	5,6	7,0	6,7 ^p	7,3 ^p	5,7 ^p	7,5 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	5 373	4 878	4 259	3 795	4 376	3 757	3 552	3 999 ^p	4 486 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	16,1	13,7	12,6	14,0	12,4 ^p	11,3 ^p	13,2 ^p	14,3 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 345	3 685	3 542	3 283	5 421	3 303	3 417	3 504 ^p	3 699 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	12,2	11,4	10,9	17,4	10,9 ^p	10,9 ^p	11,6 ^p	11,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	118	110	88	174	103	90
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,2	25,8	23,2	39,8	27,4	25,3
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	1 193	717	512	- 1 045	454 ^p	135 ^p	495 ^p	787 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	3,9	2,3	1,7	- 3,4	1,5 ^p	0,4 ^p	1,6 ^p	2,5 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	9 092	13 453	9 832	8 825
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	8 735	11 859	8 574	9 703
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	357	1 594	1 258	- 878
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 017	11 172	13 721	9 830	9 585
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8,4	18,3	4,8	5,8	14,6	5,1	5,7	6,8	13,1
* Männer	1 000	6,8	14,5	2,7	3,4	11,5	2,5	2,7	3,4	8,9
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauerufe	Anzahl	755	890	59	159	2 049	73	75	137	703
Bauberufe	Anzahl	948	2 253	90	216	2 062	68	87	178	1 434
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 372	9 911	2 201	2 658	6 685	2 836	3 064	3 553	7 014
Offene Stellen	Anzahl	27 607	19 460	32 665	30 577	27 793	33 798	31 118	27 267	23 678
Männer	Anzahl	15 420	10 430	20 674	19 359	17 189	21 952	20 256	17 505	14 863
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauerufe	Anzahl	327	342	441	307	339	637	514	413	377
Bauberufe	Anzahl	2 508	1 911	2 716	2 546	1 949	3 263	3 022	2 479	1 827
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	15 003	9 405	18 849	17 061	15 308	17 574	16 195	13 682	11 586
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	754	.	.	754	.	.	.	726
* Milchkühe	1 000	298	288	.	.	288	.	.	.	266
* Schweine	1 000	722	758	.	.	758	868	.	.	827
* Zuchtsauen	1 000	56	70	.	.	70	80	.	.	77
* Trüchtige Zuchtsauen	1 000	33	43	.	.	43	47	.	.	46
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	17	19	20	20	23	21	21	22	22
* Kälber	1 000	5	3	2	2	2	2	2	2	2
* Schweine	1 000	101	102	94	105	127	89	94	117	116
* Hausschlachtungen	1 000	24	21	15	32	40	11	17	33	40
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,0	11,7	11,9	11,1	12,9	12,1	12,0	12,4	11,9
* Rinder	1 000 t	4,2	4,9	5,1	4,8	5,5	5,5	5,5	5,3	5,4
* Kälber	1 000 t	0,3	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,4	6,7	6,6	6,1	7,1	6,5	6,3	6,9	6,2
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾										
* für Legehennenküken	1 000	310	417	246	252	385	183	66	83	121
* für Masthühnerküken	1 000	17	17	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	18	53	54	46	51	62	38	8	53
Milch										
* Milcherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	86	82	76	77	76	78	72	75
%	%	72,1	77,9	78,7	75,0	76,7	82,2	77,9	74,2	75,8
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	8,9	9,6	9,0	8,6	8,4	9,1	8,9	8,5	8,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	2 995	2 997	2 997	2 997	3 007	3 007	3 006	3 004
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	388	398	401	399	412	412	412	409
* Arbeiter 2)	1 000	294	294	301	303	302	309	309	309	306
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	47	53	48	47	51	52	49	48
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	405	422	456	566	482	499	545	663
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	269	288	301	355	327	341	361	419
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	136	134	155	211	155	158	184	244
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	124	126	126	131	85	101	110	118
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	33 959	36 318	35 494	37 959	27 857	28 620	27 032	24 139
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	174	188	202	225	171	197	125	220
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	738	798	768	757	773	829	767	745
* Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	231	328	348	351	293	280	307	302	319
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 041	2 329	2 217	2 201	2 617	2 599	2 454	2 581
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	455	481	455	515	530	520	524	610
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtd industrie	1962 = 100	129	185	199	215	192	208	210	217	197 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	194	207	224	209	215	217	225	209 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	195	209	227	210	217	219	227	210
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	152	159	175	183	168	176	183	192 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	202	215	224	203	223	222	219	197
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	138	168	163	97	192	191	188	138
Chemische Industrie	1962 = 100	151	237	248	260	254	247	246	240	228
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	247	263	313	324	294	288	332	329
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	218	230	292	337	254	225	284	332
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	160	167	179	157	169	173	179	155
Schuhindustrie	1962 = 100	118	120	124	116	97	120	119	121	97
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	154	179	193	169	162	181	195	186
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	140	155	161	97	171	171	174	132
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	103	103
* Umsatz	VjD 1962=100	.	160	185
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	.	157	185
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	242	225	286	287	199
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	595	689	641	666	746	745	703	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	824	898	912	937	930	970	946	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,6	0,5	0,8	1,4	0,3	0,6	0,5	1,0
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	103	101	121	156	79	117	131	168
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	104	101	122	157	80	118	132	170
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	91	90	90	87	93	91	91	89
Facharbeiter	1 000	51	50	49	48	47	50	49	49	48
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	27	27	26	28	28	27	26
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 651	15 360	13 286	8 353	16 156	15 366	14 224	11 327
Privater Bau	1 000	7 759	6 963	8 290	7 257	4 483	8 587	8 422	7 762	6 349
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 780	5 622	4 963	2 910	5 507	5 380	5 036	4 058
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	233	261	229	111	189	206	182	131
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	1 950	2 407	2 065	1 462	2 891	2 836	2 544	2 160
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 688	7 070	6 029	3 870	7 569	6 944	6 462	4 978
Hochbau	1 000	1 791	1 363	1 654	1 413	928	1 752	1 533	1 464	1 153
Tiefbau	1 000	4 444	4 325	5 416	4 616	2 942	5 817	5 411	4 998	3 825
Straßenbau	1 000	2 027	2 113	2 776	2 264	1 318	2 916	2 685	2 456	1 797
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	83 558	100 674	90 862	69 165	122 529	120 347	115 376	108 400
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	75 178	92 331	81 892	58 835	112 432	110 366	104 427	95 756
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	8 380	8 343	8 970	10 330	10 097	9 981	10 949	12 644
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	219 942	289 800	286 123	360 708	333 954	321 500	294 434	471 941

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Berichtigte Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 131	1 248	848	407	1 085	1 230	1 114	456
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 032	1 108	772	378	988	1 101	964	416
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 159	1 365	896	408	1 262	1 365	1 287	476
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	130 934	156 882	104 867	48 489	155 577	176 833	164 921	62 879
* Wohnfläche	1 000 qm	210	199	259	151	69	220	236	231	86
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	339	308	331	300	146	263	303	297	116
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 067	1 097	1 148	1 074	637	1 236	1 228	2 101	534
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	76 216	81 548	88 038	118 342	41 940	121 913	78 012	144 344	72 204
* Nutzfläche	1 000 qm	187	192	207	182	113	210	185	310	83
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	2 790	2 344	2 847	1 892	811	2 503	2 768	2 827	1 014
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	101	.	105	.	.	.	119	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	133	.	137	.	.	.	160	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	136	.	140	.	.	.	162	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	132	.	137	.	.	.	163	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	122	.	128	.	.	.	153	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	133	.	136	.	.	.	158	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	108	.	113	.	.	.	127	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	138	.	144	.	.	.	167	.
Deckenputz	1962 = 100	129	139	.	145	.	.	.	164	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	146	.	150	.	.	.	174	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	123	.	127	.	.	.	142	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	135	.	139	.	.	.	158	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	520,9	577,8	524,5	539,5	582,3	620,3	582,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	16,1	18,6	15,7	13,5	18,6	22,1	17,3	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	504,8	559,2	508,8	526,0	563,6	598,3	565,0	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	8,9	10,1	8,4	8,3	11,9	11,5	9,8	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	27,0	28,2	25,5	27,4	28,5	32,0	33,6	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	468,9	520,9	474,9	490,3	523,3	554,7	521,6	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	192,4	214,0	195,8	188,8	201,8	207,6	193,9	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	276,5	306,9	279,1	301,5	321,4	347,1	327,7	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG - Länder	Mill. DM	88,3	203,5	222,9	202,0	210,2	225,4	252,4	229,5	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	18,5	35,5	37,9	34,2	34,1	41,0	41,8	35,8	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	82,7	93,2	83,6	84,4	83,6	98,6	91,9	...
Italien	Mill. DM	20,0	42,9	46,9	42,1	44,6	50,6	54,3	53,5	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	42,4	44,9	42,1	47,1	50,2	57,6	48,4	...
* EFTA - Länder	Mill. DM	71,9	109,8	127,3	112,9	116,7	129,2	131,6	124,0	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,1	13,5	14,6	12,8	13,6	13,2	11,4	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	20,5	21,5	18,7	18,9	23,7	25,4	25,1	...
Österreich	Mill. DM	13,2	21,8	28,3	20,7	23,2	23,2	27,6	25,0	...
Schweden	Mill. DM	10,5	16,1	19,0	18,8	17,4	20,2	19,3	17,4	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	28,8	33,9	28,5	29,9	37,0	33,4	33,9	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	32,5	38,3	36,4	32,1	42,9	39,1	40,4	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	26,8	22,8	22,8	25,3	15,5	16,8	17,2	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 806	22 527	20 273	19 147	21 773	22 307	21 576	19 879
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	37 773	43 906	43 002	40 738	44 569	43 300	50 553	43 618
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	98	96	97	97	97	98	98	100	101
* Umsätze	1962 = 100	122	143	159	154	206	153	177	176	228
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	212	233	263	361	204	258	289	391
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	127	135	124	156	133	147	139	171
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	114	133	164	167	217	131	190	187	232
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	122	143	173	166	233	188	185	193	267
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	137	138	170	320	133	150	174	338
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	137	158	135	154	157	170	159	168
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	107	114	117	111	107	124	121	108	103
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	175	161	162	151	227	233	183	183
* Umsatz	1962 = 100	132	145	162	135	130	194	186	137	140
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	175	246	111	71	342	273	159	120
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	143	158	135	130	183	176	131	134

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Fremdenverkehr										
in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	206	215	283	131	90	385	307	128	...
* Auslands Gäste	1 000	41	50	42	15	11	89	42	16	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	767	792	876	468	347	1 350	946	471	...
* Auslands Gäste	1 000	81	114	82	32	26	182	90	34	...
Nach Gemeindegruppen										
Großstädte	1 000	82	87	106	68	52	129	114	71	...
Heilbäder	1 000	328	324	349	225	158	499	370	234	...
Luftkurorte	1 000	53	55	75	38	33	117	79	36	...
Erholungsorte 1)	1 000		114	84	28	27	180	95	30	...
Übrige Berichtsgemeinden	1 000	304	212	262	109	77	425	288	100	...
Verkehr										
Bundesbahn 2)										
Zugkilometer	1 000	2 974	3 207	3 436	3 166	3 235	3 502	3 486	3 164	...
Wagenachskilometer	1 000	120 148	131 654	144 895	135 190	131 502	147 696	149 073	131 804	...
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 235	1 408	1 561	1 464	1 394	1 587	1 598	1 399	...
Nettotonnenkilometer	Mill.	347	429	512	496	422	484	514	447	...
Gestellte Güterwagen	Anzahl	71 436	65 200	83 576	73 348	57 773	76 451	81 766	73 240	...
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 078	2 770	2 811	2 515	3 776	3 803	3 176	3 109
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 541	1 382	1 364	1 376	1 704	1 757	1 709	1 515
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 537	1 388	1 447	1 139	2 072	2 046	1 467	1 594
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	4 056	4 264	4 388	3 499	3 593	3 946	3 606	3 048
Ladung	1 000 t	3 472	2 927	2 138	2 514	2 262	2 848	3 099	2 772	2 346
Auslastungsgrad 3)	%	82	81	55	63	71	89	86	83	85
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	4 358	4 745	4 616	3 898	3 897	4 393	3 831	3 574
Ladung	1 000 t	1 246	1 418	883	966	914	1 509	1 512	1 198	1 215
Auslastungsgrad 3)	%	77	77	50	56	63	89	82	77	80
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	9 887	11 596	8 910	8 593	10 015	11 398	10 252	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	29	17	9	10	36	44	21	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	7 861	10 213	7 865	7 598	8 698	9 924	9 133	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	592	722	599	476	703	824	632	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	521	573	392	476	519	540	422	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	303	218	182	154	255	247	224	...
Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	20 990	22 061	24 448	23 957	23 524	27 671	27 058	27 362	26 807
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	20 084	22 022	21 650	21 383	24 542	23 979	24 217	23 819
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	1 629	2 055	2 066	1 922	2 543	2 653	2 851	2 733
Berufsverkehr	1 000	576	623	683	654	655	716	748	745	753
Schülerverkehr	1 000	56	1 003	1 371	1 409	1 265	1 826	1 904	2 105	1 977
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	348	371	241	219	586	426	294	255
Ausflugsfahrten	1 000	92	87	90	56	61	129	93	74	52
Ferienziel-Reisen	1 000	1	1	0	1	0	2	1	-	1
Mietwagenverkehr	1 000	295	260	281	184	158	455	332	220	202
Wagenkilometer	1 000	8 951	10 223	11 104	9 616	9 060	12 994	11 910	10 688	10 135
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 696	6 570	6 907	7 478	7 404	7 524	8 116	7 330	8 025
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 592	1 684	1 887	1 841	1 532	2 075	2 063	1 914	1 804
bis 1 000 DM bei jedem										
Beteiligten	Anzahl	4 104	4 887	5 020	5 637	5 872	5 449	6 053	5 416	6 221
über 1 000 DM bei einem										
Beteiligten	Anzahl	3 508	4 156	4 246	4 770	5 019	4 578	4 979	4 436	5 214
* Getötete Personen	Anzahl	596	731	774	867	853	871	1 074	980	1 007
* Verletzte Personen	Anzahl	83	90	106	113	89	126	77	111	88
Schwerverletzte	Anzahl	2 216	2 418	2 647	2 641	2 114	2 946	2 987	2 721	2 594
	Anzahl	741	832	938	861	710	1 021	994	950	904
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 953	41 657	36 745	45 390	38 959	40 004	40 364	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 124	1 352	1 237	1 800	1 193	1 299	1 259	...
Telegramme	1 000	86	61	64	51	64	62	59	52	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	882 250	939 511	890 869	1026 714	1063 168	1115 482	1115 415	...
Lastschriften	1 000 DM	772 416	881 000	939 964	875 181	1028 666	1070 664	1139 002	1084 130	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	12 770	13 967	14 245	12 777	16 410	15 549	12 610	...
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	12 286	14 045	15 612	14 717	18 380	18 381	16 582	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	997	1 079	1 085	1 086	1 087	1 098	1 101	1 103	...
Fernsehrundfunk	1 000	595	889	901	908	909	944	947	950	...

1) Anerkannte Erholungsorte und Gemeinden mit einer mittleren Aufenthaltsdauer von mindestens 5 Tagen. - 2) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 3) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	17 732	16 514	16 968	17 732	19 294	19 411	19 552	19 655
* Kurzfristige Kredite 2) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 917	4 474	4 103	4 306	4 474	4 931	4 909	4 904	5 095
* Mittelfristige Kredite 3) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 398	4 033	4 252	4 398	4 816	4 804	4 797	4 969
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	1 294	1 851	1 620	1 718	1 851	2 086	2 092	2 120	2 176
* Langfristige Kredite 4) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	1 713	1 493	1 587	1 713	1 958	1 959	1 992	2 035
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3	6	0	0	6	10	10	10	8
* Zinsgutschriften	Mill. DM	5 826	11 406	10 791	10 944	11 406	12 277	12 411	12 528	12 384
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	4 461	9 215	8 649	8 768	9 215	9 895	9 955	10 033	9 876
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	372	1 618	1 608	1 610	1 618	1 620	1 625	1 630	1 626
* Spareinlagen bei Sparkassen	Mill. DM	8 531 ⁶⁾	15 844	15 492	15 461	15 844	16 826	17 054	17 377	17 800
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 944	5 028	5 019	4 963	5 028	5 557	5 737	5 980	5 898
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 258	4 018	4 167	4 039	4 018	4 466	4 612	4 834	4 824
* Zinsgutschriften	Mill. DM	5 588	9 433	9 094	9 117	9 433	9 864	9 908	9 985	10 493
	Mill. DM	3 771	6 081	5 856	5 873	6 081	6 326	6 346	6 388	6 706
	Mill. DM	301	476	483	422	595	509	502	542	656
	Mill. DM	246	425	470	400	628	469	460	469	653
	Mill. DM	15	31	0	1	348	1	1	1	504
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	14	14	14	21	21	10	18	23
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	2	-	1	3	3	3	2
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 848	1 908	1 509	1 581	1 668	1 762	1 796	1 722
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 286	3 538	2 752	3 249	3 645	4 040	3 702	3 939
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	346 816	312 112	270 339	589 472	489 569	318 017	295 599	895 467
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	206 560	138 380	126 926	426 613	378 544	169 209	155 297	701 138 ⁸⁾
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	96 178	115 155	118 347	143 721	139 385	148 863	145 058	383 407
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	66 982	20 320	3 722	175 773	171 776	12 594	8 244	182 825
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	7 437	911	1 624	1 901	1 852	1 485	1 669	2 780 ⁸⁾
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	35 963	1 994	3 233	105 218	65 531	6 267	326	132 126 ⁸⁾
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 256	173 732	143 413	162 859	111 025	148 808	140 302	194 329
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	109 103	127 620	115 710	113 258	95 647	118 121	123 031	129 095
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	31 153	46 112	27 703	49 601	15 378	30 687	17 271	65 234
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	69 028	81 257	71 120	104 473	100 477	98 930	75 463	126 580
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 176	13 160	17 868	19 838	5 473	9 735	6 495	15 596
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	50 732	52 575	47 474	72 659	83 454	77 376	63 647	99 268
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	7 803	8 414	8 558	10 552	46 488	35 697	28 915	38 865
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	21 886	20 400	16 374	25 895	19 296	19 064	16 516	23 859
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 888	8 179	8 617	9 710	6 413	8 218	7 896	10 708
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	34 610	30 356	46 947	31 770	33 412	34 041	52 186	35 482
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	7 760	2 084	21 159	2 161	4 284	2 439	24 715	4 285
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	17 854	18 831	16 667	19 938	19 318	20 864	17 958	21 250
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 625	6 102	5 672	5 143	6 515	6 150	5 273	5 362
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	171 391	241 065	.	.	317 286	224 563	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	174 627	.	.	254 246	142 566	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	10 629	.	.	10 995	12 946	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 685	.	.	9 179	12 050	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	27 820	.	.	24 730	35 981	.	.	.
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	278 193	290 682	255 679	414 972	350 887	301 901	244 858	599 568
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	172 261	133 043	132 727	310 743	267 275	215 512	210 206	363 348
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	134 264	89 947	82 502	277 299	167 491	73 303	66 917	310 933 ⁸⁾
* Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁷⁾	1 000 DM	-	-	-	-	-	61 171	82 666	86 836	- 9 092
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	-	-	-	-	5 201	25 502	4 267	26 025
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	241 065	.	.	317 286	231 068	.	.	.
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	-	.	.	-	77 026	.	.	.

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. der auf Grund des vorläufigen Umsatzsteuerenausgleichs zwischen den Ländern vereinnahmten Beträge. - 8) Einschl. Zerlegung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	228	239	.	.	.	274	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	201	249	260	.	.	.	300	.	.
Facharbeiter	DM	213	264	276	.	.	.	320	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	199	244	255	.	.	.	291	.	.
Hilfsarbeiter	DM	169	207	216	.	.	.	250	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	123	152	157	.	.	.	177	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,09	5,29	.	.	.	6,13	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	5,42	5,64	.	.	.	6,56	.	.
Facharbeiter	DM	4,63	5,76	6,00	.	.	.	6,98	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	5,31	5,52	.	.	.	6,36	.	.
Hilfsarbeiter	DM	3,73	4,52	4,69	.	.	.	5,48	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	3,67	3,80	.	.	.	4,36	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,7	45,1	.	.	.	44,7	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,7	46,1	.	.	.	45,8	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,3	41,3	.	.	.	40,7	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	41,1	43,2	.	.	.	40,9	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	42,1	44,0	.	.	.	41,9	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	37,6	40,0	.	.	.	37,3	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	970	1 234	1 277	.	.	.	1 443	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	876	1 116	1 151	.	.	.	1 295	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 057	1 358	1 400	.	.	.	1 568	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	674	849	881	.	.	.	1 000	.	.
Technische Angestellte	DM	1 140	1 434	1 488	.	.	.	1 686	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 172	1 476	1 534	.	.	.	1 739	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	783	983	1 015	.	.	.	1 158	.	.
im Handel, Kredit- und Versicherungen	DM	651	839	858	.	.	.	954	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	646	835	854	.	.	.	948	.	.
* Männliche Angestellte	DM	852	1 093	1 121	.	.	.	1 259	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	513	655	670	.	.	.	742	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	817	1 048	1 080	.	.	.	1 214	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	742	952	978	.	.	.	1 094	.	.
* Männliche Angestellte	DM	952	1 220	1 255	.	.	.	1 409	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	570	727	748	.	.	.	837	.	.
Technische Angestellte	DM	1 124	1 415	1 465	.	.	.	1 659	.	.
* Männliche Angestellte	DM	1 156	1 459	1 515	.	.	.	1 716	.	.
* Weibliche Angestellte	DM	769	959	984	.	.	.	1 118	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 094	1 109	1 111	1 097	1 123	1 125	1 125	1 105
Pflichtmitglieder	1 000	671	656	668	670	658	677	679	679	662
Rentner	1 000	241	342	345	345	346	351	352	353	353
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	5,1	4,9	8,1	4,8	5,1	4,7	4,5
Männer	%	4,9	5,2	5,0	5,0	8,2	4,9	5,2	4,8	4,7
Frauen	%	4,8	5,1	5,1	4,8	8,0	4,6	5,0	4,5	4,1
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	359 232	362 753	363 452	364 746	372 214	372 919	376 261	376 072
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	92 565	93 208	94 046	94 414	105 417	105 403	106 785	105 406
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	8 575	3 369	3 645	8 429	3 566	3 781	3 938	6 185
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 236	2 564	2 846	7 602	2 987	3 222	3 393	5 581
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 684	1 375	1 091	4 628	1 419	2 362	1 965	4 671
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 314	1 127	958	4 329	1 291	2 115	1 750	4 359
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	164	.	.	162	160	.	.	159
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	29 050	29 045	29 273	28 641	34 164	34 049	34 046	34 034

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	60 848 ^p	61 069	61 142	61 194	61 682 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 215 ^p	32 832	37 837	30 557	46 314	35 774	39 946	30 293
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	75 288 ^p	73 517	70 572	65 018	65 412	63 057	61 298	62 572
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 030 ^p	56 453	58 982	58 624	56 539	54 392	59 847 ^r	59 936
Geburtenüberschuß	Anzahl	30 558	13 258 ^p	17 064	11 590	6 394	8 873	8 665	1 451	2 636
Arbeitslose	1 000	147	179	100	108	119	99	97	111	129
Männer	1 000	106	125	58	61	67	52	49	54	64
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	19 323	20 272	.	.	.	21 597	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	280	315	301	281	283	299	310	311
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 846	1 687	1 640	1 567	1 880	1 634	1 565	1 491
Industrie und Energie-wirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 308	8 429	8 475	8 502	8 649	8 685	8 686	8 683 ^p
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	996	1 031	1 110	1 036	940	1 043	1 086	1 048 ^p
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	39 211	43 210	45 758	42 457	40 009	47 888	48 610	46 808 ^p
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	7 747	8 360	8 597	7 970	7 271	9 127	9 044	8 934 ^p
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	148	151	156	171	142	157	164	171
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	149	151	156	172	141	157	164	172
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	148	151	155	171	141	156	163	170
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	175	163	179	203	160	173	200	218
Bergbau	1962 = 100	100	97	93	98	104	92	95	100	106
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	152	155	159	176	144	160	167	174
Grundstoffe und Produk-tionsgüter	1962 = 100	125	170	176	179	188	176	180	182	183
Investitionsgüter	1962 = 100	118	147	149	152	175	131	158	166	177
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	144	148	154	171	127	150	157	165
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	134	133	144	156	133	137	149	156
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	128	149	146	149	152	158	158	159
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 302	9 121	10 026	8 839	8 476	9 327	9 718	9 541
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 952	8 860	9 619	9 344	8 938	8 715	9 408	9 066
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 814	2 841	3 021	2 949	2 948	2 739	2 788	2 598
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 714	3 730	4 017	3 896	3 872	3 559	3 589	3 393
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 687	2 803	2 995	2 784	2 673	2 683	2 577	2 339
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	18 837	18 133	20 497	20 917	17 388	18 973	21 896 ^p	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm ³	4 980	6 147	5 809	6 467	6 708	6 471	6 222	6 715 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 505	1 551	1 535	1 514	1 583	1 582	1 565	1 550
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	203	247	255	217	229	250	251	231
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	3 563	4 331	4 639	4 740	4 645	5 330	5 701	6 061
Baugenehmigungen Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	50 716	56 770	48 538	58 701	58 408
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	152	147	168	172
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	145	159	166	154	154	169	170	162
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	129	140	135	120
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	8 167	8 509	9 520	8 153	8 067	9 202	9 845	9 737
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	9 463	9 834	10 972	9 599	9 016	10 561	11 553	10 414
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 296	1 325	1 452	1 445	950	1 359	1 709	8 677

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	118	126	142	126
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	136	152	126	125	154	154
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	146	144	153	157	172
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	85	92	86	89
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	89	93	96	96	75	97
Geld und Kredit										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	29 652	34 689	33 866	33 987	35 333	35 990	35 598	35 570	36 677 ^P
Kredite und Einlagen 2)										
Kredite an Nichtbanken 3)	Mill. DM	316 728	491 247	464 449	469 642	479 765	520 210	523 968	526 304	532 109 ^P
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	108 203	98 431	98 097	103 195	113 883	114 792	113 885	114 750 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	383 044	366 018	371 545	376 570	406 327	409 176	412 419	417 359 ^P
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	34 099	33 594	33 654	33 933	35 358	35 381	35 635	36 072 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	405 917	389 586	392 164	394 186	421 221	419 900	423 654	431 036 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	181 369	174 161	175 283	176 764	188 765	186 382	188 539	194 674 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	144,4	146,0	151,9	160,6	129,9	126,3	124,9	121,8
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	4 721	8 263	3 779	3 249	3 965	8 682	3 271	3 518
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 063	3 064	3 187	3 780	3 223	2 943	3 308	3 632
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 171	2 311	2 234	2 214	2 338	2 426	2 241	2 374
Landessteuern	Mill. DM	546	720	542	653	1 032	1 132	636	622	1 177
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)										
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel 4) 5)	1961/63=100	107,2	102,6	106,4	106,4	107,8	100,7	99,1 ^P	98,0 ^P	96,4 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962/63=100	104,4	102,4	103,6	104,0	104,8	109,3	109,1	108,5 ^r	108,9
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	104,0	101,5	102,1	103,3	103,9	107,8	108,0	108,5	109,1
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	114,6	127,2	.	.	132,6	149,6	.	.	151,8
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1962 = 100	97,5	100,5	.	.	103,7	117,6	.	.	118,1
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938 = 100	215,8	236,3	236,8	237,2	237,8	245,5	245,1	245,9	247,1
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1958 = 100	117,5	128,7	129,0	129,2	129,6	133,8	133,5	134,0	134,6
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	109,0	119,3	119,6	119,8	120,1	124,0	123,8	124,2	124,8
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	108,7	119,5	119,5	119,9	120,4	124,1	124,1	124,7	125,3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	114,1	114,2	114,0	114,3	117,4	116,6	116,7	117,1
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	111,3	111,5	111,9	112,3	115,9	116,7	117,5	118,2
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	156,6	157,8	158,2	158,7	163,9	164,7	165,6	166,5
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	118,7	117,4	122,7	124,4	127,8	129,3	130,8	131,7
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	109,1	108,0	109,0	110,1	113,4	113,9	114,9	116,1
Waren und Dienstleistungen für Verkehr u. Nachrichtenübermittlung										
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	105,2	115,3	115,0	115,0	115,1	118,3	118,7	119,0	119,3
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	112,3	133,3	133,9	134,2	134,7	141,6	142,0	142,4	143,5
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	110,2	123,1	123,7	124,0	124,2	129,5	129,8	130,5	131,9
	1962 = 100	106,0	116,4	117,6	117,8	117,9	121,3	121,4	121,5	121,7
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	.	168,2
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	.	170,4
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	.	168,8
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	.	171,3
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	.	99,7
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	.	99,2

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

Inhalt

Themen der letzten 12 Hefte

Heft 2/Februar 1970

Bauwirtschaft in den neuen Kreisen
Landwirtschaft in den neuen Kreisen
Wein, Obst und Gemüse 1969
Nutztviehhaltung 1969
Meldepflichtige Krankheiten 1969

Heft 3/März 1970

Öffentlich Bedienstete 1969
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1969
Investitionen 1968
Bauwirtschaft 1968
Binnenschifffahrt 1965 bis 1969

Heft 4/April 1970

Steuereinnahmen 1969
Industrie 1969
Leistungskraft der neuen Kreise
Erwerbstätigkeit 1969
Ausfuhr 1969

Heft 5/Mai 1970

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970
Sozialprodukt 1969
Gebäude und Wohnungen 1968
Handwerk in den neuen Kreisen 1962 bis 1969
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1969
Milch, Fleisch und Eier 1969

Heft 6/Juni 1970

Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte 1969
Sozialhilfe 1969
Öffentlich Bedienstete 1969
Gebäude, Wohnungen und Wohnparteien 1968
Personenverkehr 1969
Straßenverkehrsunfälle 1969

Heft 7/Juli 1970

Volksschulen 1969/70
Kriegsopferfürsorge 1969
Einzelhandel 1969
Schlacht- und Fleischschau 1969
Milchkuhhaltung 1969

Heft 8/August 1970

Ernteaussichten 1970
Schweinehaltung 1969
Hochbautätigkeit 1969
Sozialer Wohnungsbau 1969
Tiefbauaufträge 1969
Öffentliche Jugendhilfe 1969

Heft 9/September 1970

Handel und Gastgewerbe 1968
Industrie Rheinland-Pfalz/Bund
Baulandmarkt 1969
Sozialhilfeempfänger 1969
Zuchtsauenhaltung 1969

Heft 10/Oktober 1970

Industrie in den neuen Kreisen
Wohngeldgewährung 1969
Wanderungen 1969
Bevölkerungsbewegung 1969
Legehennenhaltung 1969

Heft 11/November 1970

Erbschaftsbesteuerung 1967–1969

Bauhauptgewerbe in den neuen Kreisen

Bodennutzung 1970

Straßenverkehrsunfälle 1969 – Ursachen und Orte

Heft 12/Dezember 1970

Rheinland-Pfalz 1970

Kleine Kommunalwahl am 8. 11. 1970

Wohnungsmieten 1968

Spar- und Vermögensformen 1970

Heft 1/Januar 1971

Feldfrüchte und Futterpflanzen 1970

Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1970

Kriegsopferfürsorge 1969

Sterbefälle und Todesursachen 1969

Wohnungsausstattung 1968

Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer 1968

Themen der folgenden Hefte

Nutzviehhaltung 1970

Erwerbstätigkeit 1970

Industrie 1970

Bauhauptgewerbe 1970

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1970

Wohnverhältnisse junger Ehepaare

Wohnverhältnisse kinderreicher Familien

Wohnverhältnisse der älteren Leute

Wirtschaftsentwicklung und Steueraufkommen

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1970

Spareinlagen IV. Quartal 1970

Der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten des Landes überschritt im Dezember 1970 erstmals die 10 Mrd. DM-Grenze. Mit rund 10,5 Mrd. DM lag er um gut 11% über dem Stand von Ende 1969. Die Sparkapitalbildung im vierten Quartal 1970 belief sich auf 623 Mill. DM, wovon allein 506 Mill. DM auf Zinsgutschriften entfielen. Diese beträchtliche Summe an Zinserträgen erklärt sich sowohl aus den im Monat Dezember erfolgten Gutschriften der Jahreszinsen als auch aus dem hohen Sparzinsniveau. Dagegen ergab sich, wie meistens am Jahresende, infolge vermehrter Abhebungen nur ein Einzahlungsüberschuß von 117 Mill. DM.

Staatliches Steueraufkommen 1970

Das Aufkommen an Bundes- und Landessteuern erreichte mit 6 242 Mill. DM einen um 837 Mill. DM höheren Betrag als im Vorjahr, blieb jedoch mit einer Steigerungsrate von + 15,5 % weit hinter dem Anstieg des Jahres 1969 (+ 21,4%) zurück. Aus den gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen und Umsatz kamen 4 734 Mill. DM auf, das sind 572 Mill. DM oder 13,7% mehr als vor einem Jahr. Die aufkommenstärkste Einzelsteuer im Jahre 1970 war die Lohnsteuer, die auf Grund der gestiegenen Verdienste bei hohem Beschäftigungsstand mit 1 727 Mill. DM knapp 573 Mill. DM mehr erbrachte als 1969. An Bundessteuern wurden 1 046 Mill. DM und damit 218 Mill. DM mehr registriert als im Vorjahr. Dieser Aufkommenzuwachs ist in erster Linie auf den Anstieg der Mineralölsteuer zurückzuführen, deren Einnahmen von 94 auf 280 Mill. DM anstiegen. Die Landessteuern waren mit 462 Mill. DM um 47 Mill. DM ergiebiger als 1969. An diesem Einnahmезuwachs waren mit Ausnahme der Biersteuer alle Landessteuern beteiligt.

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170, 193	Bevölkerungsentwicklung 1951 - '58, '59, '60, '61, '62, 1963 - '65, 1966 - '67
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 5 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152, 203	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142, 195	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964, 1969
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 4 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70, 82, 92,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182, 192, 205	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93, 104, 133,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 140, 149, 159, 168, 185, 196, 206	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
Statistische Berichte: 23 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184, 197	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963
" 190, 198	Straßenverkehrsunfälle 1967, 1968

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98, 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187, 201	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 158, 174, 183, 194, 200	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106, 127,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 145, 153, 166, 180, 189, 199	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178, 202	1961, 1962, 1964, 1966, 1968
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147, 207	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962, 1966
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966,
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966, 1969
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.